

Vorausschau auf die kulturhistorischen Exkursionen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte im Jahre 2018

Wie in jedem Jahr veranstaltet die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte auch im kommenden Sommerhalbjahr 2018 wieder landesgeschichtliche Exkursionen.

Damit sich die Mitglieder der Gesellschaft und weitere Interessierte diese Termine bereits für das kommende Jahr vormerken können, möchten wir unsere Exkursionspläne für 2018 schon in den Herbstmitteilungen des Jahres 2017 publik machen. In den Frühjahrsmitteilungen folgt dann ein ausführliches Programm.

Außerdem bereits jetzt der Hinweis auf den Abfahrtspunkt der GSHG-Exkursionen: Wir starten seit 2015 nicht mehr in der Auguste-Viktoria-Straße, sondern unterhalb der Gablenzbrücke am neuen Kieler Busbahnhof für die Fernbusse.

Sonnabend, 2. Juni 2018

Auf den Spuren Bismarcks unterwegs im Sachsenwald
(mit Besuch von Ausstellung und Mausoleum in Friedrichsruh)

Sonnabend, 15. September 2018

Historische Spurensuche nördlich und südlich der Königsau
(zwischen Kolding und Ribe/Ripen)



Mitteilungen 93
Oktober 2017

**Redaktionsschluss für die Mitteilungen 94
Freitag, 2. März 2018**

Bitte beachten Sie die neue Redaktionsadresse:
Redaktion MGSHG
Historisches Seminar/ Abt. für Regionalgeschichte,
Leibnizstraße 8, 24098 Kiel,
Tel. 0431 / 880-2293, E-Mail: mgshg@histosem.uni-kiel.de

Titelbild:

*Bismarcksäule in Reinbek-Schönningstedt, erbaut 1901-03,
Architekt Wilhelm Kreis*

(Foto: Günther Bock)

Die MITTEILUNGEN DER GESELLSCHAFT FÜR SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE GESCHICHTE (MGSHG) berichten von Ereignissen, Vorhaben und Arbeiten in der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Sie informieren außerdem über Einrichtungen, Veranstaltungen und Forschungen mit landesgeschichtlichem Bezug außerhalb der Geschichtsgesellschaft. Die Mitteilungen veröffentlichen auch Diskussionsbeiträge, Vorträge und kurze Aufsätze, die für eine Veröffentlichung in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte oder dem Jahrbuch Nordelbingen nicht in Frage kommen.

Herausgeber: Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. www.geschichte-s-h.de
Redaktion MGSHG: Prof. Dr. Oliver Auge, Henning Andresen, Stefan Brenner und Tomke Jordan
Historisches Seminar/Abt. für Regionalgeschichte, Leibnizstraße 8, 24098 Kiel,
Tel. 0431 / 880-2293, E-Mail: mgshg@histosem.uni-kiel.de.

Im Interesse einer möglichst vielseitigen und vollständigen Berichterstattung sind alle, die sich aktiv mit der Geschichte Schleswig-Holsteins beschäftigen, zur Mitarbeit an den Mitteilungen aufgerufen. Manuskripte für die Mitteilungen sind jederzeit willkommen.

Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte:
Landrat a.D. Jörg-Dietrich Kamischke, Brekendorfer Landstr. 5, 24884 Selk (Vorsitzender)
Prof. Dr. Detlev Kraack, Seestraße 1, 24306 Plön (Stellv. Vorsitzender)
Dr. Christian Pletzing, Akademie Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee (Schriftführer)
Tel. (04630) 550; E-Mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de
Dr. Martin Skaruppe, Teichstr. 11, 24235 Laboe (Rechnungsführer)
Dr. Jens Ahlers, Roggenkamp 8, 24768 Rendsburg
Prof. Dr. Oliver Auge, Historisches Seminar Christian-Albrechts-Universität,
Leibnizstr. 8, 24098 Kiel
Prof. Dr. Rainer Hering, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Prinzenpalais, 24837 Schleswig
Werner Junge, Hermann-Löns-Weg 44, 24939 Flensburg
Frank Lubowitz, Claedenstr. 9, 24943 Flensburg
Dr. Ortwin Pelc, Halstenbeker Weg 65, 22523 Hamburg

Prof. Dr. Thomas Steensen, Nordfriisk Instituut, Süderstr. 30, 25821 Bredstedt
(Sprecher des Beirats)

Ehrenmitglieder:
Karl-Heinrich Buhse, Heide
Prof. Dr. Jürgen Miethke, Molfsee
Dr. Ingwer Momsen, Mönkeberg
Prof. Dr. Wolfgang Prange, Schleswig
Dr. Hans F. Rothert, Kiel
Prof. Dr. Peter Wulf, Gettorf

Beitrittserklärungen, Anschriftenänderungen und andere Mitgliederangelegenheiten sind an die Geschäftsführung zu richten: Dr. Christian Pletzing, Akademie Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee, Tel. (04630) 550, E-Mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de
Exkursions-Anmeldungen sind zu richten an: Prof. Dr. Detlev Kraack, Seestraße 1, 24306 Plön, Tel. (04522) 508391, E-Mail: detlev.kraack@gmx.de

Der Mitgliedsbeitrag beträgt im Jahr 40 € für Einzelmitglieder, mindestens 40 € für Institutionen, 50 € für Ehepaare, 10 € für Auszubildende (Schüler, Lehrlinge, Studenten, Referendare).
Bankkonto:

Förde Sparkasse Kiel . IBAN: DE29 2105 0170 0011 0038 03, BIC: NOLADE21KIE

Inhalt

Aus Geschichte und Kulturgeschichte

- Frühe Erinnerungsorte im preußischen Kreis Stormarn
von *Burkhard von Hennigs* 3
- Der Hungerwinter 1916/1917 in Kaltenkirchen
von *Gerhard Braas* 14
- Gehört Lauenburg überhaupt zu Schleswig-Holstein? – eine Erwiderung
von *Hansjörg Zimmermann* 22

Berichte und Mitteilungen

- Laudatio anlässlich der Verleihung des Nachwuchspreises der
Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
von *Jörg-Dietrich Kamischke* 26
- Begegnungsstätten von Kirche und Welt: Bischofssitze in Nord-
deutschland. Bericht zur Exkursion vom 8. bis 13. Mai 2017
von *Nina Gallion* und *Frederieke Maria Schnack* 30
- Castrum Brink bei Ballum. Einblicke in die Ausgrabung einer
verschwundenen Bischofsburg an der Nordsee
von *Henning Andresen, Rainer Atzbach, Tenna R. Kristensen, Stefan
Magnussen*, und *Ulrich Müller* 38
- Tagungsbericht: Fürstliche Witwen und Witwensitze
in Schleswig-Holstein.
von *Stefan Brenner* und *Jan Ocker* 41
- Tagungsbericht: Auf dem Weg zum »Weimar des Nordens«?
Die Eutiner Fürstbischöfe und ihr Hof im 18. Jahrhundert.
von *Tomke Jordan* 46
- Tagungsbericht: Mittelalterliche Burgen
im Kreis Herzogtum Lauenburg.
von *Henning Andresen* 53
- Buchbesprechung: Die Herzöge von Plön. Beiträge zur
internationalen Tagung in Plön am 6. und 7. Mai 2017
von *Miriam J. Hoffmann* 56

Neue Forschungsvorhaben

Motiviert und unerwünscht? Ermittler als handelnde Akteure in schleswig-holsteinischen NSG-Verfahren von <i>Claudia Kuhn</i>	60
---	----

Der Aufstieg der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert am Beispiel Schleswig-Holsteins von <i>Lisa Kragh</i>	68
--	----

Termine und Hinweise

Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung (ttr)	74
Frauen im Fokus der Regionalgeschichte. Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis heute. Öffentliche Ringvorlesung	76
12. Tag der Archäologie	78
150 Jahre Schleswig-Holstein in Preußen. Wissenschaftliche Fachtagung in der Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh	80
Glücksburg in der Geschichte. Symposium auf Schloss Glücksburg	82
Landesgeschichtliche Seminare im Akademiezentrum Sankelmark	83
Streifzüge durch die Geschichte Schleswig-Holsteins. Vortragsreihe des AWO Servicehauses Boksberg und der Abteilung für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	85
Termine Im Landesarchiv Schleswig-Holstein	86
Schleswigsche Gespräche – Deutsch-dänische Begegnungen	87

Mitteilungen des Vorstandes

Protokoll der Mitgliederversammlung der GSHG am 20. Juni 2017 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel	88
Haus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte	91
E-Mail-Verteiler	92
Einladung zur Verleihung des Nachwuchspreises	92
Ausschreibung des Preises der GSHG 2018	93
Ausschreibung des Nachwuchspreises der GSHG 2018	94
Ankündigung des zweiten Tages der Landesgeschichte	95
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	96

Aus Geschichte und Kulturgeschichte

Frühe Erinnerungsorte im preußischen Kreis Stormarn

von *Burkhard von Hennigs*

Vorgestellt auf einer Bustour am 13. Mai 2017 im Rahmen des Jubiläums
150 Jahre Kreis Stormarn

Der Kreis Stormarn nahm die 150 Jahre zurückliegenden Daten der Inkorporation der Herzogtümer Schleswig und Holstein am 12. und 24. Januar 1867 sowie der Bildung der 19 Landkreise und des Stadtkreises Altona durch die Kreisverordnung vom 22. September 1867 zum Anlass, diese für die Geschichte des Kreises grundlegenden Ereignisse in vielfältiger Weise zu feiern. Die Städte und Gemeinden, die Museen im Kreisgebiet, die Institutionen, Schulen, Vereine und Verbände sowie interessierte Personen wurden frühzeitig eingeladen, sich mit eigenen Veranstaltungen hieran zu beteiligen. Allein das vom Kreis Ende 2016 herausgegebene „Jahresprogramm 2017 zum Kreisjubiläum Stormarn 150“ führt rund 100 Veranstaltungen auf; dazu kommen die zur Zeit der Drucklegung noch nicht abschließend geklärten Termine für Angebote weiterer Veranstalter.

In das Kreisjubiläum integriert waren auch die aus aktuellem Anlass veranstalteten 4. Stormarner Kultur- und Geschichtstage „150 Jahre Stormarn“ mit ihren Vorträgen, Konzerten, Ausstellungen, Lesungen, Kunstführungen, zwei Fahrradtouren sowie einer geführten Bustour „Frühe Erinnerungsorte im preußischen Stormarn“ in den Raum Reinbek und Trittau. Die (gekürzten) Texte für die sechs Stationen dieser Bustour zur frühen preußischen Phase der Kreisgeschichte sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Abb. 1: Logo für das Jubiläum
„150 Jahre Kreis Stormarn“
(Abb.: Kreis Stormarn,
Fachdienst Kultur)



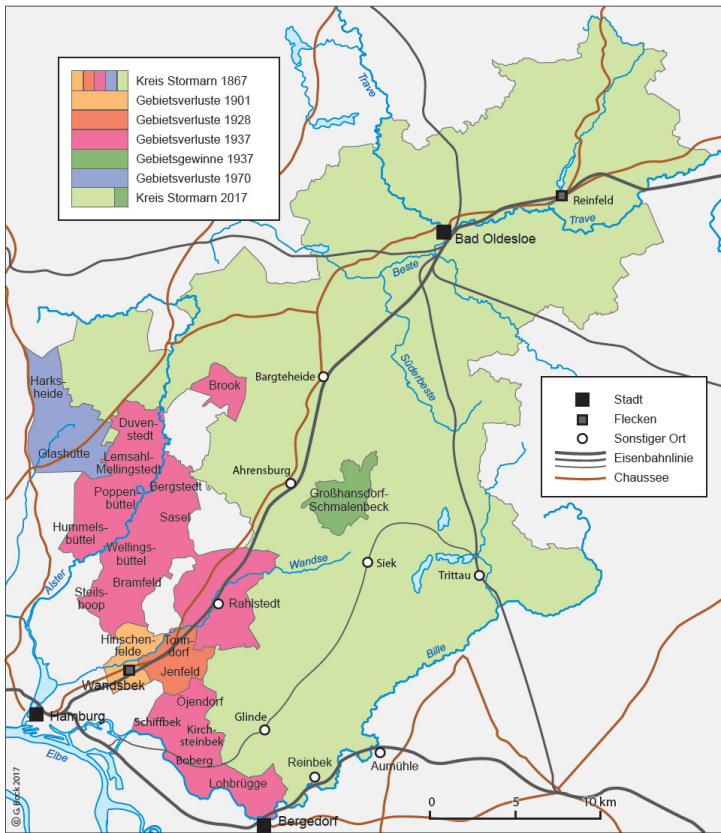


Abb. 2:
Der 1867 neu
gegründete Kreis
Stormarn, mit den
späteren Gebietsän-
derungen und heute
(Entw. und Zeichn.
Günther Bock)

Schloss Reinbek

Das Schloss Reinbek ist im Wesentlichen in den Jahren von 1572 bis 1576 als unregelmäßiger Dreiflügelbau erbaut worden. Bauherr war Herzog Adolf von Schleswig-Holstein-Gottorf, der es primär als Jagdschloss nutzte. Es war auch ein Symbol seiner Herrschaft im Süden der vielfach geteilten Herzogtümer Holstein und Schleswig. Damals ganz modern: Es hatte keinerlei Festungscharakter mehr, keine Schießscharten oder Wälle, und am Ost- und Nordflügel einen zum Hof offenen Arkadengang.

Charakteristisch sind im Stil der niederländischen Renaissance das Backsteinmauerwerk mit den waagerechten Sandsteinlagen und die vierflügeligen Kreuzstock-Fenster in steinernen Rahmen. Vorbilder im Ganzen wie auch in vielen Details waren Schlösser und öffentliche Bauten in den heutigen südlichen Niederlanden; von dorthier stammten auch der namentlich bisher unbekannte Baumeister und seine Bauleute.



Abb. 3:
Schloss Reinbek,
Fassaden zum Innen-
hof nach der Sanierung
und dem Abbruch des
Treppenhauses, mit
den wieder geöffneten
Arkaden (2017)
(Foto: Günther Bock)

Nach der Zusammenführung aller Teil-Herzogtümer im Lande bis 1773 diente das Schloss Reinbek weitere 100 Jahre nur noch als Wohn- und Amtssitz des jeweiligen Amtmanns für die einstigen gottorfischen Ämter Reinbek, Trittau und (ab 1800) Tremsbüttel. Der letzte dänische Amtmann Wilhelm von Levetzau (1820-1888) wurde erster preußischer Landrat in Stormarn und blieb zunächst im Schloss wohnen. 1873 wurde das Landratsamt nach Wandsbek verlegt und der Landrat erhielt eine neue Dienstwohnung in der dortigen Schillerstraße.

Danach hatte die Regierung von Preußen keine Verwendung mehr für das Schloss. Im Frühjahr 1874 folgte eine öffentliche Versteigerung, und nach einem kurzfristigen Zwischenbesitzer erwarb der Hotelier Wilhelm Specht das Anwesen mit den wenigen Nebengebäuden. Fürst Bismarck soll zwar an einem Erwerb interessiert gewesen sein, kam aber angeblich zu spät zum Versteigerungstermin. Specht ließ das Schloss modernisieren und zu einem Hotel umbauen; dabei wurden die größeren Räume vielfach unterteilt. Die meisten Fenster wurden mit Solbank und Sturz tiefer gelegt sowie die charakteristischen offenen Arkaden zugemauert und zu Fluren umfunktioniert. Als zentrale Erschließung und zur Ergänzung für die bisherigen Wendeltreppen im Schloss wurde dem Ostflügel wohl 1876 ein großes Treppenhaus vorgebaut. 1939 übernahm Hamburg das Anwesen und richtete hier das Reichsinstitut für ausländische und koloniale Forstwirtschaft aus Tharandt (Sachsen) ein, das ab 1952 Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft hieß. Nach weiteren 24 Jahren bezog sie einen Neubau in Hamburg-Lohbrügge.

Bereits vorher hatte Hamburg versucht, Schloss Reinbek zu verkaufen. Nachdem das Land Schleswig-Holstein an einem Ankauf nicht interessiert war, erwarben mit Kaufvertrag vom 21. Dezember 1972 die Stadt Reinbek und der Kreis Stormarn zu gleichen Anteilen für 200.000,- DM das Anwesen für eine künftige kulturelle Nutzung.

Aber zunächst musste der ziemlich marode und verunstaltete Bau und sein Umfeld saniert werden. Die Verantwortlichen entschieden sich, mit Billigung des Landeskonservators, für eine Rekonstruktion des Äußeren in Renaissance-Stil. Daher wurde das neugotische Treppenhaus aufgegeben und abgebrochen, die offenen Arkaden im Ost- und Nordflügel wieder hergestellt und ergänzt, die Kreuzstockfenster mit den charakteristischen hölzernen Klapppläden rekonstruiert, alles geplant von dem renommierten Hamburger Architekten Horst von Bassewitz und seinem Team.

Die Außenanlagen und der barockisierte ehemalige Renaissance-Park wurden durch das Büro Wehberg-Lange (Hamburg) behutsam einem „englischen“ Landschaftspark angeglichen. Das ursprüngliche kleinteilige, am Bestand orientierte Raumprogramm für die vielfältigen kulturellen Nutzungen für Volkshochschule, Vereine und andere Träger musste aufgegeben werden, als die Architekten unerwartet über den abgehängten Decken der Hotelzimmer die originalen bemalten Holzbalken-Decken aus der Erbauungszeit entdeckten. Das noch einmal überarbeitete neue Raumprogramm berücksichtigte nun weitgehend die ursprüngliche Raumanordnung und wurde in zwei Bauabschnitten von 1978-1987 realisiert. Insgesamt wurden rund 21,4 Millionen DM aufgebracht, mit Förderung aus zahlreichen Fördertöpfen von Land und Bund. Seither ist Schloss Reinbek als „Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung“ anerkannt und ein vielfältig genutztes „Bürgerhaus“ mit Restaurant und Museum.

Die Bismarcksäule in Reinbek-Schönningstedt

Die treibende Kraft der Annexion am 12. Januar 1867 in Preußen war der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck. Er setzte seine eigenen Pläne durch: Die up ewig Ungedeelten müssen einmal Preußen werden. Das ist das Ziel, nach dem ich steuere. Die Ansprüche des Augustenburger Herzogs Friedrich (VIII.) liefen ins Leere. Zunächst fanden viele Landeskinder dies gar nicht gut.



Abb. 4:
Reinbek-Schönningstedt:
Bismarcksäule, erbaut
1901-03, Architekt
Wilhelm Kreis
(Foto: Günther Bock)

Als man aber gemeinsam wenige Jahre später mit Preußen im Krieg 1870/71 den „Erbfeind Frankreich“ besiegt hatte und als schließlich 1881 die Tochter des Augustenburger Herzogs Auguste Viktoria den Enkel von Kaiser Wilhelm I. heiratete, den späteren Kaiser Wilhelm II., war man versöhnt.

Fürst Otto von Bismarck lebte seit 1871, wenn er nicht als Reichskanzler in Berlin weilte, im nahen Friedrichsruh im Sachsenwald, einer großzügigen Schenkung des Landes Preußen für seine Verdienste um das Land und im Krieg 1870/71 gegen Frankreich. 1874 hatte der Reichskanzler das nördlich des Sachsenwaldes in Stormarn gelegene Gut Schönau mit Sachsenwaldau gekauft, ein Jahr später auch das benachbarte Gut Silk.

Die Verehrung für Fürst Bismarck hatte vor allem in den bürgerlichen Mittelschichten Fuß gefasst; hier waren auch die Kräfte und Mittel vorhanden, diese Verehrung zu organisieren und in Taten umzusetzen, in kostbare Geschenke oder zur Errichtung aufwändiger Denkmäler und Gedenkbauten. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Flut von Ehrungen und Geschenken anlässlich seines 80. Geburtstags am 1. April 1895. Seit seiner Entlassung lebte er ständig in Friedrichsruh. Noch im Todesjahr 1898 hatte die Deutsche Studentenschaft einen reichsweiten Wettbewerb für die Errichtung einer „Feuersäule“ ausgelobt. Der 1. Preis bei 320 Einsendungen(!) ging 1899 an den jungen Architekten Wilhelm Kreis (1873-1955), später Professor an der Düsseldorfer, ab 1926 an der Dresdner Kunstakademie. Damals stand die Bismarck-Verehrung auf dem absoluten Höhepunkt. Die Baukosten von rund 65.000 Mark wurden reichsweit gesammelt.

Anfang Juni 1901 erfolgte die Grundsteinlegung; am 21. Juni 1903, dem Tag der Sommersonnenwende, konnte das trutzige, 19 m hohe Bauwerk feierlich eingeweiht werden. Die Bismarcksäule in Reinbek liegt an der Straße nach Aumühle auf der Anhöhe „Hammelsberg“, auf den Ländereien des Gutes Schönau im Ortsteil Schöningstedt. Auf der nach Süden zur Straße gerichteten Front ist ein Adler angebracht, auf dessen Brust nach dem Vorbild des preußischen Wappens das Wappen der Familie von Bismarck liegt, mit den je drei Klee- und Eichenblättern als Wappenfigur. Für die zuletzt 1917 genutzte, mit Öl betriebene Feuerschale auf dem Kopf wurde als Ersatz auf dem Hof vor dem Bauwerk eine niedrige, steinerne Feuerschale aus grob behauenen Steinen aufgestellt. Ihr äußerlicher Zustand mit den Resten von Graffiti erinnert immer noch an die mangelnde Achtung und die jahrzehntelange Vernachlässigung dieses überregional bedeutenden Denkmals.

Neben zahlreichen weitgehend identischen Bismarcksäulen nach dem Entwurf von W. Kreis entstanden zur gleichen Zeit an vielen Orten Deutschlands auch bald unterschiedliche sogenannte Bismarcktürme, die oft als Aussichtstürme hergerichtet waren; einige dienten auch zugleich als Wasserhochbehälter. In Schleswig-Holstein gibt es noch sechs weitere „Bismarcktürme“: darunter zwei „Feuersäulen“ in Bad Schwartau auf dem Pariner Berg und in Itzehoe. Weltweit gab es laut Internet 240 Bismarcktürme und -säulen, von denen 173 noch erhalten sind. Die Bismarcksäule in Reinbek hat also eine weltweite Vorbildfunktion und wurde daher am 21. März 1986 unter Denkmalschutz gestellt.

Eine Jahrzehnte andauernde Missachtung durch die Bevölkerung und die Politik, aber auch ungeklärte Besitzverhältnisse haben lange eine angemessene Pflege des Baudenkmals verhindert und zu Schäden und Vandalismus geführt. Die Stadt Reinbek, in deren Gebiet dieses große Bismarck-Denkmal in Stormarn steht und die im Stadtwappen die drei Eichenblätter aus dem Wappen der Familie von Bismarck führt, bildete leider keine Ausnahme. Erst im November 2015 wurde die Bismarcksäule mit einem Kostenaufwand von rund 45.000 Euro saniert, im Auftrag von Maximilian Graf von Bismarck, Besitzer des Gutes Schönau. Da lag der Geburtstag seines Vorfahrens und Reichskanzlers genau 200 Jahre zurück.

Das Kriegerdenkmal in Reinbek-Schöningstedt

„Kriegerdenkmäler“ sind eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Diesem Wort wohnt ein heroisierender Grundton inne – was durchaus beabsichtigt war. Der Begriff „Ehrenmal“ kam zwar schon um 1915 auf, ist aber vor allem für die kommunalen Denkmäler für die Gefallenen und Vermissten

im Zweiten Weltkrieg geläufig, auch für das Gedenken an die im Krieg und auf der Flucht zu Tode gekommenen Zivilpersonen.

Als Standort für diese Denkmäler wurde zumeist ein prominenter Platz in der Dorfmitte oder in der Nähe der Kirche gesucht, auf dem alten Anger oder auf dem Friedhof. Da die Gemeinden nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich sehr oft schon in den Jahren 1871-73 eine „Friedenseiche“ gepflanzt hatten, wurde das „Kriegerdenkmal“ für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs oft direkt vor oder neben diesem besonderen Gedenkbaum aufgerichtet. Auftraggeber war die jeweilige politische Gemeinde, oft zusammen mit dem örtlichen Veteranen- oder Kriegerverein. In fast jeder Gemeinde gibt es ein oder mehrere entsprechende Denkmale. Nach 1945 ließen die Gemeinden aus Gründen der Kostenersparnis mit wenig Aufwand das ja zumeist bereits vorhandene Kriegerdenkmal für 1914/18 erweitern und „aktualisieren“. Nach Jahrzehnten eines eher geringen Interesses sind mittlerweile die meisten in einem zumeist gepflegten Zustand und Ort des jährlichen Gedenkens am Volkstrauertag.



Abb. 5: Reinbek-Schönningstedt: Kriegerdenkmal für die beiden Weltkriege (Foto: Günther Bock)

Das Kriegerdenkmal in Schönningstedt steht in der Ortsmitte am Ufer des ehemaligen Dorfteiches, der hier noch den alten Namen „Saalteich“ trägt (wörtlich übersetzt: Teich-Teich; gemeint ist „Alter Teich“). Vor einer mächtigen (Friedens-?) Eiche steht ein großer, gut 2,5m hoher, gespaltenener Findling aus Granit. Auf der Vorderseite zeigt der Findling eine mehrzeilige Inschrift: 1914 Eisernes Kreuz – 18; darunter folgt die Widmung: Ihren gefallenen Helden / die dankbare Gemeinde / Schönningstedt und dann in zwei senkrechten Reihen insgesamt 19 Namen von gefallenen Soldaten mit Vor- und Familiennamen. Vor dem großen ist ein kleiner Findling aufgestellt, er trägt die Inschrift „Zum Gedenken der Opfer des Krieges 1939 – 1945“. Denkmal und Eiche sind umgeben von einem achteckigen Steinkreis mit je einem steinernen Pfosten, die oben durch eine eiserne Kette aus großen, mit je zwei Dornen geschmückten Eisengliedern verbunden sind.

Das ehemalige Amtsgerichtsgebäude in Trittau

An der Möllner Straße 6, kurz vor dem Ortsausgang, steht ein historisches Gebäude, das mit seinem Baujahr 1828 aus „dänischer“ Zeit stammt. In der Kunst-Topographie Schleswig-Holstein von 1969 findet sich folgende knappe Beschreibung: Eingeschossiger Backsteinbreitbau in schlichten klassizistischen Formen mit Krüppelwalmdach und breitem eindreiviertelgeschossigem übergiebeltem Mittelrisalit mit verputztem Rundbogenportal in Rustikarahmen mit dorischen Pilastern und Gebälk. Tür mit Oberlicht. Seitlich ein neuerer eingeschossiger Anbau. Architekt war F. C. Heylmann (1771-1837).

Dieser hatte wohl in Kopenhagen ein Studium an der Kunstakademie u.a. bei Oberbaudirektor und Professor C. F. Hansen absolviert und lebte in dieser Zeit in dessen Haushalt als „Ziehsohn“. 1805 wurde er zur Unterstützung von Hansen Bauinspektor für Holstein.

Von 1544 bis 1773 gehörte das Amt Trittau zum Gottorfer Herzogtum. In diesem Jahr erhielten die Ämter Trittau und Reinbek einen gemeinsamen Amtmann, der seinen Wohn- und Amtssitz in Reinbek im Schloss hatte. In Trittau verblieben der bisherige Amtsschreiber und weitere Mitarbeiter. Das Schloss in Trittau, ein Zweiflügelbau, wurde sogleich niedergelegt, wie so viele im Lande. Bereits ab 1855 diente das Trittauer Amtshaus als Amtsgericht; das blieb es auch 1867, als in der neuen preußischen Provinz Schleswig-Holstein generell eine strikte Trennung von Verwaltung und Justiz eingeführt wurde und damit einhergehend eine neue Struktur der Gerichte.

Mit dem Trittauer Amtsgericht ist die Geschichte eines bekannten Schleswig-Holsteiners verbunden: Als Sohn des damaligen Amtsrichters wurde hier am 17. Dezember 1885 Theodor Steltzer geboren. Von 1920 bis 1933 war er Landrat des Kreises Rendsburg. Im zweiten Weltkrieg war er ein Mitglied des „Kreisauer Kreises“, der schließlich zum Attentat vom 20. Juli 1944 führte. Auch Steltzer wurde verhaftet und überlebte nur durch einen Aufschub seiner bereits festgesetzten Hinrichtung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war er Gründungsmitglied der Berliner CDU und dann im November 1945 von der britischen Militärregierung in Kiel zunächst als Oberpräsident und später als erster Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein eingesetzt; dieses Amt hat er bis zur ersten freien Landtagswahl im April 1947 ausgeübt. Seit 1973 gab es in Kiel Überlegungen, das kleine Amtsgericht in Trittau aufzulösen – es wurde schließlich zum 31. Dezember 1994 geschlossen.



Abb. 6: Trittau: ehemaliges Amtshaus von 1828, Architekt Landbau-
meister F. C. Heylmann; später Amtsgericht (Foto: Günther Bock)

In den Jahren 1993/94 hat es auf Kreisebene Überlegungen gegeben, in diesem Gebäude mit seinen rund 290m² Nutzfläche im Erd- und Obergeschoss ein Kreismuseum einzurichten, um einen bereits 1913(!) gefassten Kreistagsbeschluss endlich umzusetzen. Damals konnte man aber in der Zeitung lesen: „Nur wenn das Museum nichts kostet, gibt die CDU ihre Zustimmung“ (Lübecker Nachrichten vom 8. Juni 1994) – eine peinliche Formulierung!

Für gut 1,2 Millionen DM hat das Land im Herbst 1994 das Grundstück mit dem seit 1966 unter Denkmalschutz stehenden Gebäude an einen Privatmann verkauft.

Das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. von 1897

An der nordwestlichen Zufahrt zur heutigen, bereits 1248 gegründeten Martin-Luther-Kirche steht eine mächtige Stieleiche. Nur wer genauer hinschaut, entdeckt an ihrem Fuß einen großen, etwa dreiecksförmigen Findling aus rötlichem Granit und auf seiner Vorderseite die vierzeilige Inschrift: (Kaiserkrone) / 1797 / 22. 3. / 1897.

Diese Daten lassen sich leicht erklären: Der 22. März 1797 ist das Geburtsdatum von Wilhelm I., des ersten neuzeitlichen Deutschen Kaisers und Königs von Preußen. Nach seinem Tod am 9. März 1888 in Berlin und nach nur 99 Tagen mit Kaiser Friedrich III. folgte ihm dessen ältester Sohn als Kaiser und König Wilhelm II.

Zum hundertsten Geburtstag am 22. März 1897 errichteten in dieser Denkmal-freudigen Zeit auch in Schleswig-Holstein etliche Gemeinden

dem verehrten Kaiser einen Gedenkstein und pflanzten auch oft eine große Eiche, Symbol für alles „Deutsche“ – war doch während seiner Regentschaft Schleswig-Holstein in das Königreich Preußen inkorporiert worden, hatte auch die neue Provinz Anteil am Fortschritt des Landes und des Deutschen Reiches nach dem „gemeinsam“ 1870 errungenen Sieg über Frankreich.

Der Bahnhof in Trittau

Viel ist von den Zeugnissen der Eisenbahn, die einst durch Trittau führte, heute nicht mehr zu sehen. Am 1. August 1887 war die vor allem großräumig wichtige Reichsbahn-Verbindung Oldesloe-Trittau-Schwarzenbek eröffnet worden. Hier hatte sie Anschluss an die bereits 1846 eröffnete Bahnverbindung zwischen Berlin und Hamburg, in Oldesloe an die 1875 eröffnete Strecke nach Neumünster. Damit war eine durchgehende Eisenbahnverbindung von Berlin durch den Kreis Stormarn zum neuen Reichskriegshafen Kiel möglich für Kaiser Wilhelm II. auf dem Weg zur kaiserlichen Yacht „Meteor“ und zur Kieler Woche; später nutzte er die „Kaiserbahn“ über Hagenow-Ratzeburg-Oldesloe-Neumünster.

Von den ehemaligen Reichsbahn-Anlagen hat lediglich das 1887 fertig gestellte Empfangsgebäude „Trittau“ mit seinem angebauten Güterschuppen bis heute überdauert; nach der Privatisierung ist es heute eine Gastwirtschaft. Auch alle Gleise wurden abgebaut; der Vorplatz, ein Rondell mit einer Eiche in der Mitte, ist noch weitgehend mit dem ursprünglichen Polygonalpflaster aus Granit befestigt.

Einen zweiten Bahnanschluss und Bahnhof erhielt Trittau 1907, als die „Südstormarnsche Kreisbahn“ von Hamburg nach Trittau eröffnet wurde. Die neuen Gleisanlagen wurden im Ort im Wesentlichen westlich parallel zu den Reichsbahngleisen geführt. Diese vom Kreis Stormarn getragene „Südstormarnsche Kreisbahn“ führte auf 33 km Länge in einem weiten Halbkreisbogen von Trittau über Grönwohld, Lütjensee, Hoisdorf und Siek, weiter über die heutigen Barsbüttler Ortsteile Stellau, Willinghusen und Stemwarde nach Glinde und dann über Billbrook nach Tiefstaak an die Bahnstrecke Hamburg-Berlin. Eine direktere Verbindung zur „Kreishauptstadt“ Wandsbek war politisch nicht durchsetzbar gewesen.

Das Empfangsgebäude der Reichsbahn in Trittau ist ein zweigeschossiger, asymmetrischer Rotziegelbau von neun Fensterachsen Breite, erbaut im sogenannten „Schweitzerhaus-Stil“, mit aufwendigen, teilweise geputzten Zwischen- und Solbankgesimsen in beiden Geschossen. Das sehr flache Dach zeigt einen weiten, von sichtbaren Balken gestützten Dachüberstand.

Nördlich schließt an diesen Kernbau für den Gepäck- und Frachtbereich ein eingeschossiger Trakt mit weiten Dachüberständen an. Der Stil des Bahnhofsgebäudes erinnert an die damals bereits so genannte „Stormarner Schweiz“, ein beliebtes Ausflugsziel im Raum Trittau-Großensee-Lütjensee-Hoisdorf mit ihren Wäldern und Seen.

Der Bahnhof der Südstormarnschen Kreisbahn in Trittau hatte, neben seiner Bedeutung für die Arbeitspendler nach Hamburg, eine einst wichtige Bedeutung für die Naherholung der Bevölkerung, die aufgrund der damaligen Arbeitszeiten in aller Regel nur einen freien Tag am Sonntag hatte. Hier in der „Stormarner Schweiz“ mit ihrer sanft hügeligen Landschaft rund um den Lütjensee, den Großensee und den Mönchsteich sowie der Hahnheide östlich von Trittau stiegen die Sonntagsausflügler aus; nach einem oft ausgiebigen Spaziergang in der Umgebung kehrten sie zur Stärkung in eine der vielen Gaststätten, Hotels und Privatpensionen ein, die damals oft neugegründet wurden.

Zur guten Verkehrsanbindung kamen nach dem Ersten Weltkrieg Buslinien der Stormarner Verkehrsbetriebe hinzu. So wurde auch der Bahnhof in Großhansdorf, Endpunkt der Hamburger „Walddörferbahn“ und damals noch hamburgisch, in den Ausflugsverkehr eingebunden. 1952 wurde allerdings der Personenverkehr der Südstormarnschen Kreisbahn eingestellt; deren Gebäude in Trittau und die Gleise sind mittlerweile abgerissen.

Der Kreis Stormarn war aber wohl bundesweit der erste Kreis, der die ehemaligen Bahntrassen der Südstormarnschen Kreisbahn, der Bahnstrecke von Bad Oldesloe nach Trittau und zwischen der Kreisstadt und Sülfeld schon seit den 1960er Jahren zu Radwanderwegen ausgebaut hat und bis heute erhält und pflegt. Die Vielzahl der einstigen Gaststätten und Hotels in Trittau und seinen Nachbargemeinden hat sich allerdings deutlich verringert.



Abb. 7: Trittau: zweigeschossiges Empfangsgebäude „Trittau“ der früheren „Südstormarnschen Kreisbahn“ (mittig) mit den umgebenden Gleisanlagen (undatiertes Luftbild) (Abb.: Amtsarchiv Trittau, Sign. AGAT C 11.1 - Scho 001)

Der Hungerwinter 1916/1917 in Kaltenkirchen

von *Gerhard Braas*

Vor Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 hatte das Deutsche Reich kaum Vorbereitungen für einen längeren Feldzug getroffen, da die politische und militärische Führung von einer kurzen Auseinandersetzung ausging. Der fortdauernde Krieg führte zu einem Mangel an Arbeitskräften, Kunstdünger, Zugtieren und Transportmöglichkeiten. Zudem zeigte die britische Seeblockade Wirkung.

Die Folge war eine spürbare Verschlechterung der Lebensmittelversorgung, sodass die Behörden darauf schon 1915 mit Zwangsabgaben der Landwirtschaft, Preisfestsetzungen und Rationierungen von Nahrungsmitteln reagierten. Die Situation verschärfte sich durch eine in ganz Deutschland ausufernde Bürokratie bei der Verwaltung des Mangels. Im Winter 1916/17 spitzte sich die Lage dramatisch zu – der „Steckrübenwinter“ vor hundert Jahren war Höhepunkt dieser Krise und die Steckrübe wurde zum Symbol des Hungers im Ersten Weltkrieg.

Die Auswirkungen der Nahrungsmittelknappheit trafen die Städte besonders hart, aber auch die ländlichen Regionen spürten sie fast gleichermaßen – so auch die holsteinische Gemeinde Kaltenkirchen mit ihren 1.500 Einwohnern.

Kommunales Leben

Sofort nach Kriegsbeginn wurde die Presse überall durch eine strenge Zensur eingeschränkt. Über das Kriegsgeschehen informierten nur amtlich bestätigte Meldungen. Die in den Zeitungen veröffentlichten offiziellen Verlustlisten und die Todesanzeigen der Gefallenen verdeutlichten zwar die immensen Opferzahlen, dennoch wurde die Öffentlichkeit bis zum Kriegsende über die tatsächliche militärische Lage im Unklaren gelassen. Die Zensur verbot auch Reportagen über besondere Notlagen der Bevölkerung.

Allerdings schilderten die Heimatzeitungen sehr lebendig, offen und auch kritisch das lokale Geschehen. Aus Kaltenkirchen und Umgebung berichteten drei Tageszeitungen, vor allem die im Ort erscheinende „Kaltenkirchener Zeitung“, die „Kaltenkirchener Nachrichten“ aus dem preußischen Blankenese und das im Volksmund „Kreisblatt“ genannte „Segeberger Kreis- und Tageblatt“ – die heutige „Segeberger Zeitung“. Diese bisher kaum ausgewerteten Lokalblätter liefern detaillierte Informationen über den Hungerwinter der Jahre 1916/17 in Kaltenkirchen.

In den Schul- und Kirchenchroniken und auch in Darstellungen zur Geschichte des Ortes finden sich dazu keine Hinweise.

Der Gemeindevorsteher – das Verwaltungsamt entsprach dem des heutigen Bürgermeisters – und die zehnköpfige Gemeindevertretung organisierten im Ort die Mangelwirtschaft. Viele Dinge mussten dabei geregelt werden: Der Verwaltungschef ermittelte den Bedarf und den vorhandenen Bestand an Vorräten, beschaffte und verteilte Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel und gab die Lebensmittelkarten aus. Er kümmerte sich auch um die öffentliche Bekanntgabe der Maßnahmen und regelte den Arbeitseinsatz russischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft. Die Spitze der Verwaltung und die politischen Repräsentanten der Gemeinde Kaltenkirchen hatten dabei nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung und ihre Maßnahmen waren stark umstritten.

So wurde für die Kaltenkirchener Gemeindevertretung die im Frühjahr 1915 erforderliche Nachwahl von drei Mandatsträgern zum politischen Fisko. Sie wurde nach dem preußischen Dreiklassenwahlrecht durchgeführt – die männlichen Bürger wählten ihre Vertreter in drei nach Steuerleistung abgestuften Gruppen. Frauen besaßen kein Wahlrecht. In der steuerstärksten ersten Klasse hatten von 20 Wahlberechtigten nur fünf Bürger votiert, in der zweiten Klasse waren es von 54 möglichen Wählern nur sechs und in der dritten Klasse gaben von 192 Bürgern nur 14 ihre Stimme ab. Im März 1916 endete die Amtszeit des langjährigen Gemeindevorstehers Heinrich Hasch. Die örtliche Presse trommelte heftig gegen eine Wiederwahl des ungeliebten Verwaltungschefs. Sie forderte eine Persönlichkeit, „von der man mehr erhoffen und erwarten“ könne, und lancierte frühzeitig Namen möglicher Nachfolger. Damit gab sie den amtierenden Gemeindevorsteher regelrecht zum Abschuss frei. Und auch die Gemeindevertretung wurde angegriffen, denn sie würde „die Wünsche ihrer Wähler nicht erfüllen.“ Obwohl Hasch erklärt hatte, für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung zu stehen, stellten sich die Kommunalpolitiker stur und wählten ihn mit acht von neun Stimmen. Ein Vertreter votierte für den Amtssekretär Ernst Schümann. Diese theaterreife Posse machte ein erneutes Votum notwendig, da Hasch bei seiner ablehnenden Haltung blieb. Zum Gemeindevorsteher wurde nunmehr Ernst Schümann einstimmig gewählt.

Eine schwache Gemeindevertretung mit wenig Rückhalt in der Bevölkerung sowie ein Gemeindevorsteher zweiter Wahl waren die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen, um die anhaltende Versorgungskrise erfolgreich zu bewältigen. Und sie ließen durch ungeschicktes Verhalten kaum ein Fettnäpfchen aus.

Erste Anzeichen der Lebensmittelknappheit

Bereits wenige Monate nach Kriegsbeginn wurden erste Anzeichen des Mangels an Lebensmitteln auch in Kaltenkirchen offensichtlich. Ab Anfang 1915 gab es Brot- und Mehlkarten, den Bäckereien wurden die Verwendung gestreckten Weizenmehls für das „Kriegsbrot“, ein nächtliches Backverbot und eine eingeschränkte Kuchenherstellung angeordnet. Dadurch gab es morgens keine frischen Brötchen mehr: „Kaltenkirchen ohne Rundstücke!“ In kurzer Zeit waren Fleisch, Eier und Butter Luxusartikel und schrittweise wurden alle Grundnahrungsmittel rationiert.

Im Frühjahr 1916 gab es erstmals nicht genug Kartoffeln und auch Fleisch wurde knapp. Die Unfähigkeit der Behörden, eine gerechte Verteilung sicherzustellen, verschlimmerte die Folgen der Knappheit und traf damit unmittelbar die ärmere Bevölkerung Kaltenkirchens. Die Gemeinde verteilte frisches Fleisch an alle Bürger gleichermaßen und schonte damit die eingelagerten Vorräte der Wohlhabenderen. Diese Maßnahme – so das deutliche journalistische Urteil – nahm „auf die Minderbemittelten keine Rücksicht.“ Um weitere Kritik zu vermeiden, diskutierte die Gemeindevertretung daraufhin die Lebensmittelfrage hinter verschlossenen Türen. Auch dieses Vorgehen wurde von der örtlichen Presse heftig missbilligt. Sie warf der Gemeindeverwaltung vor, bei der Verteilung der Nahrungsmittel „nicht immer eine glückliche Hand“ zu haben und durch die geheime Sitzung „einen eventuellen Fehlgriff besser bemänteln zu können.“ Gewählt wurde eine Kommission aus dem Gemeindevorsteher Schümann, den Gemeindevertretern Offt und Stüben sowie den Kaufleuten Siemssen und Delfs. Sie sollten Einkauf, Verteilung und Preisfestsetzung von Lebensmitteln regeln. Zuvor gab es schon einen Ausschuss, der den Bestand des schlachtreifen Viehs feststellte. Verwaltung und Gemeindevertretung tagten auch weiterhin ohne Publikum. Sie umgingen die gesetzliche Vorschrift über öffentliche Sitzungen mit dem einfachen Trick, nur die Vertretung einzuladen. Diese Praktiken, „sich ängstlich um das Tageslicht herumzudrücken“, führten in der Bevölkerung zu Unzufriedenheit und Misstrauen.

Ab Sommer 1916 verschlechterte sich die Nahrungssituation in Kaltenkirchen weiter. Es gab kaum noch Zucker zum Einmachen und die Herstellung von Pralinen mit Zucker wurde verboten. Ende 1915 hatten die Vorstände beider Kaltenkirchener Meiereien beschlossen, für „die minderbemittelten Familien“ die Butter zum ermäßigten Preis von 1,70 Mark pro Pfund zu verkaufen – dafür mussten die Väter etwa vier Stunden arbeiten. Dieser Beschluss war in der Praxis ohnehin unwirksam, denn im Sommer 1916 betrug die Wochenration Butter neunzig Gramm. „Wenn wir die nur hätten!“, spottete die Presse.

Frei verfügbare Lebensmittel waren für die ärmeren Einwohner unerschwinglich. Anfang September 1916 sollten einhundert von der Gemeindeverwaltung angeschaffte Gänse verteilt werden – zum Einzelpreis von 23,80 Mark. Das war exakt der aktuelle Wochenlohn einer Arbeiterin der „Munitionswerke Germania“ in Ellerau. Kein Wunder, dass das Geflügel „nur in ganz geringer Zahl“ verkauft wurde und mit Verlust „wieder nach auswärts verramscht“ werden musste.

Selbst der Besitz von Fleischkarten garantierte nicht, dass man auch Fleisch bekam. Reichte das Angebot nicht für alle Berechtigten, wurde die Abgabemenge keinesfalls gekürzt. Wer die nötigen Informationen über den Verkaufsstart besaß, konnte sein Kontingent ausschöpfen, andere gingen leer aus. Vetternwirtschaft und Begünstigung waren somit Tür und Tor geöffnet. Immerhin reagierte die Gemeindeverwaltung auf diese Missstände und regulierte die Verteilung neu. Inhaber von Fleischkarten wurden – so lange der Vorrat reichte – in alphabetischer Reihenfolge bedient. Bei der nächsten Lieferung wurde dann bei dem Buchstaben angefangen, der bei der letzten Ausgabe nicht mehr berücksichtigt worden war. Die reichen Bürger hatten immer noch die Möglichkeit, teureres Fleisch zusätzlich im Schlachterladen zu erwerben. Diese Vergünstigung wurde mit der so genannten „Reichsfleischkarte“ gesetzlich geregelt. So sorgte der Obrigkeitsstaat für die Seinen, was bei der ärmeren Bevölkerung weithin zu Verbitterung und Unmut führte.

Man fand auch andere kreative Lösungen: Maismehl und Nudeln gab es bei Vorlage von Zuckerkarten. Und als diese wegen Mangels an Ware nicht eingelöst werden konnten, wurde die Gültigkeit der Berechtigungsscheine einfach verlängert.

Die Ankündigung der Ortsverwaltung, den ärmeren Mitbürgern bei der Einlösung der Fleischkarten ein Vorkaufsrecht einzuräumen, wurde nur teilweise und halbherzig umgesetzt. Nur aus Notschlachtungen erhielt die „minderbemittelte Bevölkerung“ bevorzugt Fleisch – jedoch nur 250 Gramm pro Kopf. Dafür musste aber extra eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers vorgelegt werden. Für den Bezug von Sozialleistungen mussten auch damals schon bürokratische Hürden überwunden werden.



Mit Anzeigen wie dieser wurde in der Zeitung auf Lebensmittellieferungen aufmerksam gemacht (Kaltenkirchener Zeitung vom 23. Dezember 1916)

Steckrüben statt Kartoffeln

Bereits im Herbst 1916 gab es nur noch Kartoffeln für den allernotwendigsten Bedarf, allerdings mit 4,60 Mark für den Zentner – etwa ein Tageslohn – recht preiswert. Die Lage spitzte sich aber dramatisch zu, als es nach einem verregneten Herbst im Deutschen Reich 1916 zu einer Missernte kam. Auch in Kaltenkirchen war der Ertrag „ein sehr schlechter.“ Und: „Die nur taubeneigroß gebliebenen Eierkartoffeln gaben durchweg wenig mehr als die Einsaat zurück.“ Ende Oktober mangelte es im Ort bereits an für den Verzehr geeigneten Kartoffeln und für die Winterversorgung sah „es hier gar trübe aus.“ Die örtliche Presse machte auch in diesem Zusammenhang die Ortsverwaltung verantwortlich, weil sie zwar Kartoffeln zum Weiterverkauf beschafft hatte, aber nicht rechtzeitig für ausreichende Vorräte gesorgt habe. Und so musste Gemeindevorsteher Schümann Anfang November bekannt geben, dass der Gemeinde Kaltenkirchen keine Kartoffeln mehr zugewiesen würden.

An die Stelle dieses gewohnten Grundnahrungsmittels traten jetzt die Steck- bzw. Kohlrüben, deren Ernte 1916 zufriedenstellend ausfiel. Die Steckrübe, die zuvor üblicherweise zur Schweinefütterung verwendet wurde, beherrschte jetzt „den Küchenezettel vom Morgen bis zum Abend in ihren verschiedensten Wandlungen.“ Das neue Volksnahrungsmittel diente als Grundlage u.a. für Suppen, Aufläufe, Pudding, Marmelade und Brot. Zweifelhafte vegetarische Gaumenfreuden waren Koteletts und Schnitzel aus der Steckrübe. Sie erhielt prompt den Spitznamen „Hindenburg-Knolle“, benannt nach dem militärischen Oberbefehlshaber. Der Rübenpreis stieg schnell an, er bewegte sich in etwa auf dem Niveau für Kartoffeln. Ab Herbst 1916 kostete in Kaltenkirchen ein Zentner Steckrüben mit Schwankungen nach oben qualitätsabhängig zwischen 3,50 und 4,50 Mark. Das gängige Tierfutter wurde zum hauptsächlichen Lebensmittel für den Großteil der Bevölkerung. Dabei war die Steckrübe wahrlich keine Kalorienbombe: Ein ganzes Kilo hatte gerade mal 300 Kalorien, den Nährwert wie eine halbe Tafel Schokolade und weniger als halb so viel wie die gleiche Menge Kartoffeln.

Mitten hinein in die Krisensituation platzte zum Jahresende 1916 der „Hindenburg-Aufruf“, eine der zahlreichen zentral angestoßenen Sammel- und Propagandaaktionen während des Ersten Weltkrieges. Im Zuge der Konzentration auf die Militärindustrie zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion wurde in Kaltenkirchen die „freiwillige“ Fettabgabe für die Rüstungsarbeiter durch das Herumreichen einer öffentlichen Liste mit einer Verpflichtungserklärung forciert. Bereits nach drei Tagen hatten sich fast alle der 220 örtlichen Schweinebesitzer eingetragen. Dass die Sammlung „flott vonstatten“ gehe und die „Nachricht von der bahnbrechenden Tätigkeit

Kaltenkirchens“ zudem „in der Presse ganz Deutschlands lobend erwähnt“ werde, ist allein der Euphorie des Lokalreporters zu schulden. Die von der Ortspresse heftig befeuerte Kampagne scheiterte, offensichtlich waren die Ressourcen und Möglichkeiten im Ort erschöpft. Ende Januar 1917 wurde der vierte Zentner Schmalz an die Arbeiter der Pulverfabrik Düneberg bei Geesthacht geliefert, aber sechs Wochen später musste Kaltenkirchens Landwirtschaftsverein öffentlich den Misserfolg eingestehen und hoffte vergeblich, dass „noch alles entbehrliche Fett zur Ablieferung“ käme.

Die traditionelle Weihnachtsgans fiel aus, als alternatives „Festessen“ zum täglichen Rübenenerlei kamen zur Christenfeier „Grütze und Nudeln zur Verteilung.“ Das trübte im Ort die gewohnte Festtagsstimmung. Die Weihnachtsfeiern waren schlicht, der Kriegerverein veranstaltete einen Liederabend für die „Kriegshilfe.“ Silvester war beinahe gespenstisch: „Kein Lärm, keine Schüsse oder laute Zurufe oder Gesang störten die Stille der Nacht.“ Das war sicher auch dem hungrigen Magen geschuldet und nicht vordringlich dem „Bewusstsein des Ernstes der Zeit“, wie die Kaltenkirchener Zeitung den Jahreswechsel beschrieb. Diese gedrückte Stimmung bestimmte bereits den Jahrmarkt im Oktober 1916 und auch die traditionellen Feiern des Kaisergeburtstages Ende Januar 1917.

Da sich Steckrüben nur bedingt lagern ließen, wurde die Bevölkerung ermahnt, auf „eigenem Herd sich einen Vorrat durch Dörren für die Frühjahrsmonate zu sichern.“ „Bitter ernst ist die ganze Frage“, so die „Kaltenkirchener Nachrichten“ und „Wohin man hört, wovon man liest: Steckrüben überall!“ Dennoch hatte die Aufforderung an die ländlichen Privathaushalte offensichtlich wenig Erfolg und milderte so kaum die aktuelle Not. Die Zeitungen druckten regelmäßig Rezepte, die dem Mangel angepasst waren. Beispiele sind die Herstellung von „Kriegsbutter“, die Nutzung von selbst gemahlenem „Knochenmehl“, der Verzehr von altbackenem Brot sowie vor allem die Verwendung der Steckrübe in der Küche der deutschen Hausfrau.

Die Behörden drängten Anfang 1917 darauf, die knappen Kartoffelvorräte zunächst zu schonen und bis zum Frühjahr mit Nachdruck auf möglichst reichliche Verwendung der Kohlrüben hinzuwirken. Der Kartoffelpreis stieg Anfang 1917 für den Endverbraucher auf 6,80 Mark für den Zentner und die Abgabemenge pro Kopf wurde auf drei Pfund wöchentlich begrenzt, die reduzierten Kartoffeln sollten durch die doppelte Menge an Steckrüben ersetzt werden. Das galt für ganz Preußen und damit auch für Kaltenkirchen. Jetzt war Deutschland mitten im „Steckrübenwinter“.

Höhepunkt der Krise

Der amtliche Ton wurde nun deutlich schärfer. Die Landwirte wurden ultimativ aufgefordert, auch die letzten Rübenvorräte an die zentrale „Reichskartoffelstelle“ zu verkaufen, andernfalls drohe Enteignung. Damit sollte wohl auch ein Verkauf unter der Hand verhindert werden. Bei einer neuerlichen örtlichen Bestandaufnahme der Rübenmengen in Kaltenkirchen wurden falsche Angaben – „vorsätzlich oder fahrlässig“ – vom Gemeindevorsteher „mit hohen Strafen bedroht.“

Um das zeitaufwändige Schlangestehen vor den Läden zu verhindern, wurden schließlich in Kaltenkirchen Kundenlisten bei den örtlichen Kaufleuten eingeführt. Wer sich nicht in diese Liste eingetragen hatte, verlor seinen Anspruch auf Ware. Parallel zur Verschlechterung der Nahrungssituation stieg die Kleinkriminalität spürbar an. Übergriffe auf die Felder, Abmelken von Kühen auf der Weide und Einbrüche in Vorratslager und Speisekammern überforderten die Behörden. Die Einstellung von zwei Hilfsnachtwächtern blieb offensichtlich ohne Wirkung. Ab Mai 1917 wurden daher Vergehen wie Felddiebstahl oder „Mundraub von Feldfrüchten“, die vorher als Bagatelldelikt behandelt wurden, nach dem Belagerungsgesetz mit Gefängnis bestraft.

Die Qualität der Lebensmittel sank wegen der Mangelsituation weiter deutlich, vor allem durch die neu eingeführte Streckung des Brotes mit Rüben anstatt mit Kartoffeln. Die tägliche Ration lag Anfang 1917 in Deutschland bei etwa 1000 kcal – etwa einem Drittel des regulären Tagesbedarfs. Diese unfreiwillige Diät hatte für die Betroffenen Gewichtsabnahme und eine Schwächung des Immunsystems zur Folge. Zudem trieb die Improvisation wahre Blüten: Der Kaffee enthielt „kaum noch eine Kaffeebohne“ und wurde aus einheimischen Früchten als kaffeeähnliches Getränk hergestellt. Dessen Satz, der sich bestens als Hühnerfutter eignete, sollte nicht vernichtet, sondern Hühnerbesitzern zur Verfügung gestellt werden. Unbekannt sind die Bestandteile der hauseigenen Spezialmischung „Holstenkaffee“, die von der Kaltenkirchener Firma J.H. Delfs für 1,20 Mark pro Pfund angeboten wurde.

Erst Ende März, als sich das Ende des Hungerwinters bereits abzeichnete, wurde in Schleswig-Holstein die Aktion „Kinderhilfe“ gestartet. Gemeindevorsteher Schümann rief insbesondere die hiesigen Landwirte auf, Stadtkinder bei sich aufzunehmen, um dort „nach dem entbehrungsreichen Winter wieder Kraft und Frische zu gewinnen.“ Während der Frühjahrsferien wurden in Kaltenkirchen 25 Kinder aufgenommen, obwohl „auch auf dem Lande Einschränkungen aller Art“ bestünden. Das war ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das gilt auch für die Maßnahme der Gemeinde vom März 1917, „für Unbemittelte etwas Kartoffelland“ bei der Mittelschule am Marschweg zur Verfügung zu stellen.

Unter den Entbehrungen litten vor allem kleine Kinder und alte Menschen. Während der vier Kriegsjahre 1914 bis 1918 starben in Deutschland etwa 800.000 Menschen an Hunger und Unterernährung. In der Zeitung stand es anders: „Wir hungern uns gesund!“ – das war die zynische Ansicht von Armenarzt Dr. Stille aus Stade, der dafür auch eine Erklärung bereithielt: „Hier macht sich wohl auch der günstige Einfluss der Abnahme der Trunksucht geltend, die Sterblichkeit ist daher auch nicht höher als vor dem Kriege.“ Es ist schwierig, hier eine Aussage für Kaltenkirchen zu treffen. Im Jahr 1917 waren laut Kirchenstatistik unter den 57 Beerdigungen 13 Säuglinge und Kinder unter zehn Jahren und 35 Senioren über sechzig Jahre alt.

Nachwirkungen

Ende April 1917 entspannte sich die Lage merklich, in Kaltenkirchen gab es wieder Kartoffeln und Mehl. Die Behörden hatten im Winter diese Lebensmittel eingelagert und zugunsten der Steckrüben zurückgehalten. Gemeindevorsteher Schümann gab im „Kreisblatt“ bekannt, dass nunmehr Vollmilch von den Meiereien an „Vollmilchversorgungsberechtigte“ ausgegeben werden dürfe. Dieses Wortungetüm hat es nicht in den Duden geschafft, findet sich aber vielleicht in einer EU-Agrarrichtlinie.

Unter dem Strich war die Not in den Städten deutlich größer als im ländlichen Kaltenkirchen. Die befürchtete Einrichtung von Kriegsküchen mit preiswerten Eintöpfen zur Armenversorgung („Bettelsuppen“) wurde nicht notwendig. Der Schwarzmarkt („Schleichhandel“) fand keinen Widerhall in der lokalen Presse, Hamsterfahrten von Städtern nach Kaltenkirchen aufgrund der verkehrsgünstigen Eisenbahnverbindung erfolgten in größerem Ausmaß erst ab 1917. Anders als in den Städten gab es auch keine Unruhen und Ausschreitungen innerhalb der Bevölkerung („Hungerkrawalle“). Dennoch wurde der Hungerwinter 1916/17 überall in Deutschland zum Trauma und blieb lange im öffentlichen Gedächtnis. Die damit eng verbundene Steckrübe hat auch heute noch den Anflug eines Kriegssessens der ärmeren Bevölkerung, auch aufgrund der Erinnerungen an den weiteren Hungerwinter 1946/47 nach dem Zweiten Weltkrieg. Andererseits ist das Rübengemüse mit Kochwurst, Kassler und Bauchfleisch längst Bestandteil der gutbürgerlichen Küche, und es befindet sich auch auf den Speisekarten von Restaurants. Davon konnten die hungernden Menschen während des Ersten Weltkrieges nur träumen.

Gehört Lauenburg eigentlich zu Schleswig-Holstein?

Anmerkungen zu dem Artikel in „Mitteilungen der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte“ Nr. 92 April 2017

von *Hansjörg Zimmermann*

Etwas über Lauenburg in den Veröffentlichungen der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte zu lesen, ist eher selten und beschränkte sich lange Zeit auf einige wenige Beiträge W. Pranges zumeist zur mittelalterlichen Siedlungsgeschichte. Umso mehr fand die wirklich plakative Überschrift von Herrn Walczoks Artikel Aufmerksamkeit. Doch nach den wenigen Seiten bleibt Fassungslosigkeit übrig. Im Grunde ist alles, was er schreibt, falsch. Offensichtlich ist das erschienene Lauenburg-Handbuch, hrsg. von Eckardt Opitz, an ihm vorbeigegangen. Hätte er darin nachgelesen, wären etliche seiner Thesen schon vor der Veröffentlichung in sich zusammengefallen. Das soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

1. Lauenburg sei mehr von Hamburg und Lübeck geprägt worden als von Holstein oder Schleswig. Die ewig von Geldnöten geplagten askanischen Herzöge verpfändeten ihre Besitzungen Mölln (1359) und Bergedorf (1370) an Lübeck bzw. Hamburg, eine im Hochmittelalter nicht unübliche Form der Finanzpolitik. Nach dem Tod Erich III. hielt sich sein Cousin Erich IV. nicht mehr an den Pfandvertrag und besetzte das Bergedorfer Schloss. Seine Nachkommen begannen ein Raubrittertum gegen die hanseatischen Kaufleute, denen es schließlich mit Unterstützung Lübecks 1420 zu viel wurde, so dass sie Bergedorf stürmten. Nach knapp einer Woche war der Spuk vorbei und es begann die Zeit der beiderstädtischen Verwaltung Bergedorfs, der Vierlande, Geesthachts und des halben Sachsenwaldes. Dies ist der Inhalt des Perleberger Friedensvertrages (von Walczok inhaltlich falsch dargestellt). Dabei gingen Bergedorf und die Vierlande Lauenburg für immer verloren. Geesthacht kam im Rahmen des Groß-Hamburg-Gesetzes 1937 an Lauenburg zurück. Lübeck hatte den Salzhandel auf dem Stecknitz-Kanal fest unter Kontrolle. Die Stadt Mölln oder andere lauenburgische Gegenden profitierten davon nicht. Kurz vor dem Ende der Askanierzeit wurde Mölln aufgrund eines Urteils des Reichskammergerichtes zurückgekauft. Auch hier trifft zu, was Jörg Meyn an den Anfang seiner Ausführungen zum Mittelalter in Lauenburg zitiert: „Es ist geradezu eine Signatur der mittelalterlichen, ja weitgehend auch noch der frühneuzeitlichen Geschichte, dass Geschichtslandschaften sich einer geographischen Fixierung entziehen“.¹

¹ Jörg Meyn: Sachsen-Lauenburg im Hohen und Späten Mittelalter. In: Herzogtum Lauenburg. Das Land und seine Geschichte, hrsg. von Eckardt Opitz, Neumünster 2003, hier S. 55.

2. Der Bau der Hamburg-Bergedorfer Eisenbahn geschah also auf hamburgischem Gebiet, nicht in erster Linie um eine Verbindung mit Lübeck, sondern mit Berlin zu erreichen, was dann auch mit der Eröffnung der Berlin-Hamburger Eisenbahn am 15. Dezember 1846 nach langwierigen Verhandlungen, vor allem zwischen Preußen und Mecklenburg geschehen konnte.² Dänemark, das das Herzogtum inzwischen verwaltete, lehnte eine direkte Verbindung zwischen den beiden Hansestädten ab. Stattdessen machte der dänische König seine Zustimmung zum Bau davon abhängig, dass auch die Stadt Lauenburg einen Bahnanschluss erhalten sollte. Auch genehmigte er eine Verbindung zwischen Lübeck und Büchen. Am 15. Oktober 1851 wurde die sogenannte LBE eröffnet. Damit war aber noch keine direkte Verbindung nach Süden bis an die Elbe gebaut. Das wurde erst durch die zwei Jahre später fertiggestellte Zweigbahn zwischen Büchen und Lauenburg erreicht, mit der die Lauenburger Passagiere kostenlos die Fahrt genießen konnten (Lauenburger Privileg). Auch das endete 1937. Die Eisenbahngesellschaften waren im Übrigen damals Aktiengesellschaften, die von Menschen betrieben wurden, die selbst über sehr viel Kapital oder über entsprechende Banken verfügten. Doch die gab es wie in vielen anderen schleswig-holsteinischen Landkreisen auch in Lauenburg nicht.

3. Alfred Nobel baute um Geesthacht seine Dynamitfabrik auf, weil er glaubte, in den Sanddünen genügend Schutz im Falle von Explosionen zu erhalten. Dennoch reichten diese bei Explosionen und Detonationen von Werkhallen nicht aus, wie die Beschwerden aus dem Lauenburgischen wie auch aus dem Niedersächsischen belegen. Wegen dieses Sandaufkommens wuchsen Weiden und boten Beschäftigungsmöglichkeiten als Bandreißer. Aus dem Sand konnte Glas hergestellt werden, sogenannte Demijohns, die dann mit den Weiden umflochten wurden. Natürlich fanden diese Produkte nur in Hamburg Absatz, wo sie z.B. im internationalen Weintransport auf Hamburger Schiffen genutzt wurden. Daraus eine Beeinflussung Lauenburgs durch Hamburg zu sehen, wäre reiner Unsinn.

4. Lauenburgs Zugehörigkeit zu anderen Mächten: Die Reichsunmittelbarkeit hielt bis zum Ende des Alten Reiches an. Nach dem Ende der Askanier 1689 folgten Erbauseinandersetzungen, in denen es zur Bombardierung Ratzeburgs durch dänische Truppen kam. Danach zeichnete sich ein Wechsel zu den Welfen ab. Die lauenburgische Standesvertretung, die Ritter- und Landschaft, dominiert vom regionalen Adel, bezog keine klare Position und wartete ab.

² Vgl. dazu: Hansjörg Zimmermann: Die Berlin-Hamburger Eisenbahn und das Herzogtum Lauenburg; in: DIE HEIMAT, H. 8/9, 1971.

Ihr war es an der „Selbständigkeit“, die eigenen Geschicke zu regeln, gelegen, denn seit Jahren hatten sich die askanischen Herzöge auf ihre Besitzungen in Schlackenwerth (Böhmen) zurückgezogen. Der Herzog war weit weg und so konnten die Lauenburger ein geruhames, aber ärmliches Leben führen. Zu welcher Landesherrschaft sie hinkünftig gehören sollten, war zweitrangig, solange sie ihre angestammten Rechte behalten würden. Diese wurden ihnen dann auch im Landesrezess von 1702 bestätigt. Ansonsten tat sich im 18. Jahrhundert nicht viel, bis auch Lauenburg von den napoleonischen Kriegen betroffen wurde. Im Falle von Lauenburg aber von „Befreiungskriegen“ zu sprechen stammt aus der nationalen Überhöhung des 19. Jahrhunderts (vgl. die Arbeiten von Zander und Bertheau). Das „Land im Winkel“ (Traugott Tamm) war seit ewigen Zeiten Durchmarsch- und Einquartierungsgebiet, wie es gerade in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts deutlich wurde. Auf dem Wiener Kongress wurde das Herzogtum zum Spielball der großen Mächte und gelangte so in einem Ringtausch schließlich an Dänemark.

Und wieder ging es darum, die „Sonderrechte“³ zu behalten und zu sichern. Der dänische König wollte auch nicht daran rütteln. Mehrfache Besuche in seinem neuen Herzogtum wurden zwar artig begleitet, doch zu überzeugten Anhängern der dänischen Krone wurden die Lauenburger nicht, warum sollten sie auch. Verwaltungstechnisch wurde Lauenburg in die schleswig-holsteinische Kanzlei auch im Titel aufgenommen, doch ansonsten tat sich in der „dänischen Zeit“ für das Herzogtum nicht viel. Die Sonderrolle Lauenburgs während der bürgerlichen Revolution von 1848 ist beschrieben worden.⁴

5. Eine ganz ähnliche Haltung nahm die Ritter- und Landschaft nach dem Sieg der Bundestruppen über Dänemark 1864 ein. Jetzt spekulierten die Lauenburger, ob sie sich nicht freiwillig Preußen anschließen wollten, um so ihre Sonderstellung zu erhalten, denn auch der König in Berlin war weit weg. Um es kurz zu machen: Bismarck ließ sich auf diese Regelung ein, der preußische König wurde nun auch Herzog von Lauenburg, aber das Land musste dafür beträchtlich zahlen und Domanialanleihen aufnehmen. 1876 wurden die Verhandlungen abgeschlossen und mit der Einführung der neuen Kreisordnung wurde erstmals ein Kreistag gewählt. Es entstand ein eigener Landeskommunalverband, der nicht an Schleswig-Holstein angeschlossen wurde.

3 Traugott Freiherr von Heintze: Lauenburgisches Sonderrecht. Ratzeburg 1909.

4 Hansjörg Zimmermann: Sozioökonomische Lage und politische Revolte 1845 - 1852. In: ZSHG Bd. 141, Husum 2016, S. 173 - 214.

6. Dieser Landeskommunalverband blieb auch nach dem Ende der Monarchie 1918 bestehen. Ein deutliches Zeichen hierfür ist die Sonderregelung bei den Wahlen zum Provinziallandtag, die schließlich zur Auseinandersetzung zwischen dem Landrat Schönberg und dem preußischen Innenminister führten und in der Absetzung des Landrats gipfelten.⁵ Als sich dann 1946 das Land Schleswig-Holstein in Gründung befand, machten sich in Mölln sogar Stimmen bemerkbar, ob sich Lauenburg nicht lieber Niedersachsen anschließen sollte, das sich auch gerade in Gründung befand. Doch daraus wurde bekanntlich nichts.

7. Völlig abstrus ist der Schlusssatz über den Bau des Pumpspeicherwerks und des Atomkraftwerks im Auftrag der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke. Lauenburg hatte auch einmal ein eigenes Kraftwerk, das seine Sonderstellung unterstreichen und über die Schaalsee-Schifffahrt den Anschluss an Mecklenburg verbessern sollte. Doch schnell wurde klar, dass solche regionalen Eigensinnigkeiten sich wirtschaftlich nicht lohnten, was auch die Stilllegung der Ratzeburger Kleinbahn zeigt.⁶ Hier, bei Geesthacht wurde das hohe Elbufer zur Betreibung von Turbinen genutzt und das ist sehr viel höher als das bei Farchau.

Dieser Beitrag ist nicht nur in nahezu allen Aussagen falsch, sondern gehört auch zu „den schlechtesten Publikationen zur lauenburgischen Geschichte“ (E. Opitz). Es nimmt Wunder, dass er in einer sonst sehr honorigen Veröffentlichung der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte überhaupt publiziert wurde.

⁵ Vgl. dazu Hansjörg Zimmermann: Die Sonderrechte des Landrats und die preußische Regierung. Die Auseinandersetzung über die lauenburgischen Sonderrechte in der Weimarer Republik. In: ZSHG Bd. 138, 2013, S. 153 - 191.

⁶ Vgl. dazu Hansjörg Zimmermann: Die Ratzeburger Kleinbahn; in: Beiträge zur Geschichte Ratzeburgs II. Teil, Lübeck 1973.

Berichte und Mitteilungen

Laudatio des Vorsitzenden *Jörg-Dietrich Kamischke* anlässlich der Vergabe des Preises der Gesellschaft an *Dr. Deert Lafrenz* auf der Mitgliederversammlung am Dienstag, den 20. Juni 2017, in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek zu Kiel

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste,

die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte schätzt sich glücklich auch in diesem Jahr wieder einen Preis für eine besonders herausragende Leistung auf dem Gebiet der schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsforschung vergeben zu können.

Wieder ein großes Thema, wieder ein bemerkenswert schönes, prachtvoll ausgestattetes Buch, das dem Verfasser, der herausgebenden Institution Landesamt für Denkmalpflege, und unserem Land Schleswig-Holstein zur Ehre gereicht. Unsere Heimat verfügt – vielleicht ein bisschen komplexer noch als andere – über eine äußerst vielfältige Geschichte, deren Erforschung und Vermittlung sich zahllose Menschen in nah und fern verschrieben haben. Im Rahmen der heutzutage in der Regel interdisziplinär und vergleichend betriebenen Landesgeschichtsforschung rücken die Forscher immer neue Aspekte der vergangenen Wirklichkeit in den Fokus der Betrachtung. Genau das macht die Ausschreibung zum Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte nach unserem Eindruck dauerhaft attraktiv zugleich für Geschichtswissenschaftler und für uns, denen daran liegt, für diese Vielfalt der Forschung ein Forum zu bieten.

So hatten die vom Vorstand der Gesellschaft eingesetzten Juroren auch in diesem Fall wieder zwischen ganz unterschiedlichen Werken auszuwählen. Und ich bin mir sicher, dass wir mit dem diesjährigen Preis eine in höchstem Maße preiswürdige Arbeit prämiieren.

Dass wir den mit der beachtlichen Dotation von 3.000,- Euro versehenen Preis Jahr für Jahr ausloben und inzwischen auch noch einen Nachwuchspreis vergeben können, verdanken wir dem finanziellen Engagement der Brunswiker Stiftung.

Dieser Stiftung, deren Kapital namentlich durch Sie, lieber Herr Jarchow, bereitgestellt wird, ist es zu verdanken, dass wir in Sachen Landesgeschichte engagierten Persönlichkeiten über unsere lobende Anerkennung hinaus einen Preis verleihen und die Verleihung selbst in feierlichem Rahmen ausrichten können. Ihnen, lieber Herr Jarchow, gilt deshalb auch in diesem Jahr wieder unser ganz besonderer Dank, und wir sind sicher, dass das von unseren Juroren preisgekrönte Werk auch Ihnen Freude bereitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen nun das Werk und seinen Verfasser kurz vorstellen. Dr. Deert Lafrenz wurde in Eckernförde geboren. Als studierter Kunsthistoriker war er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2009 über ein Vierteljahrhundert im Landesamt für Denkmalpflege in Kiel tätig. Dort war er mit Fragen der praktischen Denkmalpflege im ländlichen Raum befasst. Sein Zuständigkeitsbereich umfasste u.a. die güterreichen Landkreise Ostholstein, Plön und Rendsburg-Eckernförde. Die Neubearbeitung des einschlägigen Handbuches von Dehio für Schleswig-Holstein sowie die Denkmaltopographie für die Stadt Rendsburg stammen ebenso wie noch so manch anderes Gutes aus seiner Feder. Ein Schwerpunkt seiner Arbeiten liegt im Bereich der ländlichen, speziell der Guts- und Herrenhausarchitektur. Das machte ihn zum geradezu idealen Verfasser für das heute mit unserem Preis gewürdigte Handbuch „Gutshöfe und Herrenhäuser in Schleswig-Holstein“.

Es sei an dieser Stelle nicht verschwiegen, dass im Vorwort des Werkes auch zahlreiche Personen genannt werden, ohne deren engagiertes Mitwirken, der vorliegende Band nicht oder zumindest nicht in so prächtiger und durchweg professioneller Aufmachung erschienen wäre: Karten und Pläne mussten gezeichnet, Fotos geschossen, Texte redigiert und Finanzmittel eingeworben werden. Außerdem handelt es sich bei den Gutsanlagen Schleswig-Holsteins um einen so weitgespannten Forschungsgegenstand, dass man ihn als einzelner nur schwer vollständig überblicken kann. Man ist daher gut beraten, neben dem vorhandenen Quellenmaterial auch Erkenntnisse, Hinweise und Arbeitsergebnisse anderer Wissenschaftler einzubeziehen. Für diese Themenstellung braucht es daher eine Forscherpersönlichkeit, die all dies in eine Einheit fasst. Deshalb geht unser Preis in diesem Jahr an Herrn Dr. Deert Lafrenz, der diese Aufgabe mit seinem Werk „Gutshöfe und Herrenhäuser in Schleswig-Holstein“ hervorragend gelöst hat und damit an klingende Namen wie Peter Hirschfeld, Henning von Rumohr, Hubertus Neuschäffer und Adrian von Buttlar anknüpft.

Im Großformat angelegt, mehrere Kilo schwer, reich bebildert und knapp 700 Seiten stark, vermittelt dieses monumentale Werk einen Überblick über die Gesamtheit der Herrenhäuser und Gutsanlagen im Land zwischen den Meeren. Aufgenommen sind alle ehemals adeligen Gutsanlagen im heutigen Schleswig-Holstein, d.h. einschließlich des historischen Herzogtums Lauenburg und des Oldenburgischen Landesteils um Eutin. Ausgespart bleibt der seit 1937 hamburgische Territorialanteil und das 1920 an Dänemark abgetretene Nordschleswig. Für die erfassten Anlagen bietet das Werk den aktuellen Stand der historischen, kunst-, architektur- und gartenhistorischen Forschung; und wem das, was in dem Kompendium selbst geboten wird, noch nicht ausführlich genug ist, wen nach einer tieferen Durchdringung des Gegenstandes dürrt, der wird im Anhang mit reichlich weiterführender Literatur versorgt. Eine konzise Einführung in den Gegenstand, in der ausdrücklich zwischen adeligen Herrenhäusern und landesherrlichen Schlössern unterschieden wird – zu welcher Letztgenannten wir uns übrigens ein vergleichbares Kompendium wünschen würden –, ein speziell für Laien sehr hilfreiches Glossar zu kunst- und architekturhistorischen Fachbegriffen sowie ein Personen- und Ortsregister runden das Werk ab. Ein spezielles Register der Architekten, Künstler und Handwerker unterstreichen den Handbuchcharakter.

Das Herzstück der Veröffentlichung bildet ein umfangreicher, alphabetisch angelegter Katalog zu über 300 Gutsanlagen im Lande von Ahrensburg bis Wulksfelde. Dabei sind durchaus auch Anlagen erfasst, die heute in ihrer Baulichkeit nicht mehr existieren oder als Güter aufgelassen wurden. Die Katalogeinträge folgen einem eingängigen, einheitlichen Schema. So findet man zunächst Angaben zur Lage, sodann einen Überblick über die Geschichte der jeweiligen Anlage und schließlich einen Abriss der Baugeschichte, der neben den Baulichkeiten auch die Gärten im Blick hat. Beigegeben sind Pläne, Karten, historische Ansichten und aktuelle Fotografien der betreffenden Objekte. Jeder gespannte Benutzer hält mithin ein Buch zum Lesen und gleichzeitig zum bereichernden Betrachten in den Händen.

In diesem Sinn schärft Lafrenz insbesondere durch die beigegebenen Abbildungen unseren Blick fürs Detail, macht auf vermeintlich Nebensächliches aufmerksam – und erklärt es: So sehen wir uns nicht nur mit 500 Jahren Gutshausarchitektur konfrontiert – von Walstorf aus dem frühen 16. Jahrhundert bis heute –, sondern auch mit den zum Teil nicht weniger beeindruckenden Anlagen der Wirtschaftshöfe. Bezeichnenderweise sind es gerade hier nicht nur repräsentative Scheunen- und Stallanlagen, sondern auch Gutsschmieden, Holländereien, verschiedene Arten von Mühlen,

Altenstifte sowie Witwen- und Gutsarbeiterhäuser und – nicht zu vergessen: die Patronatskirchen. Dies alles verdeutlicht, welche prägende Rolle die Gutswirtschaft und Gutsherrschaft für weite Teile der ländlichen Lebenswirklichkeit in den historischen Gutslandschaften unseres Landes spielte und – unter gewandelten Vorzeichen – zum Teil bis heute spielt. Das betont auch der Verfasser, der mit seiner Veröffentlichung auch darauf abzielt, wie er formuliert: „dem Gesamtbild der Gutshöfe und der immerhin noch andeutungsweise vorhandenen Gutslandschaft eine neue Wertschätzung zukommen zu lassen.“ Ich brauche nicht zu betonen, dass er mit diesem Anliegen bei uns offene Türen einrennt, sind doch Exkursionsgruppen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte immer wieder auf Gutsanlagen zu Gast. Für die Vor- und Nachbereitung entsprechender Veranstaltungen steht uns mit dem vorliegenden Werk ein wichtiges neues Hilfsmittel zur Verfügung, für das wir Ihnen, lieber Herr Lafrenz, und auch dem Landesamt für Denkmalpflege, zu großem Dank verpflichtet sind. Man kann auch sagen: Niemand, der sich für die Bau- und Kulturgeschichte schleswig-holsteinischer Gutsanlagen und Herrenhäuser interessiert – sei es in Wissenschaft oder Laiensphäre – kommt an Lafrenz' Kompendium vorbei.

Herzlichen Glückwunsch zu diesem wahrlich großen Wurf!



Der Preisträger Dr. Deert Lafrenz bei seinem Vortrag in der Landesbibliothek
(Foto: Ortwin Pelc)

Begegnungsstätten von Kirche und Welt: Bischofssitze in Norddeutschland

Bericht zur Exkursion vom 8. bis 13. Mai 2017

von *Nina Gallion* und *Frederieke Maria Schnack*

Die ehemals hohe politische und kirchliche Bedeutung mittelalterlicher Kathedralstädte wird heutzutage leicht unterschätzt, erinnert doch oft ‚nur‘ noch ein Dom in der Altstadt daran, dass einst ein hochrangiger Geistlicher die Stadtherrschaft ausübte – was seinen Herrschaftssitz zu einem Ort machte, an dem sowohl geistliche als auch weltliche Aufgaben und Interessen einander begegneten und nicht selten miteinander kollidierten. Die enge Verknüpfung landesherrlicher und städtischer, klerikaler und laikaler Einflussphären sowie deren Verbindungen zur Reichspolitik sind Faktoren, welche die politischen Verhältnisse in einer Kathedralstadt sowie die bischöflichen Handlungsspielräume maßgeblich prägten. Insbesondere die mittelalterlichen Bistümer des heutigen Norddeutschlands und die in ihnen wirkenden Bischöfe sind in dieser Hinsicht jedoch noch weitgehend unerforscht.¹

Um den Blick auf aktuelle mediävistische Forschungsfragen sowie kaum untersuchte Fallbeispiele der Kirchen- und Reichsgeschichte zu lenken und das diffizile Geflecht verschiedener Funktionen, Akteure und Absichten in einer Kathedralstadt einmal vor Ort näher kennenzulernen, bot die Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt zur Geschichte Schleswig-Holsteins der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 8. bis zum 13. Mai 2017 eine Exkursion durch norddeutsche Bischofssitze an. An dieser Rundreise nahmen 18 Studierende des Faches Geschichte (Bachelor und Master) sowie Prof. Dr. Andreas Bihrer und als Exkursionsleitung Prof. Dr. Oliver Auge, Dr. Nina Gallion (ehem. Kühnle) und Frederieke M. Schnack M.A. teil.

¹ Die von Prof. Dr. Oliver Auge und Prof. Dr. Andreas Bihrer für Mai 2018 in Greifswald geplante Tagung „Kleine Bischöfe im Alten Reich. Strukturelle Zwänge, Handlungsspielräume und soziale Praktiken im Wandel (1250–1650)“ will dies ändern und den Fokus auf ‚kleine‘ Bischöfe aller Regionen des spätmittelalterlichen Reiches lenken.

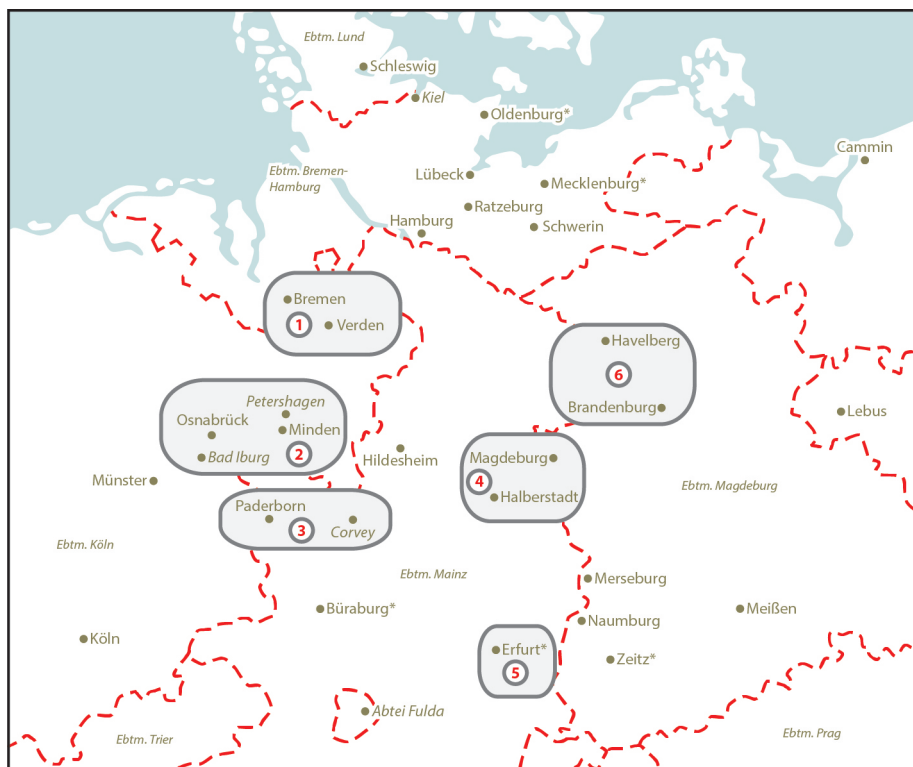


Abb. 1: Die Erzbistümer im Norden des römisch-deutschen Reichs und die Stationen der Exkursionstage (kursiv = kein Kathedralort, Sternchen = nur zeitweise Kathedralort; Darstellung: Stefan Magnussen, n. Putzer, Historischer Weltatlas, 103. Aufl. 2008, S. 81)

Nach einem frühen Aufbruch mit drei VW-Bussen des Kieler Universitätsfuhrparks war die erste Station am Morgen des 8. Mai 2017 Bremen, wo – leider im Regen – eine Besichtigung des Domareals anstand, im Rahmen derer die Leiterin des Bremer Dom-Museums Dr. Henrike Weyh die Exkursionsgruppe auch durch den Bleikeller führte. Insbesondere die heute noch deutlich sichtbare Nähe bischöflicher und städtischer Macht mit der unmittelbaren Nachbarschaft von Dom und Rathaus (heute ergänzt um das ebenfalls am Marktplatz stehende Haus der Bürgerschaft) verdeutlichten, wie verschiedene Interessensgebiete in einer Kathedralstadt schon allein räumlich zusammenhängen konnten. Felicia Engelhards Referat zu Bischof Adalbert von Bremen († 1072) und seinen Plänen zur Errichtung eines nordischen Patriarchats rundete das Programm ab. Zweites Ziel war am Nachmittag Verden, dessen aus Hau- und Backstein errichteter Dom in äußerer wie innerer, deutliche reformatorische Einflüsse zeigender Hinsicht einen Kontrapunkt zur Bremer Kathedrale darstellt.

Nach zwei weiteren Referaten, die Bischof Hermann von Verden († 1167) und die Fälschung der Gründungsurkunde des Bistums (Anja Heberlein) sowie die Verdener Bischöfe im Großen Abendländischen Schisma (Linda Büscher) zum Thema hatten, wurde auf Vorschlag von Prof. Dr. Andreas Bihrer kurzfristig die nahegelegene Kirche St. Andreas, die unter Bischof Iso († 1231) für das von ihm gegründete Chorherrenstift erweitert worden war, ins Programm aufgenommen. Dank einer engagierten Dame aus der Gemeinde war es möglich, die montags eigentlich geschlossene Kirche doch zu besichtigen und Isos Grabplatte zu sehen, die den Bischof mit Abbildern der Andreaskirche und einer Stadtmauer (als Hinweis auf die in seinem Auftrag errichtete Stadtmauer Verdens) zeigt – ein untrügliches Zeichen für das zusammenhängende geistliche wie weltliche Wirken mittelalterlicher Bischöfe. Die letzte Etappe des Tages führte die Gruppe ins Jugendgästehaus Petershagen bei Minden, wo für die folgenden drei Nächte Zimmer bezogen wurden.

Am 9. Mai stand als Erstes ein Besuch in Minden auf dem Programm. Im Kommunalarchiv führte die stellvertretende Archivleiterin Dr. Monika M. Schulte in die Bestände und Aufgaben des Archivs ein, um der Gruppe anschließend einige, in Absprache mit Frederieke M. Schnack ausgewählte Urkunden zur Geschichte der Mindener Bischöfe im Spätmittelalter zu zeigen. Besonders spannend für die Exkursionsgruppe war, dass sämtliche dieser Urkunden von Nahem angeschaut und erste Leseversuche unternommen werden konnten. Auch ein Zeugnis zur Vormundschaft der Lüneburger Welfenherzöge über das Hochstift Minden, die Kimberly Ann Kondracki in ihrem anschließenden Referat den Teilnehmenden erläuterte, konnte im Archiv eingesehen werden.



Abb. 2: Die Exkursionsgruppe betrachtet spätmittelalterliche Bischofsurkunden im Kommunalarchiv Minden (Foto: Hilke Niemann)

Daran schloss sich eine informative Stadtführung mit Ursula Bender-Wittmann, Mitarbeiterin im Mindener Museum, an, im Laufe derer die Gruppe im Museum nicht nur anhand eines Stadtmodells die verschiedenen Entwicklungsphasen Mindens kennen lernte, sondern wichtige Straßenzüge bis hinunter zum Dom auch in der Realität sowie bei strahlendem Sonnenschein ansehen konnte. Die Mitarbeiter des Rathauses ermöglichten sogar kurzerhand einen Blick in den Kleinen Rathaussaal mit Fritz Grotmeyers historistischem Gemälde der Trauung Heinrichs des Löwen im Mindener Dom. Die Besichtigung der auch in dieser Stadt nahe des Rathauses gelegenen Kathedrale und ein Referat von Diana Rittel über Fürstbischof Franz von Waldeck († 1553) rundeten den Besuch ab. Anschließend ging es weiter nach Bad Iburg, wo Prof. Dr. Thomas Vogtherr (Lehrstuhl für Geschichte des Mittelalters, Universität Osnabrück), der ein umfangreiches Programm zu den Bischöfen von Osnabrück vorbereitet hatte, die Exkursionsgruppe bereits erwartete. Zunächst führte die Kunsthistorikerin Dr. Susanne Tauss durch die fürstbischöfliche, ursprünglich als Kloster gegründete Residenz Iburg und machte auf architektonische Besonderheiten aufmerksam; anschließend ging es in den Rittersaal, wo das Bildprogramm der Decke und der Wände mit Porträts der Fürstbischöfe erläutert wurde. Nächstes und letztes Ziel des Tages war Osnabrück selbst, wo die Archäologin Ellinor Fischer M.A. den Dom, seine einzelnen Bauabschnitte sowie die Domausgrabungen der vergangenen Jahre direkt vor Ort vorstellte. Nach einem gemeinsamen Abendessen mit Prof. Dr. Vogtherr als Abschluss dieses äußerst spannenden und informativen Tages stand nur noch die Rückfahrt nach Petershagen an.

Von dort ging es am folgenden Tag, dem 10. Mai, zunächst nach Paderborn. Dr. Martin Kroker, Leiter des LWL-Museums in der Kaiserpfalz, führte durch das Museum, indem er die Ursprünge Paderborns, die rekonstruierte Kaiserpfalz samt aula regia und die Bartholomäuskapelle vorstellte. Direkt an einem Modell des hochmittelalterlichen Paderborns stellte Manuel Ovenhausen das Wirken und die umfassende Bautätigkeit Bischof Meinwerks († 1036) vor. Anschließend stand der Dom auf dem Programm, den die Teilnehmenden insgesamt sowie mit Blick auf das von Jan Ocker näher erläuterte Grabmal Fürstbischof Dietrichs von Fürstenberg († 1618) besichtigten. Nach einem kurzen Abstecher zur Abdinghofkirche und der Mittagspause ging es weiter nach Schloss Corvey. Auf eine Führung durch Kirche und Repräsentationsräume der ehemaligen Benediktinerabtei folgten zwei Referate zur kulturellen Blüte des Klosters (Ricarda Ruppertsberg) sowie zur Bedeutung Corveys als Reformkloster (Caroline Fett).

Henning Andresen, der als studentische Hilfskraft der Abteilung für Regionalgeschichte großen Anteil am Gelingen der Exkursion hatte, verzichtete kurzerhand auf Teile des Programms, um in Absprache mit dem Fuhrparkmanagement der CAU einen Katalysatorschaden an einem VW-Bus in Höxter provisorisch reparieren zu lassen – so stand der Weiterreise zu den folgenden Exkursionszielen glücklicherweise nichts mehr im Wege.

Am Donnerstag verließ die Reisegruppe ihre Unterkunft in Petershagen und setzte die Fahrt in Richtung Osten fort. Schweren Herzens verzichtete man auf einen Besuch in Hildesheim, das zwar hervorragend ins Programm gepasst hätte, aber schon bei der Exkursion „Auf den Spuren der Welfen und Schauenburger in Niedersachsen“ im Jahr 2015 angesteuert worden war,² und fuhr stattdessen nach Halberstadt. Auf dem im Sonnenschein liegenden Domplatz zwischen der Liebfrauenkirche und dem Dom hörten die Teilnehmenden zunächst zur Einstimmung die ersten beiden Referate des Tages, die zum einen Auskunft über die wechselhafte Geschichte des Bistums Halberstadt während des Investiturstreits gaben (Pia Maghon) und zum anderen von den Ursprüngen des berühmten Halberstädter Domschatzes unter Bischof Konrad von Krosigk († 1225) im Vierten Kreuzzug (Annabel Wohlfahrt) berichteten. Anschließend wurde zuerst der Dom, der – wie viele Domkirchen – im späten Mittelalter in gotischer Weise umgebaut worden war, besichtigt, wo den Studierenden nicht nur die extreme Kälte im Inneren des Bauwerks auffiel, sondern vor allem auch der beeindruckende Lettner aus dem Jahr 1510. Aus dem Dom ins wärmere Dommuseum zurückgekehrt, nahm die Gruppe den besagten Domschatz in Augenschein, der mit mehr als 650 Stücken zu den größten mittelalterlichen Kirchenschätzen Europas zählt. Insbesondere die großformatigen Wandteppiche, darunter zum Beispiel der Abraham-Engel-Teppich von ca. 1150 und der Christus-Apostel-Teppich von ca. 1170, luden zum Verweilen ein. Nach einer kurzen Mittagspause erreichte der CAU-Korso nach einstündiger Fahrt das nächste Ziel Magdeburg, wo man sich für den Rest der Exkursion in der hiesigen Jugendherberge einquartierte. Am frühen Abend erhielt die Gruppe noch eine Führung durch den Magdeburger Dom, der für Kaiser Otto I. († 973) von besonderer Bedeutung gewesen war und noch heute dessen Grab im Zentrum der Kirche vor dem Hochaltar birgt. Diese Zusammenhänge erläuterte Clara Schwinn im letzten Referat des Tages und wies auch darauf hin, dass es bei der Gründung des Erzbistums Magdeburg zu Spannungen mit dem Bistum Halberstadt gekommen sei, weil der neuen

² Vgl. zum Programm dieser Exkursion die Homepage der Abteilung für Regionalgeschichte: <http://www.histsem.uni-kiel.de/de/abteilungen/regionalgeschichte/exkursionen/archiv> (16. August 2017).

Diözese Halberstädter Besitz von nicht geringem Umfang zugeschlagen wurde. So schloss sich der Kreis des vierten Exkursionstages.

Freitags machte sich die Exkursionsgruppe schon um 7 Uhr auf den Weg, um das am weitesten südlich gelegene Reiseziel Erfurt zu erreichen. Das erst im 20. Jahrhundert wiedererrichtete Bistum Erfurt blickt auf eine nur kurze mittelalterliche Geschichte zurück: Wie Dominik Pollak im ersten Referat des Tages den auf den Stufen zum St. Marien-Dom und zur Severikirche versammelten Studierenden mitteilte, wurde das im Jahr 742 durch den als „Apostel der Deutschen“ bezeichneten Benediktinermönch Bonifatius gegründete Bistum nach nur 13 Jahren wieder aufgelöst.



Abb. 3: Dominik Pollak berichtet auf den Treppen zum Erfurter Dom und zur Severikirche von der Bistumsgründung durch den heiligen Bonifatius (Foto: Frederieke M. Schnack)

Die ursprüngliche Domkirche blieb aber bestehen und durchlief im Mittelalter und in der Neuzeit eine Reihe von Bauphasen, für die nicht zuletzt die unmittelbar neben dem Dom gelegene Severikirche verantwortlich war. In einer Art Bauwettstreit versuchten beide Kirchen nämlich beständig einander zu übertrumpfen (Referat von Daniel Lemke), und das beeindruckende Ergebnis ließen die Teilnehmenden bei Sonnenschein vom benachbarten Petersberg aus, einer frühneuzeitlichen Befestigungsanlage, auf sich wirken: Auf einer Erhöhung unmittelbar vor dem Erfurter Marktplatz thronen beide Kirchen und bieten von ihren Dächern und Türmen aus einen atemberaubenden Blick über die vor ihnen liegende Stadt. Davon konnte sich die Exkursionsgruppe in einer Domführung selbst überzeugen: Im ersten Teil der Führung wurde die gesamte Gruppe durch den Dom geführt, der sowohl von seiner Außen- als auch von seiner Innenausstattung her von besonderem baugeschichtlichem Reiz ist und zudem mit einem Stuckrelief

der Muttergottes von ca. 1160 und mit dem so genannten Wolfram, einer 1,50 m hohen Leuchterfigur aus Bronze ebenfalls von 1160, aufwarten kann. In der zweiten Hälfte der Führung wurde die Gruppe dann aufgeteilt: Ein kleinerer Teil besichtigte die „Gloriosa“ aus dem Jahr 1497, bei der es sich um die größte freischwingende und noch erhaltene mittelalterliche Glocke handelt. Unter der Glocke mit einem Durchmesser von 2,57 m sitzend, lauschten die Teilnehmenden beeindruckt den Schilderungen des Führers und wurden anschließend noch über den Dachstuhl des Doms zur Dombalustrade geleitet. Der größere Teil der Exkursionsgruppe besuchte parallel die benachbarte Severikirche, wo es sich der Pfarrer selbst nicht nehmen ließ, viel Wissenswertes von seiner Kirche zu berichten und ebenfalls den Dachstuhl zu präsentieren. Der Rest des Nachmittags gestaltete sich leider aufgrund des immer stärker werdenden Regens nicht mehr so angenehm. Zwar gingen die Teilnehmenden noch zum Augustinerkloster, dem letzten Programmpunkt des Tages, und hörten hier ein Referat über dessen Geschichte vom 13. Jahrhundert bis heute (Nora Riemichen). Dann aber traten alle über die Krämerbrücke den Rückweg zu den Autos an, um nach Magdeburg zurückzukehren.

Am Samstag, dem sechsten und letzten Tag der Exkursion, wandelte die Gruppe noch einmal auf den Spuren der ottonischen Bistumsgründungen, die Otto I. im 10. Jahrhundert veranlasst hatte und die in erster Linie der Missionierung der Slawen dienen sollten. Die Erfolge und Misserfolge dieser Bestrebungen wurden besonders gut am ersten Tagesziel, der Dominsel in Brandenburg an der Havel, erkennbar. Denn das hier gegründete Bistum ging durch den Slawenaufstand von 983 schon nach wenigen Jahrzehnten wieder unter, so dass der weiterhin bestehende Bischofssitz lange Zeit vakant blieb (Referat von Hilke Niemann). Zu einer Wiederrichtung kam es erst unter dem Askanier Albrecht dem Bären im 12. Jahrhundert, der sich die Mark Brandenburg sichern wollte (Corinna Rathmann). Auf den Fundamenten der zerstörten slawischen Brandenburg errichtete man dann 1165 in höchst symbolträchtiger Weise den Dom, einen Backsteinbau, den die Studierenden nach den beiden Referaten besichtigten und dabei u. a. die „bunte Kapelle“, das Untergeschoss des nördlichen Choranbaus mit einem bunt ausgemalten Kreuzrippengewölbe, und eine Triumphkreuzgruppe von ca. 1430 bewundern konnten. Von Brandenburg ging es weiter nach Havelberg, das im 10. Jahrhundert das gleiche Schicksal erlitt wie das Bistum Brandenburg, nach seiner Wiedererrichtung im 12. Jahrhundert aber auch unter der Leitung eines so bedeutenden Bischofs wie Anselm von Havelberg stand (Referat von Jannik Leuchtmann). Nachdem es in Brandenburg noch leicht genieselt hatte, kam nun wieder die Sonne heraus

und ließ den ebenfalls auf einer Insel leicht erhöht liegenden Dom erstrahlen, dessen trutzig anmutender Bau mit dem charakteristischen so genannten sächsischen Westriegel zu beeindrucken wusste und einen krönenden Abschluss der Exkursion bildete. Nach einem kurzen Rundgang genoss die Gruppe noch einmal den Ausblick über Havelberg und machte sich dann auf die Rückreise ins heimische Kiel.

Die insgesamt sechstägige Exkursion bot mit ihrem straffen und lehrreichen Programm ein breites Panorama zur mittelalterlichen Bistumsgeschichte Norddeutschlands, das sich von der frühmittelalterlichen Missionierung über den Investiturstreit und das Große Abendländische Schisma bis zur Reformation und darüber hinaus erstreckte. Durch den vergleichenden Blick auf verschiedene Kathedralstädte lernten die Studierenden typische Baustile kennen und erhielten ein ums andere Mal einen Eindruck von den Handlungsspielräumen der mittelalterlichen Bischöfe, die als hochrangige Geistliche und Reichsfürsten in einer Person immer wieder repräsentative Zeichen ihrer Macht setzten. Für die Teilnehmenden wurde dadurch unmittelbar vor Ort sowohl das Zusammenwirken von klerikaler und weltlicher Sphäre spürbar, etwa am Beispiel von Paderborn und Bremen mit ihren zentralen Gebäude-Ensembles von Dom und Kaiserpfalz bzw. Rathaus, wie auch ihr Konfliktpotential, etwa am Beispiel von Minden und Osnabrück, wo die Rathäuser absichtlich außer Sichtweite des Doms errichtet worden waren. So erschlossen sich der Exkursionsgruppe zahlreiche Facetten norddeutscher Bischofssitze als Begegnungsstätten von Kirche und Welt.

Castrum Brink bei Ballum. Einblicke in die Ausgrabung einer verschwundenen Bischofsburg an der Nordsee

von *Henning Andresen, Rainer Atzbach, Tenna R. Kristensen, Stefan Magnussen, und Ulrich Müller*

Die Kulturlandschaften Schleswig-Holsteins und des südlichen Dänemarks sind reich an historischen Denkmälern wie Herrenhäusern, Schlössern und Burgen. Während jedoch imposante Anlagen wie die Schlösser Gottorf, Ahrensborg oder Sønderborg noch heute das Landschaftsbild prägen und beliebte Reiseziele sind, führen die Burgen der Region – von wenigen Ausnahmen abgesehen – geradezu ein Schattendasein. Bestenfalls noch als Bodendenkmal erhalten, lassen sie sich meist nur über das Studium der kaum vorhandenen Schriftquellen, archäologische Maßnahmen oder mittels neuer Methoden wie der Geophysik erschließen. Seit einiger Zeit aber arbeiten Forscherteams sowohl des Instituts für Ur- und Frühgeschichte, der Abteilung für Regionalgeschichte (beide CAU Kiel), aber auch des Museum Sønderjylland – Arkæologi Haderslev und der Abteilung für Medieval and Renaissance Archaeology der Aarhus Universitet intensiv daran, das Land zwischen Elbe und Königsau von seinem Dasein als „Vergessenem Burgenland“ (so der Titel einer Tagung, die 2013 in Kiel stattfand) zu befreien.

Im Rahmen einer grenzübergreifenden Kooperation dieser Institutionen fand nun im Mai und Juni 2017 eine Grabungskampagne statt, die sich unter der Leitung von Rainer Atzbach (Aarhus), Ulrich Müller (Kiel) sowie Tenna R. Kristensen (Haderslev) der bischöflichen Burganlage Brink im Kirchspiel Ballum (Tønder Kommune) widmete. Insgesamt 22 Studierende aus Aarhus (17) und Kiel (5) nahmen an der dreiwöchigen, als Lehrgrabung konzipierten Ausgrabung teil und konnten, unterstützt von Doktoranden und MitarbeiterInnen der beiden Universitäten, einen Einblick in die praktische archäologische Arbeit erhalten. Ziel der Grabung war neben der Lehre aber auch die Frage nach dem Aufbau und dem Ursprung der Anlage – schließlich besaß das Bistum zu Ribe bereits im 13. Jahrhundert Güter in der Region, darunter etwa die Anlage Møgeltønderhus (das heutige Schloss Schackenburg), während die Anlage Brink erstmals im Jahr 1388 in den Quellen als Burg auftaucht.

Erste Ausgrabungen fanden schon früher statt. 1992 konnte ein Team um Lennart S. Madsen (Museum Haderslev) im Zuge einer Probegrabung die bis dahin nicht gesicherte Lage der Burg bestätigen, und in den Jahren 1999

bis 2002 folgten weitere archäologische Untersuchungen unter Leitung von Tenna R. Kristensen (Museum Haderslev). Bereits damals zeigte sich, dass trotz der weitgehenden Zerstörung an der Oberfläche mit verhältnismäßig guten Erhaltungsbedingungen zu rechnen war – was sich auch dieses Mal bestätigte.

Auf Grundlage einer bereits im Januar 2017 von einer Gruppe um Christoph Rinne durchgeführten geomagnetischen Prospektion wurden zwei Grabungsschnitte von jeweils 20x20m und 5x20m geöffnet. Die Befunde der Grabung waren dabei äußerst aufschlussreich. Von archäologischer Seite ergänzte und verfestigte sich das Bild, welches bislang von der Burg gezeichnet wurde. Die Ausgrabungen zeigten, dass es sich in der Nachbarschaft des Brink Møllegård eine ausgesprochen wehrhafte Anlage erhob: die mächtige Wehrmauer war bis in eine Tiefe von 3 m unter der heutigen Oberfläche gegründet, der umlaufende Burggraben erreicht ebenfalls eine Tiefe von fast 3 m und sicherte so den Mauerfuß effektiv gegen Mineure. Das sehr reichhaltige Fundmaterial – in den drei Ausgrabungswochen wurden über 1000 Objekte geborgen – spiegelt ein weitgefächertes Netzwerk der bischöflichen Anlage wider, das sich bis Frankreich, Großbritannien und Norddeutschland erstreckte. Die Funde sind gerade im Fall von Brink interessant, da es in ganz Dänemark die einzige Burganlage ist, für die ein Rechnungsbuch des 14. Jahrhunderts vorliegt. Hier bietet sich also die Möglichkeit die historische Überlieferung am archäologischen Befund zu prüfen.

Dass die Kampagne ein voller Erfolg war lag jedoch vor allem an der offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten des internationalen Teams, die zum reibungslosen Ablauf der Grabung entscheidend beitrug. Das gilt nicht nur für diejenigen, die aktiv mit der Erforschung der Anlage beschäftigt sind, sondern auch für die Studierenden, die überwiegend erst am Anfang ihrer Studienlaufbahn stehen. Denn sie konnten während der dreiwöchigen Grabung viele Aspekte der praktischen archäologischen Ausgrabung kennenlernen, die weit über das reine Arbeiten im Feld hinausgehen. Die Studierenden lernten, wie man eine Grabung organisiert, Befunde korrekt dokumentiert werden und übten sich in der Pressearbeit, die insbesondere für die Studierenden der Aarhus Universität zum festen Aufgabenprofil gehörte. So gab es neben dem breiten Medienecho in der lokalen und regionalen Presse mittels eines eigens eingerichteten Blogs (<http://borgbrink2017.blogspot.de/>) und über die sozialen Netzwerke einen direkten Einblick in die Arbeit auf der Burganlage Brink.

Über diese Kanäle wird es dann hoffentlich bald weitere Neuigkeiten geben. Denn die gewonnenen Daten dienen nun als Grundlage für ein längerfristig angelegtes Forschungsprojekt, das die Alltags- und Elitekultur in der Siedlungskammer Ballum untersuchen wird und das vielleicht schon im kommenden Jahr fortgesetzt werden kann.



Die Grabungsfläche aus der Vogelperspektive, Blick nach Nordwest
(Foto: Peter Jensen, Aarhus Universität)

Tagungsbericht vom 24. März 2017¹

von *Stefan Brenner* und *Jan Ocker*

Ausgewählte Witwen des schleswig-holsteinischen Adels, deren Witwensitze sowie deren soziales und fürstliches Leben standen im Mittelpunkt des eintägigen Symposiums, zu dem die Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und das in Bredstedt beheimatete Nordfriisk Instituut gemeinsam in das Schloss vor Husum einluden. Im altherwürdigen, prächtig ausgestatteten Rittersaal bestand das übergeordnete Interesse der Tagung darin, anhand unterschiedlicher Beispiele – in vergleichender Perspektive – nach dem Leben und Wirken der verwitweten Fürstinnen zu fragen und Gemeinsamkeiten, aber eben auch Unterschiede herauszustellen.

Zum Auftakt der wissenschaftlichen Zusammenkunft hoben die beiden Tagungsveranstalter OLIVER AUGÉ (Kiel) und THOMAS STEENSEN (Bredstedt) in ihrer Begrüßung hervor, dass es sich bei dem Thema der fürstlichen Witwen mitsamt ihren Witwensitzen um kein primär friesisches handele. Denn friesische Geschichte sei keine Adelsgeschichte, wie Steensen ausführte. Vor diesem Hintergrund nahm das Schloss vor Husum, das im 17. Jahrhundert den Herzoginnen Augusta (1580-1639) und Maria Elisabeth (1610-1684) von Schleswig-Holstein-Gottorf als Altersresidenz diente, eine besondere Stellung ein. Dabei soll es auch Maria Elisabeth gewesen sein, die für ihre eigene Zuckerbäckerei die heute für Husum charakteristischen Krokusse nach Nordfriesland gebracht hat, wenngleich hierüber (berechtigterweise) erhebliche Zweifel bestehen. Die Frage nach dem wahren Ursprung der Krokusblütenpracht in Husum – das nach Aussage der Initiatoren für einen Tag das „Zentrum für die schleswig-holsteinische Regionalgeschichte“ bildete – müsse hingegen unbeantwortet bleiben.

In seiner daran anschließenden inhaltlichen Einführung konstatierte OLIVER AUGÉ (Kiel) zunächst, dass es sich bei dem Tagungsthema erfreulicherweise keineswegs mehr um einen randständigen Bereich innerhalb der Forschung handele und die entsprechende Literatur im Wachsen

¹ Dieser Tagungsbericht wurde am 28. August 2017 bei H-Soz-Kult. Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften erstveröffentlicht (URL: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7302?title=fuerstliche-witwen-und-witwensitze-in-schleswig-holstein&recno=3&q=&sort=&fq=&total=7038>).

begriffen sei. Die im Gesamtkontext der frühneuzeitlichen Witwenbetrachtung bedeutenden Termini des Wittums und des Leibgedinges aufgreifend, stellte Auge den Reichtum einiger Frauen sowie die Repräsentation der Witwensitze heraus, um jedoch alsbald die Grundvorstellung der Witwe als reiche Frau zu relativieren. So habe es neben den vermögenden, begüterten Damen, die ihren festen Platz in der Historiographie einnehmen, auch zahlreiche Fürstinnen gegeben, deren Schicksale sich davon deutlich unterschieden. Der Referent erinnerte hierbei etwa an Auseinandersetzungen, die zwischen den fürstlichen Räten und den Witwen geführt wurden. In Anlehnung an die Fürsten des Landes, die in dem gleichnamigen Werk aufgearbeitet sind,² beabsichtige die Tagung, sich dezidiert den Fürstinnen zuzuwenden.

Im ersten Vortrag präsentierte MELANIE GREINERT (Kiel) die Geschichte des Husumer Schlosses vornehmlich als eine Geschichte des Wirkens und Waltens der Witwen Augusta, welche 1606 das Schloss als Witwensitz zugesprochen bekam, und Maria Elisabeth von Schleswig-Holstein-Gottorf, der 1639 das Schloss als Wittum vertraglich zugesichert wurde. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die architektonische Entwicklung des Schlosses unter den Witwen – ausgehend von der Errichtung des „Fürstlich Huß“ vor Husum im Jahre 1582 durch den Gottorfer Herzog Adolf I. (1526-1586) bis zum Tod Maria Elisabeths 1684 – gelegt. Neben der Bautätigkeit und dem verhältnismäßig großen Hofstaat der zwei Witwen, beides Belege für ihren weitreichenden finanziellen Spielraum und ihren fürstlichen Lebensstil, widmete sich Greinert auch dem kulturellen und religiösen Engagement der Herzogswitwen – in Form von Prestigebauten, der Unterhaltung von Musikern wie dem bekannten Kapellmeister Hans Conrad Kapeler (~ 1615-1667) oder der Veranlassung der Schleswiger Bibel.

Im Folgenden befasste sich der Kunsthistoriker JENS NEUMANN (Kiel) mit der Herzogin Friederike Amalie von Schleswig-Holstein-Gottorf (1649-1704) – Gattin des Kieler Universitätsgründers Christian Albrecht (1641-1695) – und dem nach ihr benannten Amalienbau des heute in dieser Form nicht mehr existierenden Kieler Schlosses. Dabei skizzierte Neumann zuerst den Altbau der herzoglichen Residenz, um dann auf den von Domenico Pelli (1657-1728) errichteten und im Jahre 1697 vollendeten Neubau einzugehen, der als ein aussagekräftiges „Zeugnis der Auftraggeberin“ bezeichnet werden könne. Den italienischen Stil des Bauwerkes anhand überzeugender Beispiele darstellend, widmete sich der Referent neben der Innenausstattung

² Carsten Porskrog-Rasmussen u.a. (Hrsg.), *Die Fürsten des Landes. Herzöge und Grafen von Schleswig, Holstein und Lauenburg*, Neumünster 2008.

beispielsweise auch dem Portal, um hierbei auf die allegorische Lesart aufmerksam zu machen. Mittels der Inszenierung, der das Gebäude unterlag, habe sich die Witwe Friederike Amalie – der allgemeinen Witwentheorie entsprechend – als idealtypisch darzustellen versucht.

Nach einer Mittagspause, die nicht nur die Gelegenheit bot, sich zu stärken, sondern auch mit den Referenten und Besuchern ins Gespräch zu kommen, bestand die Möglichkeit, an einer Schlossführung mit ULF VON HIELMCRONE teilzunehmen. Die Führung bot umfangreiche Einblicke in die unterschiedlichen Räumlichkeiten des Schlosses, deren Architektur und schmuckvolle Ausgestaltung. Von Hielmcrone ging dabei detailliert auf einige Gemälde und besonders auf die prächtige Replik des „Todeskampfkamins“ ein, die sich im Rittersaal – dem Veranstaltungsort der Tagung – befindet.

Daran anschließend setzte SILKE HUNZINGER (Plön) die Vorträge mit einer Darstellung der Witwen und Witwensitze der Herzöge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Plön, der sogenannten abgeteilten Herren, fort. Hunzinger widmete sich in ihren Ausführungen vier Generationen von Witwen von dem Entstehen des Herzogtums 1622 bis zu dessen Ende 1761. Aus dem Potpourri an unterschiedlichen Witwenviten, die von tatkräftigen Regentinnen bis zu wohlthätigen Stifterinnen reichen, sticht doch vor allem die Stammutter der Linie Sonderburg-Plön, Dorothea Augusta von Schleswig-Holstein-Gottorf (1602-1682), hervor. An ihrem Beispiel lässt sich erkennen, wie eine Witwe aktiv politischen Einfluss auf die Entwicklung im Herzogtum ausüben konnte, vertrat sie doch immer wieder ihren regierenden Sohn in Amtsangelegenheiten. Darüber hinaus trat sie 1630 der „Tugendlichen Gesellschaft“, dem weiblichen Pendant zur kulturschaffenden „Fruchtbringenden Gesellschaft“, bei, was zusammen mit ihrem religiösen Engagement als protestantische Fürstin und Witwe das Bild einer frommen und klugen Landesmutter abrundet.

Mit den Witwen und Witwensitzen der Eutiner Fürstbischöfe setzte sich im Folgenden ANKE SCHARRENBURG (Eutin) auseinander. In der knapp 200 Jahre andauernden Regentschaft jener Fürstbischöfe sind lediglich drei Witwen vorgekommen, was damit zusammenhängt, dass diese Fürsten einer jüngeren Linie der Schleswig-Holstein-Gottorfer entstammten, die als „genealogische Reserve“ fungierten. Dennoch weisen auch diese Witwenviten im Grundsatz typische Charakteristika wie etwa monetäre Streitigkeiten auf, wobei die entsprechenden Regelungen – Scharrenberg verwies auf das Fideikommiss – wiederum einen Sonderfall in der schleswig-holsteinischen Geschichte ausmachen.

Besonders erwähnenswert erscheint Albertine Friederike von Baden-Durlach (1682-1755), nicht nur weil sie sich nach dem Tod ihres Gatten Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Gottorf (1673-1726) vehement für die Wahl ihres Sohnes Adolf Friedrich (1710-1771) zum Bischof einsetzte und somit als eigenständige Akteurin der Interessen der Linie auftrat, sondern auch weil sie am Ende ihres Lebens Mutter des schwedischen Königs, des Lübecker Fürstbischofs und nicht zuletzt Großmutter des russischen Zaren war.

Die Grenzen des heutigen Bundeslandes Schleswig-Holstein gen Norden verlassend, widmete sich der dänische Historiker CARSTEN PORSKROG-RASMUSSEN (Aarhus/Sonderburg) den Witwensitzen auf Alsen. Dabei nahm er als hochadeliges Beispiel Dorothea von Sachsen-Lauenburg (1511-1571) – Ehefrau des dänischen Königs Christian III. (1503-1559) – in den Blickpunkt, die sich für die Nebenresidenz in Sonderburg als Witwensitz entschied. Der Vortragende verwies auf die eigens errichtete Schlosskirche mit den zwei Ahnentafeln, die er als „Form von Fürstenfeminismus“ versteht. Im Weiteren beleuchtete Porskrog-Rasmussen zudem auf der Ebene des deutlich niederer angesiedelten Hochadels ausgewählte Witwen der 1622 entstandenen Herzogtümer Sonderburg und Norburg, die über Witwensitze in Gammelgaard beziehungsweise Osterholm verfügten. Der Referent erinnerte für die Beschäftigung mit den Herzoginnen an die überlieferten Dorfordinungen. Sowohl für die Witwen des Hoch- als auch des Niederadels erweise es sich hingegen als schwierig, den tatsächlichen Grad der Herrschaft messen zu können.

Den letzten Vortrag des Nachmittags lieferte FRANZISKA HORMUTH (Marburg) mit einer Darstellung der Witwen und Witwensitze der Herzöge von Sachsen-Lauenburg. Nach einer allgemeinen Einordnung in jenem Herzogtum lieferte Hormuth einige Fallbeispiele dafür, mit welchen Konflikten Witwen konfrontiert waren. Im Zentrum dieser Betrachtungen standen immer wieder finanzielle Nöte und Erbschaftsstreitigkeiten der Witwen, aber auch Wiederverheiratungen und die damit verbundenen Chancen der verwitweten Frauen. Insgesamt lässt sich allerdings für das Herzogtum konstatieren, dass viele der dortigen Witwen ihren Lebensabend ohne größere Zerwürfnisse verbringen konnten.

In der Zusammenfassung hielt OLIVER AUGÉ (Kiel) den Erfolg der wissenschaftlichen Tagung fest. Die gelieferten Ergebnisse zu den unterschiedlichen Witwen und ihren Witwensitzen können als Grundlagenarbeit verstanden werden und hätten klar aufgezeigt, dass es sich bei diesem Thema keineswegs nur um eine Randerscheinung der frühneuzeitlichen Geschichte

handele. Von besonderer Bedeutung und auch Brisanz seien die Eheverträge mit den entsprechenden Passagen zu der (finanziellen) Versorgung der Fürstinnen nach dem Ableben der Ehegatten. Darüber hinaus griff Auge auch den von Porskrog-Rasmussen angesprochenen „Fürstenfeminismus“ auf, der sich etwa in der Architektur ausgedrückt habe. Neben etwaigen Fragen nach beispielsweise dem Herrschaftsgrad der Witwen oder der möglichen Sonderrolle einiger Fürstinnen habe die Zusammenkunft viele Ansatzpunkte für weitere Forschungen gegeben. So äußerte Auge in seinem Resümee das Desiderat, sich in gleicher Weise, wie dies auf dem Symposium für die Witwen unternommen wurde, mit den Witwern auseinanderzusetzen, da diesbezüglich noch (nahezu) überhaupt keine Arbeiten vorlägen.

ALBERT PANTEN (Niebüll) beschäftigte sich im abschließenden Abendvortrag noch einmal ausführlich mit den beiden einst im Schloss vor Husum lebenden Witwen Augusta und Maria Elisabeth von Schleswig-Holstein-Gottorf. Primär das Verhältnis der beiden Fürstinnen zu ihren Untertanen sowie deren Verdienste untersuchend, zog der Referent für seine weit ausgreifenden Betrachtungen zahlreiche Quellenbelege heran. So widmete sich Panten etwa detailliert den erhaltenen und von den beiden Herzoginnen abgeschlossenen Kaufverträgen. Darüber hinaus konnten die ausgewerteten Schriften beispielsweise Informationen zum Kirchen- und Gerichtswesen sowie zu der nordfriesischen Wirtschaft des 17. Jahrhunderts geben. Im Zuge der intensiven Recherchen stieß der Vortragende etwa auch auf ein Witwenkleid, das Maria Elisabeth gestiftet hatte. Pantens dargebotener Detailreichtum konnte somit aufzeigen, welches Potential die Erforschung dieser Archivalien für die schleswig-holsteinische Regionalgeschichte insgesamt bietet.

Die Tagung im Schloss vor Husum vermochte wichtige Kenntnisse zu den unterschiedlichen adeligen Witwen und ihren Witwensitzen für das Gebiet des heutigen Schleswig-Holsteins (und darüber hinaus) zu liefern. Die ertragreichen Vorträge des Symposiums sollen – ergänzt um einen Beitrag von ANTJE WENDT (Schleswig) zum Schloss Reinbek als Witwensitz und von STEFAN MAGNUSSEN (Kiel) zu niederadeligen Witwen – in einem Tagungsband zusammengestellt werden und auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur noch längst nicht abgeschlossenen Witwenforschung im norddeutschen Raum leisten.

„Auf dem Weg zum »Weimar des Nordens«? Die Eutiner Fürstbischöfe und ihr Hof im 18. Jahrhundert.“

Tagungsbericht des Arbeitsgespräches der Eutiner Landesbibliothek am 5. und 6. Mai¹

von *Tomke Jordan*

In der Erinnerungskultur der Stadt Weimar sind seit ihrer Schaffenszeit im 18. Jahrhundert die Dichter und Denker Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Christoph Martin Wieland und Johann Gottfried Herder als Repräsentanten verankert. Sie sind untrennbar mit dem kulturellen Gedächtnis der Stadt verbunden und leiteten die literarische Epoche ein, die später nach ihrem Ort des Wirkens benannt wurde: „Weimarer Klassik“. Der Weimarer Hof bildete das kulturelle Zentrum Deutschlands und bot den großen Dichtern jener Zeit einen Handlungsraum mit überregionaler Wirkung. Die besondere Bedeutung Weimars kann der Stadt nicht abgesprochen werden, aber auch andere Städte in dieser Zeit durchleben eine kulturelle Blüte und müssen in den Blick genommen werden. In dem Arbeitsgespräch der Eutiner Landesbibliothek soll deshalb der Entstehungshintergrund und die Legitimität der Bezeichnung „Weimar des Nordens“ für die Stadt Eutin untersucht werden.

In ihrer Begrüßung bezeichnete ANJA SIERKS-PFAFF (Eutin) Eutin als „beeindruckendes Kulturensemble“, das wesentlich durch die Landesbibliothek als wissenschaftliche Forschungsbibliothek geprägt sei, die engagiert das fehlende Kreisarchiv Ostholsteins zu kompensieren bemüht ist.

Es folgte die Einführung in das Thema durch die Tagungsleiter ANKE SCHARRENBURG (Eutin) und OLIVER AUGÉ (Kiel). Letzterer verwies auf die Internetpräsenz der Stadt, die mit dem Ehrentitel „Weimar des Nordens“ wirbt. Davon ausgehend formulierte er die Frage, was es mit dieser Bezeichnung auf sich habe und ob es sich um einen Lokalmythos handle. Diese Frage zu beantworten sei Ziel des Arbeitsgesprächs, dessen Vorträge als Diskussionsimpulse dienen sollen, wie Scharrenberg herausstellte.

Zu Beginn ordnete SVEN RABELER (Kiel) Eutin in den Kontext der gegenwärtigen Residenzstadtforschung ein und verwies dabei auf das seit 2012 laufende Projekt der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen „Residenzstädte im Alten Reich (1300-1800). Urbanität im integrativen

¹ Dieser Tagungsbericht wurde am 8. Juli 2017 bei H-Soz-Kult. Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften erstveröffentlicht (URL <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7236>).

und konkurrierenden Beziehungsgefüge von Herrschaft und Gemeinde“, das in Form eines analytisch-systematischen Handbuchs realisiert wird. Sein Vortrag betrachtete die zeitgenössische Wahrnehmung der Residenzstadt Eutin und ihrer Strukturen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. In seinem ersten Untersuchungspunkt „Residenz ohne Stadt?“ stellte Rabeler die rege Bautätigkeit des Lübecker Bischofs Nikolaus Sachow im 15. Jahrhundert heraus, die aber allein die Burg und damit die Residenz betraf. In seinem „Tätigkeitsbericht“ wird zudem die zweifache Bindung bischöflicher Herrschaft und Repräsentation an Kathedralstadt (Lübeck) und Residenz (Eutin) deutlich. In der Betrachtung von „Residenz und Stadt?“ vom 16. bis 18. Jahrhundert trat die zunehmende Bedeutung Eutins im Vergleich zu Lübeck in den mit Herrscherwechseln verbundenen Zeremonien hervor. Die sich wandelnde Mitwirkung des Rates an der Huldigung wie auch deren Ort ließen die Tendenz zu einer schrittweisen Integration der Stadtgemeinde erkennen. In seinem abschließenden Untersuchungspunkt „Stadt ohne Residenz?“ thematisierte Rabeler die Eutiner Stadtgeschichte von Friedrich Cogel (1679) als Versuch zur Schaffung einer städtischen Erinnerung, die nicht primär durch die Herrschaft der Bischöfe geprägt gewesen sei. Alexander Moldes Überarbeitung der Cogelschen Schrift (1713) hingegen habe die Bedeutung als Residenzstadt hervorgehoben.

Dieser städtischen Perspektive stellte STEFANIE FREYER (Osnabrück) das höfische Leben in Weimar gegenüber und ging der Frage nach, in welchem Maße der Weimarer Hof zur kulturellen Blüte um 1800 beigetragen habe. Dazu widerlegte sie anhand prägnanter Beispiele die „MUSENHOF-Theorie“, die davon ausgeht, dass Herzog Karl August keinen exzellenten Hof habe führen können und seinen kleinen, unzeremoniellen Hof deshalb durch die Anwesenheit von Intellektuellen kompensiert habe. Dass sich dagegen Karl August mit einem seinem Stand angemessenen Hof repräsentierte, verdeutliche die Durchschnittsgröße des Hofes von 540 Mitgliedern, womit Weimar um 1800 in Thüringen der personell stärkste Hof gewesen sei. Als weitere Argumente gegen die „MUSENHOF-Theorie“ führte Freyer die attraktive Position Weimars in der Heiratspolitik und Karl Augusts unübersehbare Orientierung am Hofzeremoniell an. Eine Aufwertung des Hofes durch die Anwesenheit von Dichtern und Denkern sei daher nicht erforderlich gewesen. Dennoch stellte der Hof mit seinem geselligen, intellektuellen Leben einen reizvollen Anziehungspunkt für die Dichter und Denker dar. Die (höfische) Geselligkeit sei ein wesentlicher Grund dafür gewesen, dass Dichter wie Goethe in Weimar und Jena blieben und die Entwicklung zu einem kulturellen Zentrum bewirkten.

Um zu ermitteln, ob auch Eutin den Dichtern und Denkern im 18. Jahrhundert einen Grund zum Bleiben gab und eine herausragende Stellung in der kulturellen Landschaft Schleswig-Holsteins als „Weimar des Nordens“ eingenommen hat, stellte OLIVER AUGÉ (Kiel) das kulturelle Umfeld der Residenz vor. Er verwies darauf, dass die Gebiete nördlich der Eider schon zeitgenössisch als „eine der aufgeklärtesten Regionen im 18. Jahrhundert“ in Deutschland galten und zählte die Neugründungen verschiedener Gelehrtenzirkel, Gesprächskreise, literarischer Gesellschaften und Klubs in Emkendorf, Kiel, Lübeck und Hamburg auf. An allen beispielhaft genannten Gruppierungen würden sich zwei Neuerungen zeigen: die Entdeckung der Freizeit und die der Öffentlichkeit. Auch die Rolle der Universität Kiel als Impulsgeber für die Gründung von Gesellschaften und Entstehungsort neuer Reformanstöße wurde in den Blick genommen. Augé resümierte, dass der Eutiner Kreis keine Ausnahme dargestellt habe, sondern Teil einer stark intellektuell vernetzten Region, einer „Kernlandschaft der Aufklärung“, gewesen sei. Deshalb müsse die Hervorhebung Eutins als „Weimar des Nordens“ kritisch hinterfragt werden.

Innerhalb dieses kulturellen Umfelds hat Plön im Zuge der Aufklärung eine besondere Stellung eingenommen, wie am Beitrag von SILKE HUNZINGER (Plön) deutlich wurde. August Adolph von Hennings scharte Aufklärer um sich und gründete in den 1790er-Jahren mehrere Zeitschriften, wie das „Schleswigsche Journal“, „Genius der Zeit“ oder „die Annalen der leidenden Menschheit“, die das aufklärerische Gedankengut der Öffentlichkeit präsentierten. Zugang zur Plöner Gesellschaft habe Hennings aber nicht gefunden. Hunzinger verwies auf die Rolle des Buchdruckerwesens in Plön, das ein wichtiges, privilegiertes Gewerbe gewesen sei und bis zu seinem Tod im Jahr 1761 von Herzog Friedrich Karl gefördert wurde. 1763 erfolgte schließlich ein Ausverkauf der Fürstenbibliothek, wie am Auktions- und Käuferverzeichnis der Bibliothek zu belegen ist. Interessant sei dabei ein tieferer Blick in die Bestände der Fürstenbibliothek, die eine neue Forschungsgrundlage böten und einen Anreiz für eingehende Untersuchungen darstellten. Der Ausverkauf der Fürstenbibliothek habe den Wendepunkt von höfischer zu bürgerlicher Intellektualität markiert.

JENS AHLERS (KIEL) umriss anschließend die Chronologie der Fürstbischöfe von Lübeck als Vormünder und Statthalter im Herzogtum Schleswig-Holstein-Gottorf. Nachdem Herzog Friedrich IV. 1702 verstorben war, übernahm sein Bruder, Fürstbischof Christian August, die Vormundschaft für den noch unmündigen Nachfolger Carl Friedrich.

Nach der Niederlage der Schweden im Jahr 1713 verloren die Gottorfer sämtliche Schleswiger Gebiete an den Dänischen König und verlegten ihre Hauptresidenz nach Kiel. Auch Eutin, die Residenz der Lübecker Fürstbischöfe, wurde besetzt und konnte erst 1716 wieder als fürstbischöfliche Residenz bezogen werden. Christian August ließ das Eutiner Schloss nun im Stil des Barock umbauen. 1727 kehrte Herzog Carl Friedrich aus Russland nach Holstein zurück. Nach seinem Tod 1739 übernahm Fürstbischof Adolf Friedrich die Vormundschaft über den elfjährigen Herzogssohn Carl Peter Ulrich, den späteren Zar Peter III. Mit Erreichen der Volljährigkeit setzte der junge Herzog, jetzt auch Großfürst von Russland, den jüngeren Bruder des Fürstbischofs, Friedrich August, 1745 als Statthalter in Holstein ein. Nach Peters Tod wurde die Gottorfer Frage durch einen Gebietstausch endgültig geregelt. Durch den Vertrag von Zarskoje Selo (1773) fielen alle herzoglich-großfürstlichen Anteile von Holstein an die Dänische Krone, die dafür Oldenburg und Delmenhorst abtrat. Da die beiden Grafschaften dem Fürstbistum zugeschlagen wurden, sind die Fürstbischöfe am Ende als Gewinner aus den Streitigkeiten hervorgegangen.

Der öffentliche Abendvortrag von AXEL E. WALTER (Eutin) thematisierte die literaturgeschichtliche Perspektive auf Eutin als „Weimar des Nordens“. Einleitend zitierte er Johann Gottfried Herder, der Eutin ein wenig spöttisch als Residenzstadt unter dem Schwanz des Sternbilds „Kleiner Bär“ bezeichnet hat, nachdem er selbst kurzzeitig in Diensten des dortigen Fürstbischofs gestanden hatte. Zwei Jahrzehnte später lebten dann in Eutin mit Friedrich Heinrich Jacobi, Friedrich Leopold zu Stolberg, Johann Heinrich Voß, Friedrich Nicolovius und Johann Georg Schlosser einige bedeutende Dichter und Denker kurzzeitig (und mehr oder minder zufällig) zusammen und verschafften der Stadt um 1800 einen Namen im literarisch-gelehrten Deutschland. Dieser kurzen Zeitspanne, für die die Kulturgeschichtsschreibung den „Eutiner Kreis“ konstruiert hat, verdankt Eutin seinen Ehrentiteln eines „Weimar des Nordens“. Auf diese Gruppe von Gelehrten habe der Eutiner Dichterkreis von 1936 unter maßgeblichem Einfluss Christian Jenssens bewusst Bezug genommen. Jenssen habe die Bezeichnung „Weimar des Nordens“ im Sinne des Nationalsozialismus ideologisch besetzt und Voß zu einem Vorkämpfer der nordischen Rasse gemacht, der die Grundsteine für solch eine nordische Kultur gelegt habe. Walter verwies darauf, dass Voß jede rassistische Implikation fehlte und er sich für eine solche keineswegs instrumentalisieren lasse; vielmehr stehe hinter seinen gelegentlichen Rekursen auf ‚Nordisches‘ ein damals weit verbreitetes Gedankenmodell, das gegen das katholisch überladene, barocke Südliche ein protestantisch nüchternes, aufgeklärtes Nördliches setzte. Im weiteren Verlauf seines

Vortrages nahm Walter die lokale Erinnerungskultur in den Blick, um den Ursprüngen des Begriffs von einem „Weimar des Nordens“ auf die Spur zu kommen. Er strich heraus, dass dieser Begriff erst in den 1880er-Jahren im Zuge einer Glorifizierung von Voß und seinem Wirken in Eutin aufgekommen ist. Walter machte weiterhin deutlich, dass die Literaturwissenschaft dazu neige, Dichterkreise zu rekonstruieren, auch wenn nur lose Zusammenschlüsse von Intellektuellen existierten. Im Falle Eutins könne nicht von einer institutionalisierten Dichter-Gesellschaft gesprochen werden. Ein ganz wesentlicher Unterschied zu Weimar sei vielmehr darin zu sehen, dass es in Eutin so gut wie gar keine Zusammenarbeit zwischen den Autoren gegeben habe. Walter formulierte abschließend, dass der Begriff „Weimar des Nordens“ kulturgeschichtlich weder notwendig noch in der bisherigen Intention angemessen sei und allenfalls rein geografisch verwendet werden sollte.

Der zweite Tag der Arbeitsgespräche begann mit dem Vortrag von ANKE SCHARRENBURG (Eutin), in welchem der Fürstbischof von Lübeck und spätere Herzog von Oldenburg Friedrich August hinsichtlich seiner kulturellen Interessen in den Blick genommen wurde. Scharrenberg untersuchte zunächst das Journal des Herrschers, das dieser von 1739 bis fast zu seinem Tode im Jahre 1785 führte. Darin fänden sich jedoch nur vereinzelte Informationen über kulturelle Aktivitäten, wie z.B. Theaterbesuche, während über Reisen und Jagdausflüge sehr regelmäßig berichtet werde. In den Bibliotheksbeständen fänden sich viele Theaterstücke, die auf ein Interesse des Herrschers am Schauspiel schließen ließen. Dies bestätige sich, da er später eine feste Spielstätte für das Theater errichten und zahlreiche Gelegenheitschriften zur Schaubühne verfassen ließe. Auch an der Musik sei Friedrich August interessiert gewesen, wenngleich er den Hofkapellmeister aus Kostengründen entlassen habe. Auch wenn Friedrich August Herder, Stolberg und Voß eingestellt habe, die später wesentlich den Begriff des „Weimar des Nordens“ begründeten, sei dies nicht wegen ihrer literarischen Aktivität geschehen, sondern zur Ausübung ihrer erlernten Berufe in seinem Dienst. Auffallend sei, dass die Entfaltung kultureller Aktivitäten zur Regierungszeit Friedrich Augusts erst nach dem Vertrag von Zarskoje Selo im Jahre 1773 stark zugenommen habe, der einen Gebiets- und deutlichen Prestigezuwachs für den Herrscher gebracht habe. Scharrenberg stellte daher die These zur Diskussion, dass die Kultur für Friedrich August und sein Herrschaftsverständnis hauptsächlich eine repräsentative Funktion erfülle.

FRANK BAUDACH (Eutin) erörterte die Bedeutung des Nachfolgers Herzog Peter Friedrich Ludwig für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Eutins und stellte die Frage zur Diskussion, ob seine Betitelung als „Vater Eutins“ durch Voß im Jahr 1802 zu rechtfertigen sei. Die von Peter Friedrich Ludwig betriebene Modernisierung des Staates im Sinne der Aufklärung konzentrierte sich auf das größere und wichtigere Herzogtum Oldenburg, gegenüber dem das kleinere Eutinische Fürstbistum zurücktrat. Eutin wurde nach und nach zur bloßen Sommerresidenz, Investitionen in Architektur und Bildung gab es vorrangig in Oldenburg. Ebenso wie sein Vorgänger Friedrich August beschäftigte Peter Dichter und Denker wie Voß und Stolberg nicht als solche, sondern als Funktionsträger in Schule und Verwaltung. Dennoch suchte er den Austausch mit ihnen und folgte darin einem aufgeklärten Herrscherbild, zu dem neben staatsmännischer Rationalität und Verantwortung auch die Kommunikation mit Intellektuellen sowie kulturelles und literarisches Interesse gehörte und das nicht mehr auf das barocke Konzept höfischer Repräsentation ausgerichtet war. Voß' Rede vom „Vater Eutins“ deutete Baudach als mediale Vermittlung dieser neuen Form aufgeklärter Repräsentation von Herrschaft.

Der abschließende Beitrag von GERD STEINWASCHER (Oldenburg) befasste sich mit dem weiteren Verlauf des Oldenburger Hofes im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. Als „Fortentwicklung“ bezeichnete er dabei die durchaus nachweisbare Weiterentwicklung einer „Statthalterresidenz“ unter dänischer Herrschaft, als „Wiederbelebung“ die Anknüpfung der Herrschertätigkeit Peter Friedrich Ludwigs an die 1667 ausgestorbene alte Oldenburger Grafenlinie. Mit der „Neugründung“ betitelte Steinwascher die klassizistische Umgestaltung der Stadt und den Einfluss der Aufklärung, der im ausgehenden 18. Jahrhundert auch durch das Wirken der gebildeten Beamten in Oldenburg garantiert war. Bereicherungen im Bildungsbereich, Gründungen von Clubs und die Schaffung einer öffentlichen Bibliothek trugen dazu bei. Die Zeit nach 1813 habe einen „Stillstand“ markiert, da der Ausbau der Residenz an der Genügsamkeit des Herzogs gescheitert sei und sein Vertrauen in die der Aufklärung verpflichteten Beamten nachgelassen habe. Er betont, dass die Bedeutung der französischen Herrschaftsperiode (1811-1813) für Oldenburg noch ein offenes Forschungsfeld sei, obwohl die Quellenlage außerordentlich gut sei.

In der Abschlussdiskussion resümierte Auge, dass das höfische Leben und seine Strukturen noch genauer untersucht werden müssen und verwies auf die Forschungsbereiche, die sich in den Arbeitsgesprächen ergeben haben. Hier sind vor allem Quellen wie Bibliotheksverzeichnisse und Kammer-

rechnungen zu nennen, die stärker in den Blick genommen werden müssen, um neue Perspektiven zu ermöglichen. Als Fazit hielt er fest, dass ein literarisch wertvolles Leben nicht zwingend an eine Stadt gebunden sei.

Anke Scharrenberg betonte die durch die Arbeitsgespräche gelungene Einordnung Eutins um 1800 in ein größeres Umfeld und den historischen Kontext. Es wurde die Publikation eines Tagungsbandes angeregt, der um einen Beitrag zu Hamburg ergänzt werden soll. Auch wenn die Bezeichnung „Weimar des Nordens“ nicht ohne Einschränkungen vertretbar ist, wurde der Weg Eutins multiperspektivisch nachgezeichnet und hat eine durchaus starke kulturelle Prägung der Stadt erkennen lassen, die sich auch heute noch an den regelmäßig stattfindenden, lebhaften Arbeitsgesprächen der Landesbibliothek zeigt.



Referentinnen und Referenten der Tagung in Eutin (Foto: Tomke Jordan)

Mittelalterliche Burgen im Kreis Herzogtum Lauenburg

Bericht zum Tagesseminar in Mölln am 16. September 2017

von *Henning Andresen*

Die bislang kaum erforschten mittelalterlichen Burgen des Kreises Herzogtum Lauenburg standen im Fokus des interdisziplinären Tagesseminars im Stadthauptmannshof in Mölln, zu dem die Abteilung für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Stiftung Kreis Herzogtum Lauenburg am 16. September 2017 einluden. Vier Vorträge aus den Bereichen Geschichtswissenschaft, Archäologie und Denkmalpflege sowie eine anschließende Exkursion zu ausgewählten Burgstellen beleuchteten unterschiedliche Aspekte zu den Burgen des Kreises, ihrer Erforschung und Sicherung für die Nachwelt.

Eröffnet wurde das Seminar durch den Vorsitzenden der Stiftung, Landtagspräsident KLAUS SCHLIE (Mölln), der in seiner Begrüßung die Bedeutung der Veranstaltung für den Kreis hervorhob. Die Burgengeschichte des Herzogtums sei ein bislang kaum zusammenhängend untersuchtes Feld, das dringend weiter aufgearbeitet gehöre. Auch führten die Burgstellen im Kreis ein Schattendasein und seien in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Das Seminar könne somit Grundlagenarbeit leisten, einen Teil der Geschichte des Herzogtums wieder sichtbar zu machen und dabei helfen, diesen ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

In einer ersten Bestandsaufnahme widmete sich OLIVER AUGÉ (Kiel) im einleitenden Vortrag den Burgen und ihrer bisherigen Erforschung im Kreis Herzogtum Lauenburg, den er als Schwerpunktregion des Burgenbaus in Schleswig-Holstein beschrieb. Mindestens 73 Anlagen seien hier bislang verzeichnet, von denen die meisten jedoch bestenfalls als Bodendenkmal erhalten und bislang kaum erforscht seien. Zwar habe es punktuell archäologische Maßnahmen gegeben, die meist im Rahmen größerer Forschungsprojekte, etwa der Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der nord- und ostdeutschen vor- und frühgeschichtlichen Wall- und Wehranlagen“ Ende der 1920er Jahre oder der Erstellung des Burgwallcorpus im Rahmen des Sonderforschungsbereiches 17 ab 1969 durch den damaligen Landesarchäologen Karl Wilhelm Struve, durchgeführt wurden. Doch seien diese bislang nur teilweise aufgearbeitet und ein eigener Fokus auf Lauenburg fehle ebenso. Ähnlich lückenhaft stellt sich ihm zufolge der historische Forschungsstand dar.

So gebe es bislang nur oberflächliche Gesamtdarstellungen, die schwerpunktmäßig um das Verhältnis der Hansestädte Lübeck und Hamburg zum lauenburgischen Adel mit seinen Burgen kreisten, und wenige, meist in heimathistorischer Tradition stehende Aufsätze zum Thema.

Wie eine moderne, historisch orientierte Burgenforschung aussehen kann, zeigte er mit der abschließenden Vorstellung des seit 2015 an der Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beheimateten und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten, interdisziplinär angelegten Projektes „Kleinburgen als Phänomen sozialen und herrschaftsräumlichen Wandels. Die Beispiele Schleswig und Holstein (13. bis 16. Jahrhundert)“, in dem mehrere Doktoranden die Burgen einzelner Regionen in Schleswig-Holstein etwa auf ihr Verhältnis zu den umliegenden Städten, zur regionalen und überregionalen Wirtschaft und zur Kirche untersuchen oder etwa der Frage nach Herrschaftskontinuitäten innerhalb eines bestimmten Raumes nachgehen.

FREDERIC ZANGEL (Kiel) befasste sich anschließend aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive mit dem Verhältnis der Burgen (und ihrer Burgherren) in Lauenburg zu den angrenzenden Hansestädten Lübeck und Hamburg. Da viele der großen Handelsrouten zwischen beiden Städten durch das Herzogtum verliefen, habe die Region eine große Bedeutung für die Hansestädte gehabt. Er räumte weiterhin mit dem bereits seit der Frühen Neuzeit bestehenden Bild auf, die Hansestädte hätten sich vor allem als Friedenswahrer in der Region hervorgetan. Diese Einschätzung sei vor allem der Einseitigkeit des vorliegenden Quellenmaterials geschuldet, da hier die Perspektive der Städte dominiere – aus Lauenburg selber lägen kaum eigene Schriftquellen vor. Anhand mehrerer anschaulich gewählter Beispiele konnte Zangel die Beziehung der Städte zum Herzogtum einerseits und die damit in Zusammenhang stehenden Forschungsprobleme andererseits verdeutlichen. So seien etwa bezüglich der Belagerung Bergedorfs durch ein gemeinsames Heer beider Hansestädte die Angaben in den chronikalischen Aufzeichnungen verschieden zu denen in der urkundlichen Überlieferung. Zudem zeige sich, dass sich die Städte nicht immer einig waren und die Situation teilweise widersprüchlich bewerten.

„Archäologische Erkenntnisse zur Burgengeschichte“ des Kreises Herzogtum Lauenburg präsentierte der Vortrag von FELIX BIERMANN (Greifswald). Einen weiten Bogen spannend, umriss Biermann die Entwicklung der Burgenbautätigkeiten des gesamten Mittelalters. Die frühe Burgenlandschaft sei ab dem 8. Jahrhundert vor allem durch slawische Ringwälle geprägt gewesen. Hierbei habe jedoch weniger die Lage des Gebietes an der als Limes Saxoniae bekannten Ostgrenze des Fränkischen Reiches gespielt,

sondern vielmehr der Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Hinterland der Ostsee, in dessen Folge sich Burgen als Herrschaftssitze etablierten. Der Übergang zu späteren Burgen, die nach der Unterwerfung der Slawen und im Rahmen der deutschen Ostsiedlung entstanden, sei zunächst fließend und lasse sich aufgrund des Fehlens absoluter Datierungen nur schwer fassen. Er führte weiterhin aus, dass die Entstehung von Turmhügelburgen bzw. Motten als Sitz des Niederadels in Lauenburg erst verhältnismäßig spät eingesetzt habe. Für den zugezogenen und neu entstandenen Adel, der vor allem in Zeiten schwacher Landesherrschaft erstarkt sei, hätten diese Burgen nicht nur eine fortifikatorische, sondern auch eine symbolische Bedeutung gehabt. Die Anlagen hätten dabei vor allem zur Durchsetzung kleinräumiger Interessen und der lokalen Herrschaftsausübung gedient.

Im abschließenden Vortrag stellte ULF ICKERODT (Schleswig) vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein die Arbeit und Aufgaben der Denkmalpflegebehörde vor. Einleitend berichtete er über den Beginn der archäologischen Landesaufnahme und skizzierte anschließend die Entwicklung der „vaterländischen Altertümer“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts zum interaktiv erlebbaren kulturellen Erbe der Gegenwart. Aufgabe des Landesamtes sei es, dieses Erbe nicht nur zu erfassen, sondern auch zu erhalten und unter Schutz zu stellen, wobei Ickerodt die große Bedeutung nicht nur wissenschaftlicher, sondern auch juristischer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren in diesem Kontext betonte. Da die Denkmalpflegebehörde auf der Schnittstelle zwischen Fachwissenschaft und interessierter Öffentlichkeit liege, zählten die Aufarbeitung und Verfügbarmachung historischen Wissens zu ihren wichtigsten Aufgabengebieten. Archäologische Denkmäler seien nicht nur als Bestandteil des kulturellen Erbes identitätsstiftend, sondern trügen als regionale Marke auch zum Image einer Region bei. Eines der Ziele des Amtes sei es in diesem Zuge etwa, dem politischen Missbrauch historischer Inhalte vorzubeugen.

Auf der sich anschließenden Busexkursion führte der mit dem Raum bestens vertraute JOACHIM REICHSTEIN (Fahrdorf) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ausgewählten Burgstellen im Kreisgebiet: Oldenburger Wall bei Horst, Sterley, Borstorf, Cäcilieninsel, Sirksfelde, Linau-Oberteich und die derzeit gesperrte Anlage in Linau, die dank des Bürgermeisters Heinz Näveke ebenfalls besichtigt werden konnte. Bei – unerwartet gutem – spätsommerlichem Wetter sorgten die fachkundig vorgetragenen Referate und die zahlreichen Anekdoten aus fast 30 Jahren Landesarchäologie für einen gelungenen Abschluss des überaus informativen Tagesseminars.

Buchbesprechung

Die Herzöge von Plön. Beiträge zur internationalen Tagung in Plön am 6. und 7. Mai 2017, Oliver Auge/Silke Hunzinger/Detlev Kraack (Hgg.), Eutin, 2017, 248 Seiten, ISBN 978-3-942943-14-7, 25,00 €

von *Miriam J. Hoffmann*

Die Erforschung der relativ kurzen Regierungszeit der Plöner Herzöge von gerade einmal 140 Jahren (1622-1761) ist bisher von Aufsätzen und nur wenigen Monographien geprägt. Bis heute sind die beiden Werke von Traugott Schulze als wesentliche Forschung zu nennen („Der letzte Herzog von Plön. Friedrich Carl 1729-61“, Plön o. J.; „Die Herzogszeit in Plön 1564-1761, Husum 1983, zusammen mit Gerd Stolz). Eine Zusammenführung der maßgeblichen Kennerinnen und Kenner zur Plöner Herzogsge-schichte und damit verbunden eine Aktualisierung des Forschungsstandes war längst überfällig. Umso erfreulicher ist die Zusammenarbeit von der Arbeitsgemeinschaft Heimatkunde im Kreis Plön, der Abteilung für Regionalgeschichte der Universität zu Kiel, des Prinzenhauses zu Plön e. V., des Museums des Kreises Plön und der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte zu bewerten, die im Mai 2017 eine Tagung zu den Plöner Her-zögen veranstalteten. Die Beiträge dieser Konferenz liegen nun in einem Tagungsband vor.

In seinem Beitrag „Die Herzöge von Sonderburg-Plön in der schleswig-hol-steinischen und dänischen Geschichte. Eine Einführung“ skizziert Oliver Auge die Geschichte der Plöner Herzöge. Kritisch merkt Auge an, dass der Fokus der wissenschaftlichen Erforschung der Landesgeschichte in der Ver-gangenheit auf die größeren Herrscherhäuser gerichtet war. Dieses Deside-rat zu füllen, hat sich die Professur für Regionalgeschichte an der Univer-sität Kiel zu eigen gemacht und 2015 mit einer Veröffentlichung über „Die Fürsten des Bistums“ eindrucksvoll belegt. Nun sei der Blick auf die „klei-neren, d. h. mindermächtigen Fürsten“ (S. 9) gelegt worden, die trotz ihrer nur eingeschränkten Macht (keine Beteiligung an der Landesregierung, kein Münzrecht, kein eigenes Heer), durchaus in ihrem Herzogtum aktiv her-vortraten. Dazu gehörten zum einen die Errichtung des eindrucksvollen Plöner Schlosses und zum anderen innovative Agrar- und Verwaltungsre-formen.

Den innen- und außenpolitischen Handlungsspielräumen des ersten Plöner Herzogs, Joachim Ernst, widmet Janin Klein ihren Beitrag. Der seit 1622 regierende Herrscher gehörte zu den „abgeteilten Herren“, denen die landesherrliche Huldigung durch die Stände verwehrt blieb. Dies hatte zur Konsequenz, dass Joachim Ernst den anderen Landesherren nicht gleichgestellt war und keinen Einfluss auf die Entscheidungen der landesherrlichen Regierung nehmen konnte. Janin Klein schildert, dass Joachim Ernst durch geschickte diplomatische Beziehungen, v. a. zum dänischen König, dennoch außerhalb seines Territoriums wirken konnte, wie im Falle des Oldenburgischen Erbfolgestreits. Innenpolitisch konnte er jedoch uneingeschränkt als höchste Instanz regieren und Regierung und Verwaltung nach seinen Vorstellungen formen.

Vor dem Hintergrund des Erbstreits um die Nachfolge des Grafen Anton Günthers von Oldenburg (†1667) zeichnet Detlev Kraack das Bild eines geschickt agierenden Plöner Herzogs. Erbrechtlich und dynastisch gesehen war Joachim Ernst der Erbe des kinderlosen Oldenburger Grafen. Jedoch hatte der Graf selbst schon zu Lebzeiten Vorkehrungen getroffen, um seinen illegitimen Sohn, Graf Anton von Aldenburg, als Erbe einzusetzen. In Konkurrenz zum dänischen König und dem Gottorfer Herzog, die ebenfalls ein Anrecht auf das Erbe stellten, wusste Joachim Ernst geschickt zu verhandeln. Auf das Oldenburger Erbe durch einen Erbtausch verzichtend erhielt der Plöner Herzog Norburg sowie weitere Ländereien im Raum Segeberg und Traventhal.

Der Kurzbeitrag von Heide Beese und Silke Hunzinger zu einer Darstellung des Schlosses Traventhal im „Ratelband Atlas“ (1735) weist auf die Rolle der Plöner Herzöge beim Friedensschluss des Großen Nordischen Krieges im Jahr 1700 hin. Auf dem Kupferstich dominieren gleichermaßen das Wappen der Plöner Herzöge sowie eine seltene Ansicht des Schlosses.

Carsten Porskrog Rasmussen zeichnet in seinem lesenswerten Beitrag den Status und den Handlungsspielraum der vier Herzöge von Plön nach. Dabei geht er auf ihre Rolle als „abgeteilte Herren“ ein und zeigt auf, wie sie mit eingeschränkten Ressourcen dennoch bedeutende dynastische Verbindungen und politische Karrieren befördern konnten.

Gleich drei Beiträge befassen sich mit der Rolle von Frauen im Herzogtum Plön: Melanie Greinert beschreibt in ihrem Aufsatz den Werdegang der ersten Herzogin, Dorothea Augusta von Schleswig-Holstein-Gottorf (1602-1682), für die zuerst eine Ehe mit dem ersten russischen Zaren und Großfürsten, Michail Feodorowitsch, angedacht war. Aus nicht mehr bekannten

Gründen kam diese Eheschließung nicht zustande und Dorothea Augusta ehelichte mit 31 Jahren Herzog Joachim Ernst. Greinert beschreibt die Herzogin auf der Grundlage von erhaltenen Quellen als ökonomisch geschickt und interessiert am Erhalt der Dynastie.

Dem Leben und Wirken der Plöner Prinzessin Dorothea Sophie von Mecklenburg-Strelitz (1692-1765) geht Friederike Drinkuth nach. Die kluge Herzogstochter hatte im Jahr 1709 Herzog Adolph Friedrich III. von Mecklenburg-Strelitz (1686-1752) geheiratet, der sich als „blöde“ (S. 108) erwiesen hatte, so dass sie spätestens ab 1720 die heimliche Regentin des Herzogtums war. „Die Überlassung dieser Amtsgeschäfte durch einen regierenden Fürsten zu Gunsten seiner Gemahlin trotz seiner Anwesenheit im Territorium ist extrem außergewöhnlich, wahrscheinlich sogar einzigartig“, konstatiert Drinkuth. Dorothea Sophie ließ nicht nur ein neues Schloss errichten (das alte war 1712 abgebrannt), sondern gründete auch die Residenzstadt Neustrelitz. Drinkuth vermutet sicherlich zu Recht, dass das „grundsätzliche Machtbewusstsein der Herzogin [...] durch ihre Erziehung und Vorbilder implementiert“ (S. 118) worden ist.

Das unübersichtliche Maitressenwesen des letzten Plöner Herzogs, Friedrich Carl, konnte Heide Beese in ihrem Aufsatz entwirren. Formal und den Gesetzen des dynastischen Erhalts folgend hatte der Herzog 1730 Christine Armgard von Reventlow zur Frau genommen, aus deren Ehe vier, nicht erb-berechtigte Töchter hervorgingen. Drei Maitressen aus dem bürgerlichen Milieu unterhielt Friedrich Carl im Laufe seines Lebens, die ihm insgesamt elf Kinder gebaren. Obwohl von unehelichem Stand sorgte der Herzog in seinem Testament für eine Versorgung der Nachkommen, um ihnen „den Start in ein bürgerliches Leben zu schaffen“ (S. 240).

Das Leben im Plöner Schloss steht im Mittelpunkt des Beitrags der Kunsthistorikerin Silke Hunzinger, die die besondere Architektur des Gebäudes und seine damit verbundenen Ansprüche an die Repräsentation im Zeitgeist des Barock hervorhebt. Hunzinger schildert, dass im Schloss das strenge Hofzeremoniell herrschte, „für das die Schlossarchitektur als räumliche Hülle diente“ (S. 163). Ungezwungener ging es dagegen im Lusthaus (heute sog. Prinzenhaus) zu, wo der Herzog und sein Gefolge der Strenge des Protokolls entflohen und sich dem Freizeitvergnügen in Form von Musik, Tanz und Spiel hingaben.

Die Frage, ob Herzog Friedrich Carl ein aufgeklärter Herrscher im Zeitalter des Absolutismus war, stellte Lisa Kragh. Reformen im Bereich des Schulwesens, der Landwirtschaft und der Verwaltung haben in der Literatur zu einer Betrachtung des Plöner Herzogs als einem von der Aufklärung erfassten Herrscher geführt. Kragh zeigt in ihren Beitrag, dass ein „überwältigender Teil der Reformen Friedrich Carls [...] nicht mit aufklärerischem Gedankengut in Verbindung gebracht werden“ (S. 217) kann. Wenngleich die Abschaffung der Leibeigenschaft auf den ersten Blick als Kind der Aufklärung erscheint, vermutet die Autorin hier eher ökonomische Gründe hinter der Umsetzung.

Der vorliegende Band versammelt den neuesten Forschungsstand über die Plöner Herzogszeit. Er ist sowohl ein wichtiger Meilenstein in der Erforschung der Plöner Herzöge als auch ein lesenswertes und erkenntnisreiches Werk über ein Stück herzogliche Geschichte Schleswig-Holsteins.

Neue Forschungsvorhaben

Motiviert und unerwünscht?

Ermittler als handelnde Akteure in schleswig-holsteinischen NSG-Verfahren

Projektskizze zum Dissertationsvorhaben

von *Claudia Kuhn*

Der schleswig-holsteinische Generalstaatsanwalt konstatierte 1971 über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen: „Die Staatsanwaltschaft des Landes Schleswig-Holstein ist, wie allseits anerkannt wird, ihrer Pflicht zur Verfolgung nationalsozialistischen Unrechtes im besonderen Maße nachgekommen.“¹ Schleswig-Holsteins Staatsanwaltschaften hätten also im Rahmen der Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG) – so der offizielle Terminus – ein außerordentliches Engagement gezeigt.² In der Forschung wird die justizielle Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik jedoch meist als unzureichend oder gescheitert gewertet. Es gab auch zeitgenössische Vorwürfe, insbesondere im Kontext der sogenannten Braunbuchkampagne der DDR, die die Strafverfolgung von NS-Verbrechen als unzureichend kritisierten. Tatsächlich wurden die meisten Verfahren bereits vor Eröffnung der Hauptverhandlung eingestellt. Der Großteil der Täter wurde justiziell nicht zur Verantwortung gezogen. Diese Diskrepanz aufgreifend soll die geplante Dissertation die Frage beantworten, aus welchen Gründen der Großteil der NSG-Verfahren in Schleswig-Holstein eingestellt wurde.

In der Forschung werden zwei Hauptursachen für das Scheitern von Ermittlungsverfahren in der Bundesrepublik konstatiert.

1 LASH, Abt. 352.2, Nr. 4062, Bl. 9: Niederschrift über die Dienstbesprechung des Generalstaatsanwalts Nehm mit den Leitenden Oberstaatsanwälten am 24. August 1971.

2 Unter dem Begriff „NS-Gewaltverbrechen“ (NSG) werden Straftaten wie Mord, Totschlag, Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Rechtsbeugung und Kriegsverbrechen gezählt.

Erstens, eine spezifische „Vergangenheitspolitik“ gegenüber NS-Tätern nach 1945, die hauptsächlich die Integration aller, ob belastet oder nicht, zum Ziel hatte. Über Amnestien und verschiedene Integrationsleistungen war es so dem Großteil der von den Entnazifizierungsmaßnahmen Betroffenen möglich, in ihre alten Berufe und zu ihrem vorherigen Status zurückkehren.

Zweitens, die zentrale Rolle, die sowohl der Justiz- als auch der Polizeiapparat in der Gewalt- und Vernichtungspolitik des „Dritten Reichs“ gespielt hatten. Belastete Richter und Staatsanwälte waren ein zentrales Problem bei der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Tätern, da von ihnen kaum erwartet werden konnte, dass sie NS-Verbrechen ernsthaft verfolgen würden. Insbesondere deswegen nicht, da sich die Justiz bis weit in die 1980er Jahre einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Rolle im „Dritten Reich“ verschloss. Zwar wurde zur Systematisierung der Strafverfolgung 1958 die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (Zentrale Stelle) in Ludwigsburg gegründet, jedoch stand den dortigen Bemühungen eine durch die belasteten Juristen ausgeübte Rechtspraxis entgegen, die sich auf die Ausnutzung von mildernden Rechtskategorien konzentrierte. Zudem war die Gründung der Zentralen Stelle, wie in der Forschung lange gegenteilig angenommen, kein Ausdruck eines vermehrten Aufklärungswillens der Bundesländer, sondern in erster Linie eine Reaktion auf den zunehmenden Druck aus dem Ausland. In den 1960er Jahren bestand auch in der justiziellen Praxis weiterhin die Tendenz dazu, Verbrecher zu amnestieren und zu exkulpieren.

Ebenso problematisch war die Personalsituation im Bereich der Polizei, die die grundlegenden Ermittlungen in NSG-Verfahren in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft durchführte. Die britische Militärregierung sah sich, wie die anderen Siegermächte auch, mit dem Problem des Mangels an qualifizierten Beamten konfrontiert. Daher griffen sie bewusst auf belastetes Personal zurück. Es existierten zwar durchaus Bemühungen, belastete Personen aus der Polizei zu entfernen. Jedoch wurden die anfänglich strengen Entnazifizierungsrichtlinien für die Polizei sehr bald außer Acht gelassen. Die Briten waren zudem auf die Zuarbeit deutscher Polizeibeamter angewiesen, um Informationen über ehemaliges Personal zu erhalten. Dazu wäre ein im Kern nicht-nationalsozialistischer Polizeiapparat notwendig gewesen, der aber in Anbetracht der Verstrickung dieser Institution in die Verfolgungs- und Repressionsmaßnahmen des NS-Regimes nicht zur Verfügung stand.

Bei der Analyse dieser Vorgänge muss beachtet werden, dass die Rolle der Polizei während der NS-Zeit besonders in den 1950er und 1960er Jahren von

hohen Polizeioffizieren verfälscht dargestellt wurde. Sie etablierten so das Bild der „sauber gebliebenen“ Ordnungspolizei. Dennoch war die Belastung der Polizei spätestens seit der 1961 von der Ludwigsburger Staatsanwältin Barbara Just-Dahlmann gehaltenen Rede, die bundesweit Aufmerksamkeit erregte, bekannt. Just-Dahlmann hatte öffentlich die fehlende Kooperationsbereitschaft von Polizeidienststellen bei NSG-Ermittlungen bemängelt und diese auf die NS-Vergangenheit von Beamten zurückgeführt.

Auch anderweitig zeigte sich, dass ein Problembewusstsein über die Verstrickung der Polizei vorhanden war. Im Anschluss an die Schaffung der Zentralen Stelle wurden bei allen Landeskriminalämtern Sonderkommissionen (Sokos) gebildet, die nur für NSG-Verfahren zuständig waren und mit jungen, unbelasteten Kriminalbeamten besetzt werden sollten.

Es stellt sich die Frage ob diese spezifischen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auf Landesebene eine abweichende Ausprägung hatten. In dem geplanten Forschungsvorhaben soll daher anhand dieser bekannten Thesen zur Bundesebene der Umgang mit NS-Tätern in Schleswig-Holstein untersucht und die Frage beantwortet werden, inwieweit dieser Auswirkungen auf die bei den schleswig-holsteinischen Staatsanwaltschaften anhängigen Ermittlungsverfahren hatte. Denn zum einen fehlt die regionalgeschichtliche Perspektive bei der Untersuchung der Strafverfolgung von NS-Tätern bislang, zum anderen kann Nationalgeschichte im regionalen Kontext eine abweichende Ausprägung haben, so dass der Bezug zur Landesgeschichte benötigt wird, um allgemeingültige Aussagen prüfen zu können. Dies gilt insbesondere für die „Vergangenheitspolitik“, die auf Länderebene Besonderheiten aufweisen konnte, da die Kategorie „Vergangenheit“ dort eine landesbezogene Bedeutung beinhaltete. Im Gegensatz zu bereits vorliegenden Studien, die die NS-Strafverfolgung größtenteils auf der Makroebene untersuchen, soll der Blick auf die Mikroebene neue Erkenntnisse über die Einstellung von NSG-Verfahren ermöglichen.

Das Bundesland Schleswig-Holstein eignet sich aus verschiedenen Gründen in besonderer Weise als Fallbeispiel, um zusätzlich Erkenntnisse zu gewinnen, die über die Landesebene hinaus reichen. Dort stieg die NSDAP besonders schnell auf und das Land wurde zum späteren „Mustergau“. Nach Kriegsende wurde es als westdeutsches Bundesland neu aufgebaut, wobei über Jahre hinaus die hohe Quote – über 40 Prozent Bevölkerungsanteil – von Vertriebenen und Flüchtlingen die sozialen Probleme bestimmte, so dass es von untergeordneter Bedeutung war, dass mit ihnen auch eine große Zahl von ehemaligen Nationalsozialisten in das Bundesland gekommen waren. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass in Schleswig-Holstein dadurch

ab 1945 Bedingungen geschaffen wurden, die sich als konkrete Hindernisse für die spätere Strafverfolgung von NS-Tätern erweisen sollten.

Denn das Bundesland hob sich mit seinen extensiven Bemühungen einen Schlusstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen von anderen Ländern ab. Auf diese soll im Folgenden kurz eingegangen werden.

Das bereits im Februar 1948 verabschiedete „Gesetz zur Fortführung und zum Abschluss der Entnazifizierung“ war Ausdruck der Fortsetzung der Politik der britischen Militärregierung. Obwohl die Regelungen darin nicht explizit darauf abzielten NS-Täter zu integrieren, waren sie doch Ausdruck einer Schlusstrichmentalität, die in Schleswig-Holstein von allen Parteien, jedoch besonders durch den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), vertreten wurde. Der BHE war in den 1950er Jahren an der Regierung beteiligt und seine Politiker, die aus der heutigen Perspektive größtenteils zu den „NS-Belasteten“ zu zählen sind, hatten die Möglichkeit die schleswig-holsteinische Politik gegenüber NS-Tätern zu beeinflussen. Gleichzeitig waren sie an einem dichten Netzwerk „alter Kameraden“ beteiligt, das dazu beitrug, dass in Schleswig-Holstein viele ehemalige Nationalsozialisten in hohe Ämter bei Staatsanwaltschaften, Gerichten und Kriminalpolizei gelangten. Auch das Entnazifizierungsabschlussgesetz von 1951, das mit besonderen „Schutzmaßnahmen“ auch für Juristen einherging, war Ausdruck einer wohlwollenden Politik gegenüber NS-Belastete. Im gleichen Jahr wurde vom Bundestag das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ verabschiedet und in Schleswig-Holstein extensiv umgesetzt. Mit diesem Gesetz sollten die Rechts- und Versorgungsverhältnisse der nicht aus beamten- oder tarifrechtlichen Gründen aus dem öffentlichen Dienst nach dem 8. Mai 1945 Ausgeschiedenen abschließend geregelt werden. Während der Bund für die Wiederbeschäftigung von „131ern“ im öffentlichen Dienst eine Quote von 20 Prozent vorschlug, stellte es Schleswig-Holstein 1956 als besondere Leistung heraus, dass es die Bundesvorgaben mit rund 50 Prozent übertroffen hatte. Damit hatte das nördlichste Bundesland im gesamten Bundesgebiet die meisten Belasteten beruflich rehabilitiert. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle „131er“ pauschal als politisch vorbelastet anzusehen sind. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Verabschiedung dieses Gesetzes die Inkorporation teilweise hochgradig belasteter Beamter beförderte. Es gilt zu prüfen, in welchem Ausmaß dies für die Staatsanwaltschaft und Polizei in Schleswig-Holstein zutrifft und welche Auswirkungen diese personellen Kontinuitäten auf NSG-Verfahren hatten.

Bekannt ist, dass die Kriminalpolizei in Schleswig-Holstein wenige Jahre nach Kriegsende größtenteils aus ehemaligen Mitarbeitern des Reichskriminalpolizeiamtes und des Reichssicherheitshauptamtes bestand.

Die Rückkehr von belasteten Polizisten in den Staatsdienst wurde dadurch erleichtert, dass nur bis zum Abschluss der Entnazifizierung ein Fragebogen zur Prüfung der politischen Vergangenheit auszufüllen war. Darin wurde die Phrase „im auswärtigen Einsatz“ als Angabe über die Dienstzeit während des Krieges als ausreichend anerkannt. Die Überprüfung des betroffenen Polizeibeamten galt damit als erledigt. Dadurch wurden in den 1940er und 1950er Jahren viele ehemalige Gestapobeamte, die in anderen Bundesländern abgelehnt worden waren, in Schleswig-Holstein wieder in den öffentlichen Dienst eingestellt.

Dennoch wurde in Schleswig-Holstein die NS-Sonderkommission (SK/NS) beim Landeskriminalpolizeiamt (LKPA) in Kiel bereits am 7. Dezember 1959 gegründet. Im Vergleich zu Hamburg, wo sie 1962 geschaffen worden ist, stellt sich die Frage, welche Faktoren zu der Gründung der SK/NS führten und ob ihr ein vermehrter Aufklärungswille zugrunde lag. Über die Zusammensetzung der SK/NS ist bislang wenig bekannt. In der Forschung wird die These vertreten, dass es sich bei den Mitarbeitern der Sonderkommissionen meist um unbelastete, jüngere Kriminalbeamte gehandelt hat. Ihren Mitgliedern sei es neben einigen engagierten Staatsanwälten zu verdanken, dass es nach dem Ende der 1950er Jahre trotz der zurückhaltenden Spruchpraxis der Gerichte zu einigen langjährigen Verurteilungen gekommen ist. Inwieweit die Sokos im Vergleich zu anderen Institutionen tatsächlich dazu beigetragen haben, NS-Verbrechen aufzuklären, wurde bislang nicht untersucht. Diese Frage soll in dem geplanten Forschungsvorhaben für die SK/NS beantwortet werden.

Im Vorfeld der Schaffung der Sokos setzte 1951 mit der Verabschiedung des 131er-Gesetzes eine Entschärfung der Verfolgungspraxis ein. Bis Januar 1965 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 837 NSG-Verfahren gegen 1.903 Personen. Das entsprach 3,1 Prozent aller bundesrepublikanischen NSG-Verfahren, die in diesem Zeitraum bearbeitet wurden. Urteile wurden in insgesamt 135 Verfahren gesprochen. Bis Ende 1964 kam es nie zu mehr als drei Urteilen pro Jahr. Eine Untersuchung des Zeitraums ab 1965 steht bislang noch aus, ermöglicht jedoch neue Erkenntnisse. Es soll untersucht werden, ob es im nördlichsten Bundesland ab 1958 tatsächlich zu einer Intensivierung der Strafverfolgung gekommen ist und ob diese sich auch auf die Anzahl der Verurteilungen auswirkte.

Um die skizzierten Fragen umfassend beantworten zu können, ist es notwendig, zwei Ebenen zu betrachten, die Einfluss auf die NSG-Verfahren hatten. Die erste Ebene betrifft die politischen und rechtspolitischen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, die auf die Rechtspraxis in NS-Verfahren wirkten. Die spezifischen Möglichkeiten und Grenzen von Verfahren wegen NSG, denen die Ermittler bei ihren Nachforschungen gegenüberstanden, sind als zweite Ebene zu sehen. Adalbert Rückerl, der ehemalige Leiter der Zentralen Stelle in Ludwigsburg, beschrieb diese insbesondere hinsichtlich der Beweisführung und der Zeugenfindung. Zudem betonte er als Schwierigkeit bei Verbrechen, die bereits über 20 Jahre zurücklagen, die persönliche Schuld der Beschuldigten festzustellen. Auch die lange Dauer und Komplexität – bezogen auf die erforderlichen historischen Kenntnisse – der Verfahren stellte eine besondere Herausforderung für die ermittelnden Staatsanwälte dar.

Der „Erfolg“ oder das „Scheitern“ der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wurde lange am Ausgang von NS-Prozessen gemessen, wobei der gesellschaftspolitische Kontext der Verfahren oftmals nicht beachtet wurde. Neuere Forschungen gehen jedoch davon aus, dass im Bereich von Politik, Justiz und Öffentlichkeit eigenständige Akteure in Erscheinung traten und deren vergangenheitspolitisches Handeln zum einen vielfältig miteinander verwoben war und zum anderen einen spezifischen Einfluss auf NS-Verfahren haben konnte. Genauer ist also danach zu fragen, inwieweit auch das Zusammenwirken dieser beiden genannten Ebenen den Verlauf und Ausgang der Verfahren beeinflusste.

Daher nimmt die geplante Arbeit erstmals nicht nur die personelle Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Politik und Justiz in den Blick, sondern erweitert diese Perspektive um die Institution Polizei. Denn sowohl Staatsanwaltschaften als auch Gerichte waren davon abhängig, dass die kriminalpolizeilichen Ermittlungen gründlich und sorgfältig durchgeführt wurden, um Anklage gegen Beschuldigte erheben zu können. Dennoch hat die Vorarbeit der Polizei in der Forschung bislang wenig Beachtung gefunden. Stattdessen lag der Schwerpunkt auf der Untersuchung und Darstellung von durchgeführten Gerichtsverhandlungen, obwohl der Großteil der NSG-Verfahren eingestellt wurde. Das heißt grundlegende Faktoren, die zum Scheitern von Verfahren gegen NS-Täter führten und bereits während der Ermittlungen griffen, wurden bislang von der Forschung nicht untersucht. Hier setzt das geplante Forschungsvorhaben an, denn nur durch die Einordnung auch dieser gescheiterten Verfahren in den gesellschaftlichen und rechtspolitischen Rahmen, ist es möglich einen vollständigen Einblick in die Strafverfolgung von NS-Tätern zu bekommen.

Der Schwerpunkt wird dabei auf Verfahren gegen Angehörige von Polizeieinheiten liegen, die während des Zweiten Weltkriegs an Ghettoräumungen und Massenerschießungen beteiligt gewesen waren. Im Fokus stehen also Ermittlungen gegen ehemalige oder noch aktive Mitglieder der Institution, die nun die grundlegende Arbeit für die Überführung von NS-Tätern übernehmen sollte. Stefan Klemp geht in seinem Handbuch über Polizeibataillone davon aus, dass gerade Ermittlungen gegen Angehörige von Polizeibataillonen besonders häufig mit einer Einstellung endeten. In seiner Analyse bezieht er sich auf Ermittlungsverfahren, die in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden sind. Daher sollen in der geplanten Dissertation seine Vorarbeiten vertieft und mit den Ergebnissen für Schleswig-Holstein abgeglichen werden, umso schleswig-holsteinische Spezifika zu identifizieren. Für andere Bundesländer stehen solche Untersuchungen noch aus.

Während die Beteiligung der Polizei an der NS-Herrschaft geschichtswissenschaftlich untersucht wird, stellt der Umgang mit der NS-Vergangenheit innerhalb der Polizei ein Forschungsfeld dar, das bisher wenig und für Schleswig-Holstein noch gar nicht beachtet wurde. Dieser Umstand erscheint für die Analyse der Einstellung von Ermittlungsverfahren jedoch nachteilig. Denn laut Klaus Weinbauer thematisierte die Polizei die Beteiligung an NS-Verbrechen selbst erst sehr spät und konnte sich bis in den 1950er/1960er Jahren hinein, gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen abschotten. Noch ist jedoch ungeklärt, wodurch dies ermöglicht wurde und was dies für NSG-Verfahren bedeutete. Diese Frage soll exemplarisch für Schleswig-Holstein beantwortet werden.

In den bereits erschienenen Arbeiten zu Polizeieinheiten wurde die Perspektive der Ermittler nur am Rande erwähnt. Lange stand die Frage nach den Tätern im Vordergrund. Dabei lässt sich besonders am Vorgehen der staatsanwaltschaftlichen Sondersachbearbeiter und der Mitglieder der Sokos zeigen, inwieweit der gesellschaftliche und rechtspolitische Umgang mit NS-Tätern auf ein Verfahren einwirkte. Daher kehrt das geplante Forschungsvorhaben den Blickwinkel um. Erstmals soll das Konzept des „Handlungsspielraums“ auf Ermittler in NSG-Verfahren angewendet werden, umso deren Einfluss als handelnde Akteure auf Ermittlungsergebnisse sichtbar zu machen. Dabei werden, angelehnt an Definitionen aus der Soziologie und Psychologie all jene Bereiche als Handlungsspielräume verstanden, innerhalb derer die Akteure eigenständige Entscheidungen treffen und Einfluss auf ihr Handeln nehmen können.

Der Umfang der Handlungsspielräume wird in diesem Zusammenhang von den Wechselwirkungen zwischen Lebens- und Arbeitsumständen,

individuellen und gesellschaftlichen Normen und Werten sowie individuellen Fähigkeiten und Wahrnehmungen der Ermittler bestimmt.

Hauptbestandteil der Analyse bilden die umfangreichen Ermittlungsakten von NSG-Verfahren, die im Landesarchiv Schleswig erhalten sind. Bislang wurden 122 Verfahren aus den Jahren 1950 bis 1999 identifiziert, die für eine nähere Untersuchung in Frage kommen. Diese werden momentan auf die Beteiligung von Angehörigen ehemaliger Polizeieinheiten hin geprüft. Zusätzlich werden verschiedene Quellen ausgewertet, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein zum Thema haben.

Durch die Beantwortung der Frage, wieso so viele Ermittlungsverfahren eingestellt worden sind, sollen durch die Einbindung in den gesellschaftspolitischen Kontext auch Erkenntnisse über das generelle Handeln der schleswig-holsteinischen Politik gegenüber NS-Tätern generiert werden. Die Untersuchung eines längeren Zeitraums macht es dabei möglich, Kontinuitäten, Wandel und Brüche aufzuzeigen. Da hierzu auch immer wieder Bezüge zur Bundesebene hergestellt werden müssen, lassen sich auch Rückschlüsse auf den bundesrepublikanischen Umgang mit der NS-Vergangenheit ziehen. Zugleich möchte das geplante Forschungsvorhaben Grundlagen für weitere Vergleichsstudien schaffen.

Der Aufstieg der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert am Beispiel Schleswig-Holsteins – Ein Dissertationsprojekt

von *Lisa Kragh*

Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bemühte sich die britische Nature um die Einrichtung einer Gesellschaft für die Untersuchung der sozialen Beziehungen der Naturwissenschaften. Die unruhigen Jahre der Zwischenkriegszeit hatten das schon seit längerem bestehende Bedürfnis vieler Forscher weiter befeuert, grundsätzliche Kenntnisse über die Wechselbeziehungen zwischen ihrer wissenschaftlichen Arbeit und der Gesellschaft zu erlangen. Angestoßen von den Umwälzungen, die mit dem beispiellosen wirtschaftlich-technischen Aufschwung der Zeit einhergingen, aber auch von einem wachsenden Unbehagen angesichts des destruktiven Einsatzes naturwissenschaftlicher Erkenntnisse im Ersten Weltkrieg reflektierten sie verstärkt Funktion und Ziel ihrer Forschung und deren praktischer Anwendung für die Gesellschaft. Auch wenn die Einrichtung einer derartigen Gesellschaft angesichts des Kriegs zunächst unterblieb, blieben die aufgeworfenen Fragen in den Köpfen haften. So wurden die 1930er Jahre zur Wiege der Wissenschaftsforschung, die sich seither mit der Rolle der Wissenschaften in unserem Sozialgefüge, mit ihrer Struktur und Entwicklung beschäftigt. Schnell erodierte sie dabei die Mär von der reinen, unpolitischen und unbeeinflussbaren Wissenschaft. Heute analysieren wir Wissenschaft ganz selbstverständlich als sozialen Prozess, dessen Strukturen, Praktiken und Diskurse in einem wechselseitigen Austauschprozess mit veränderlichen zeitlichen und räumlichen Determinanten stehen. Die mithin etwas speziell anmutende Wissenschaftsgeschichte ist somit ein Untersuchungsfeld, das durchaus auch aus allgemeinesgeschichtlicher Perspektive aufschlussreiche Ergebnisse erwarten lässt.

Industrialisierung, imperiale Expansion, Nationalismus und die Anfänge der kommunikativen und ökonomischen Vernetzung aller Weltteile zählen zweifellos zu den großen Leitlinien des 19. Jahrhunderts. Als Schwelle zur Moderne gelten die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg aber vor allem deshalb, weil die beginnende Verwissenschaftlichung nahezu aller Lebensbereiche in dieser Ära ihre tiefgreifende Transformationskraft entfalten konnte. Den Naturwissenschaften gelang die Emanzipation von ihrer Rolle als bloße Hilfswissenschaften der Medizin hin zu einer hochangesehenen, institutionell verankerten und mit Finanzmitteln in zuvor ungekannten Dimensionen geförderten Fächergruppe, die in neuartiger Weise in das Alltags- und

Arbeitsleben der Menschen eindrang. Wie vollzog sich dieser Aufschwung? In Übereinstimmung mit dem eingangs skizzierten Verständnis von Wissenschaft als sozialem Prozess müssen die Bedingungen und Wirkungszusammenhänge hierfür an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft gesucht werden: Die Etablierung – das heißt die zunehmende universitäre Verankerung und Ausdifferenzierung der naturwissenschaftlichen Disziplinen, die Einrichtung außeruniversitärer Forschungsinstitute, die Verwissenschaftlichung des Lebens sowie die mediale, ideelle und materielle Präsenz und das damit verbundene hohe Prestige der Naturwissenschaften –, so die These dieser Arbeit, war die Folge eines kommunikativen Aushandlungsprozesses, der im Rahmen bestimmter externer Einflussfaktoren ablief. Auf den ersten Blick könnte man dieser Hypothese Trivialität vorwerfen. Ist es nicht offensichtlich, dass es das unübersehbare Fortschrittpotenzial der Naturwissenschaften und ihrer Anwendung war, die Verheißung höherer Erträge, effizienterer Abläufe, besserer Produkte, das Versprechen eines längeren Lebens – kurz: die Hoffnung auf die Lösung nahezu aller weltlichen Probleme, die zwangsläufig dazu führen mussten, dass sie uneingeschränkt gefördert wurden? Tatsächlich wird eine derartig monokausale Interpretation den komplexen Ursachen- und Wirkungszusammenhängen keineswegs gerecht. Die Unzulänglichkeit dieses simplifizierenden Erklärungsansatzes zu belegen und durch ein tiefenscharfes Bild der Strategien, Diskurse und Einflussfaktoren zu ersetzen, um dadurch unsere Kenntnis vom Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft weiter zu differenzieren, ist das Erkenntnisziel dieses Dissertationsprojektes.

Dabei leistete die oben geschilderte Wahrnehmung der Naturwissenschaften als Fortschrittsmotor, Problemlöser und Hoffnungsträger zweifellos einen großen Beitrag zu ihrem Aufstieg. Aber zum einen verlangt die Genese dieser Wahrnehmung bzw. Darstellung noch eine genauere Analyse, um das damals gewachsene, aber keinesfalls statische Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft herausarbeiten zu können. Und zum anderen war diese Wahrnehmung der Naturwissenschaften allein nicht der Grund für ihren Aufstieg: Denn die bloße Anerkennung ihrer in vielerlei Hinsicht relevanten Funktion allein genügte nicht, um die für eine schnelle und umfassende institutionelle Etablierung nötigen Geldmittel zu mobilisieren.

Dies hatte verschiedene Gründe. Von besonderer Bedeutung war dabei eine Eigenart der naturwissenschaftlichen Disziplinen, die sie von den meisten anderen universitären Fächern unterschied: Ihr extrem hoher Finanzbedarf. Labore, Apparate, spezielle Instrumente und Werkzeuge, Chemikalien, Museumsräume, Forschungsreisen usw. waren ebenso teuer wie unabdinglich

für das Voranschreiten und die Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaftler. Die Forscher sahen sich dementsprechend nicht nur vor das herausfordernde kommunikative Problem gestellt, Politikern und anderen potenziellen Geldgebern die Relevanz ihrer neuartigen und dem Laien oft sehr entrückten Fachrichtungen nahezubringen, sondern gleichzeitig zu rechtfertigen, dass diese auch noch um ein Vielfaches kostenintensiver waren als die etablierten Fächer. Erschwerend kam hinzu, dass Wissenschaften im streng ökonomischen Sinne nicht produktiv sind bzw. dass ihre Produktivität eine indirekte ist. Zwar ist die grundsätzliche Rentabilität von Wissenschaftsförderung an sich bekannt, doch ist es kaum möglich, Höhe und Zeitpunkt des Gewinns zu prognostizieren. So erklärt sich, warum Industrielle, die eigentlich ein offensichtlicher Profiteur der Naturwissenschaften waren, nicht flächendeckender und umfassender in diese investierten, was jedoch noch dezidierter zu untersuchen bleibt.

Neu, entrückt, teuer, risikoreich – bei diesen Attributen konnten nur geschickte Legitimationsstrategien zum Erfolg führen, deren Aufdeckung ein zentraler Bestandteil dieses Dissertationsprojektes sein wird. Hier haben die bisherigen Quellenrecherchen ein weitgefächertes Bild ergeben: Die finanzielle Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft, zum Teil auch von Medien sowie indirekt vom öffentlichen Wohlwollen führte in manchen Fällen zu einer Ökonomisierung, Politisierung oder Medialisierung zumindest der Argumentation der Wissenschaftler. Es lag nahe, die Aussichten auf einen Zuschuss zu erhöhen, indem beispielsweise die praktische Anwendbarkeit oder das nationale Prestige durch die erwarteten Forschungsergebnisse hervorgehoben wurden. Ob eine derartige Anpassung der Kommunikationsstrategie zwangsläufig auch die eigentliche wissenschaftliche Tätigkeit der Forscher beeinflusste, muss noch vertieft untersucht werden, scheint aber keine notwendige Folge gewesen zu sein.

Manche Gelehrte verfolgten aber auch eine ganz anders geartete Taktik bzw. hatten ein anderes Selbstverständnis, indem sie sich insgesamt von einer praktischen Funktion der Wissenschaft distanzieren. Diese Inszenierung von Naturwissenschaft als einer edlen Verstandesarbeit, die allein nach einem tieferen Verständnis der Natur und der Rolle des Menschen darin strebe, ist deutlich subtiler als das Versprechen beispielsweise einer praktischen Anwendbarkeit. Welche Akteure diese Strategie verfolgten, wie erfolgreich sie damit waren und ob sich insgesamt Unterschiede zwischen den verschiedenen Fachgruppen oder eventuell zwischen den verschiedenen Wissenschaftlergenerationen auf tun, wird ein spannendes und potenziell erkenntnisreiches Untersuchungsfeld sein. Neben Legitimationsmustern waren

damals wie heute auch Netzwerke für die Wissenschaftler von besonderer Bedeutung. Ein guter Draht zu Politikern, Großindustriellen und Mäzenen war im Zweifelsfall mehr wert als eine geschickt geführte Argumentation. In engem Zusammenhang hiermit steht auch das eigene politische oder gesellschaftliche Engagement einiger Naturwissenschaftler, die dadurch eine repräsentative Plattform fanden und gleichzeitig an der Definition der gesellschaftlichen Probleme mitwirken konnten, zu deren Lösung ihre eigene Fachrichtung erforderlich war. Gleichzeitig machte die zunehmende Verlagerung des Legitimationsortes für Staatsaufwendungen hin zur Öffentlichkeit auch diese zu einem wichtigen Verbündeten der Wissenschaften. So wurde für viele Forscher Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Bestandteil ihrer Strategie; über die Einrichtung von Museen, botanischen bzw. zoologischen Gärten und Aquarien, über auch Laien offenstehende Vereine, gemeinverständliche Publikationen bzw. dezidiert populärwissenschaftliche Werke, über Vorträge und weitere Inszenierungsformen, die von Reklamebildern bis hin zu Theateraufführungen reichten, schufen sich die Gelehrten einen kommunikativen Zugang zur Öffentlichkeit.

Und dennoch: So divers und klug sie auch sein mochten, die Strategien der Forscher bewegten sich stets in einem gewissen Rahmen. Über Erfolg und Misserfolg entschied schlussendlich eine Vielzahl von Faktoren, die sich der Kontrolle der Akteure teilweise oder auch vollkommen entzog. Ein wichtiger Einflussfaktor waren offensichtlich politische Interessen, die sich positiv wie negativ auf die Forschungsförderung auswirken konnten. Oft wurde beispielsweise der zunehmende Nationalismus, der so charakteristisch für das 19. Jahrhundert war, von Wissenschaftlern argumentativ genutzt, indem sie ihre Forschung als symbolische Ressource handelten. In diesem Zusammenhang muss aber auch gefragt werden, ob die zeittypischen nationalistischen Tendenzen für die Wissenschaft negative Folgen hatten, indem die internationale Zusammenarbeit durch den empfundenen hohen Konkurrenzdruck möglicherweise unterminiert wurde. Ein Beispiel für eine dezidiert negative Einflussnahme auf die Naturwissenschaften war Bismarcks anti-sozialdemokratische Politik, die ein Biologieunterrichtsverbot an höheren Schulen in Preußen beförderte, als die damals heftig umkämpfte Evolutionslehre unter Sozialismusverdacht geriet. Zu dänischer Zeit erregte der Verein nördlich der Elbe zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse den Unmut des Königs und wurde in der Folge streng reglementiert, weil er als Keimzelle deutschnationaler Aktivitäten gedeutet wurde. Auch machtpolitische Interessen des deutschen Reiches, die Ende des Jahrhunderts zu hohen Investitionen in militärstrategisch relevante Forschung führten, wirkten sich nicht nur positiv auf die Forscher aus; die Anwendung ihrer Erkenntnisse

zu destruktiven, ethisch fragwürdigen Zwecken im Ersten Weltkrieg hatte erhebliche Konsequenzen für das Selbstbild und die Wahrnehmung der Wissenschaftler, sodass vereinzelt sogar die Forderung laut wurde, die betreffenden Forschungen ganz einzustellen.

Auch wirtschaftliche Konjunkturen sowie der gesellschaftliche Zeitgeist, so die Hypothese, standen mit den Wissenschaften in enger Wechselwirkung. Ob nun die ökonomischen Interessen des Deutschen Fischerei-Vereins an den Süßwasserforschungen der Biologischen Station zu Plön, der Atheismusvorwurf, der gegen Evolutionsbiologen laut wurde, oder auch die Anpassung von Präsentations- und Darstellungsformen an einen angenommenen Publikumsgeschmack – diese und viele weitere Konstellationen wechselseitigen Einflusses können das Verständnis der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft weiter vertiefen.

Angesichts der Komplexität dieser Zusammenhänge erscheint es unumgänglich, den Analysegegenstand einzugrenzen; nur klar umgrenzte Fallbeispiele, die das notwendige umfassende Quellenstudium erlauben, können am Ende belastbare Ergebnisse liefern, die der Multikausalität dieses Prozesses gerecht werden. Deshalb konzentriert sich das Untersuchungsspektrum auf Fallbeispiele aus Schleswig-Holstein. Diese Region ist mit Sicherheit keine offensichtliche Wahl, lagen die Herzogtümer bzw. die Provinz im Betrachtungszeitraum doch stets an der Peripherie zunächst des Dänischen Gesamtstaates und später Preußens. Und tatsächlich drängt sich der Eindruck auf, Schleswig-Holstein sei hinsichtlich der Förderung der Naturwissenschaften ein Nachzügler gewesen, zumindest was die universitäre Institutionalisierung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) betrifft. 1845 bildete sie mit nur zwei naturwissenschaftlichen Ordinariaten im Vergleich zu anderen kleinen Universitäten das absolute Schlusslicht der deutschen Universitätslandschaft. Tatsächlich ließ die Gründung einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät in Kiel bis 1963 auf sich warten, obwohl diese bereits im 19. Jahrhundert gefordert wurde. In Tübingen erhielten die Naturwissenschaften schon 100 Jahre zuvor eine eigene Fakultät. Im Verlauf des Projekts wird also auch zu konkretisieren sein, in welchen Etappen sich der Aufstieg der Naturwissenschaften an der Universität Kiel und in Schleswig-Holstein überhaupt vollzog.

Doch auch wenn es zunächst überraschen mag, kann der Umstand, dass Schleswig-Holstein in diesem Prozess nicht unbedingt ein Vorreiter war, angesichts der gewählten Fragestellung sogar von Vorteil sein. Denn es ist davon auszugehen, dass hiesige Naturwissenschaftler unter besonders hohem Legitimationsdruck standen, wollten sie den Ausbau ihrer Diszi-

plinen weiter vorantreiben. Die schlechte Ausstattung der Universität gab Anlass zu zahlreichen Beschwerde- und Forderungsbriefen an die jeweilige Administration, sodass eine ausführliche schriftliche Fixierung naturwissenschaftlicher Rechtfertigungsnarrative vorliegt. In einigen Fällen beflügelten fehlende Staatsmittel die Kreativität der Wissenschaftler bei der Suche nach alternativen Mittelgebern sowie bei der öffentlichen Inszenierung ihrer Forschungen. Darüber hinaus liefern die territoriale Neuordnung der Universität im Jahr 1867 sowie die Phase der vorausgegangenen Nationalkonflikte und Kriegshandlungen gute Ansatzpunkte für das Abwägen wissenschaftsexterner Einflussfaktoren auf die Dynamik des Aufschwunges.

Die räumliche Einschränkung erlaubt gleichzeitig eine Weite des Untersuchungszeitraumes, die bei einer breiter angelegten Studie fast zwangsläufig zu Oberflächlichkeit führen würde. So ist es möglich, die Institutionalisierung der Naturwissenschaften an der Kieler Universität für die Gesamtheit des langen 19. Jahrhunderts darzulegen, und auch ihr Einsickern in das öffentliche Bewusstsein, die erfolgreichen und gescheiterten Strategien von Vertretern verschiedener Fachdisziplinen aus verschiedenen Generationen, die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können anhand intensiv recherchierter Themenschnitten präsentiert werden und dadurch langfristige Entwicklungen, Brüche und Kontinuitäten aufzeigen. Erkenntnisse der aktuellen überregionalen Wissenschafts- und Universitätsgeschichtsforschung werden zur weiteren Unterfütterung, Kontrastierung oder Differenzierung Eingang in die Arbeit finden. Nicht zuletzt versprechen die Kieler Fallbeispiele trotz ihrer peripheren Verortung Erkenntnisse, die überregional durchaus von Bedeutung sind. Die enge Vernetzung wissenschaftlicher Akteure, der personelle Austausch zwischen den Universitäten, die Anteilnahme Kieler Professoren an landes- bzw. reichspolitischen Streitfragen sowie auch die Vorreiterrolle schleswig-holsteinischer Wissenschaftler auf den Gebieten der Meeres- und Süßwasserforschung und der frühen Museumspädagogik sind Indizien hierfür. Gerade weil die Untersuchung des 19. Jahrhunderts bisher in der Kieler Universitätsgeschichtsforschung ein weitgehendes Desiderat darstellt und die angesprochenen Fallbeispiele über die Region hinaus nur schwach bis überhaupt nicht rezipiert werden, kann hier noch Grundsätzliches geleistet werden. So wird diese Studie Ergebnisse liefern, die als Basis für räumlich weiter gefasste Synthesen dienen können und uns dem Verständnis der vielgestaltigen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft weiter annähern werden.

Termine und Hinweise

Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung (ttr)

Dienstag, 17. Oktober 2017

Jens Boye Volquartz M.A., Kiel

Im Spannungsfeld zwischen herrschaftlichem Zugriff
und bäuerlicher Selbstbestimmung.
Spätmittelalterliche Burgen in Dithmarschen und Nordfriesland.

Dienstag, 24. Oktober 2017

Stefan Magnussen M.A., Kiel

Castles in Contested Landscapes.
Eine Studie zu den Burgen im spätmittelalterlichen Sønderjylland.

Marvin Groth B.A., Kiel

Die Kieler Studierenden im Spiegel der Entnazifizierung
in der britischen Besatzungszone.

Dienstag, 7. November 2017

Frederic Zangel M.A., Kiel

Holsteinische Burgen im Kräftespiel geistlicher
und weltlicher Akteure (13.-16. Jh.).

Dienstag, 14. November 2017

Julian Freche M.A., Kiel

Von der Wiege bis zur Bahre –
Die Milieus in Lübeck in der Weimarer Republik (1919-1933).

Dienstag, 21. November 2017 (gem. mit IZRG, in Schleswig)

Leonie Hieck M.A., Potsdam

Die Bundeswehr im Spannungsfeld von Bundespolitik
und Landespolitik.

Dienstag, 28. November 2017

Frank Omland, Hamburg

Jenseits des Zahlen-Dschungels.
Ein Werkstattbericht zur historischen Wahlforschung am Beispiel
Schleswig-Holsteins in der Weimarer Republik (1919 bis 1933).

Dienstag, 5. Dezember 2017*Claudia Kuhn M.A., Rendsburg*

Motiviert und unerwünscht?

Ermittler als handelnde Akteure in schleswig-holsteinischen
NS-Verfahren.**Dienstag, 19. Dezember 2017 (zugleich Kieler Mittelaltergespräche)***PD Dr. Gregor Rohmann, Frankfurt a.M.*Kaufleute und Piraten. Gewalt und Güterwegnahme
auf Nord- und Ostsee um 1400.**Dienstag, 9. Januar 2018***Helge-Fabien Hertz M.A., Schleswig*

Werkstattbericht zum Dissertationsprojekt:

Die ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins und
der Nationalsozialismus – Eine kollektivbiografische Untersuchung.**Dienstag, 16. Januar 2018***Prof. Dr. Werner Freitag, Münster*Amtmannbürokratie und parlamentarische Verfahren.
Westfälische Landgemeinden um 1900.**Dienstag, 23. Januar 2018***Nils Kühne, M.A.*Eigen-sinnige Mitarbeiter. Zivildienstleistende und ihr Arbeitsalltag
in Pflegeeinrichtungen 1960-1990.**Dienstag, 30. Januar 2018***Alexander Klaus M.A., Halle (Saale)*Stadtbücher als sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Quellen
mittelalterlicher Kleinstädte – Das Eutiner Stadtbuch von 1469.**Dienstag, 6. Februar 2018 (gem. mit IZRG, in Kiel)***Lisa Kragh MEd., Kiel*

Naturwissenschaftler im „langen“ 19. Jahrhundert –

Die Genese eines Images anhand schleswig-holsteinischer Fallbeispiele.

Die Vorträge stehen allen Interessierten offen und finden (mit Ausnahme des Termins am 21. November) in den Räumlichkeiten des Historischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität, Leibnizstraße 8, R. 126/128, statt.
Beginn ist jeweils **18:15 Uhr**. Der Eintritt ist frei.

Frauen im Fokus der Regionalgeschichte. Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis heute

Öffentliche Ringvorlesung im Wintersemester 2017/18 an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Veranstalterinnen: Dr. Nina Gallion und Caroline E. Weber M.A.,
Abteilung für Regionalgeschichte am Historischen Seminar
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Die Veranstaltung wird gefördert vom Gleichstellungsausschuss
der Philosophischen Fakultät.

Mittwoch, 25.10.2017

Dr. Nina Gallion und Caroline E. Weber M.A., Kiel

Frauen in der schleswig-holsteinischen Geschichte – zur Einführung

Mittwoch, 1. November 2017

Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel

Die mächtigste Frau im mittelalterlichen Norden:

Margarete I., Herrscherin dreier Reiche (1353–1412)

Mittwoch, 8. November 2017

Dr. Katja Hillebrand, Kiel

Frauen im Kloster – fromm, gebildet und politisch aktiv

Mittwoch, 15. November 2017

Prof. Dr. Harm von Seggern, Kiel

Kauffrauen und ihre Bedeutung für den Handel im Hanse-Netzwerk

Mittwoch, 22. November 2017

Kerstin Klein, Dipl. Kulturwirtin, Kiel

„... von gar nicht abschätzbarer Bedeutung“

Frauenengagement und -karrieren in den evangelischen Kirchen

Schleswig-Holsteins seit der Reformation

Mittwoch, 29. November 2017

Mikkel Leth Jespersen Ph.D., Museum Sønderjylland

Zuhause bleiben oder mitsegeln?

Die Frauen und das Meer im langen 19. Jahrhundert

Mittwoch, 6. Dezember 2017

Melanie Greinert M.A., Kiel

Die Gemahlinnen der Fürstbischöfe von Lübeck im 17. und 18.

Jahrhundert zwischen dynastischen Zwängen und Selbstverständnis

Mittwoch, 13. Dezember 2017*Dr. Rolf Schulte, Abrensborg*

„... daß sie eine Zauberin sey...“.

Hexenverfolgung in Schleswig und Holstein 1530–1750

Mittwoch, 20. Dezember 2017*Caroline E. Weber M.A., Kiel*„[...] aber sie lässt den Leser im Stich,
wenn es um ihr Privatleben [...] geht.“Bertha Hahns Erinnerungen aus Sonderburg und Alsen
von 1850 bis 1870**Mittwoch, 10. Januar 2018***Martin Göllnitz M.Ed., Mainz*„An führender Stelle im Kampfe um die Gestaltung der deutschen
Hochschule“.

Die Studentinnen an der Universität Kiel (1927–1945)

Mittwoch, 17. Januar 2018**Dr. Anke Sawahn, Hannover*

Von der Herdplatte zur Festplatte –

Geschichte und Zukunft der Landfrauenbewegung
in Schleswig-Holstein**Mittwoch, 24. Januar 2018***Karen Bruhn M.A., Kiel*

Von der Vorzimmerdame und Frau Professor –

Frauen an der CAU Kiel abseits der Wissenschaft

Mittwoch, 31. Januar 2018*Dr. Christina Kohla, Kappeln*

Malweiber um 1900 –

Künstlerinnen im Aufbruch am Beispiel von Käte Lassen

Mittwoch, 7. Februar 2018*Dr. Siglinde Clementi, Bozen*Übergänge und Zäsuren. Potentiale eines geschlechtergeschichtlichen
Blicks in der Regionalgeschichte am Beispiel
des Raumes Tirol/Südtirol/TrentinoAlle Vorträge finden mittwochs im Hörsaal C des Audimax
(Christian-Albrechts-Platz 2) statt.Beginn ist jeweils um **18:15 Uhr**. Der Eintritt ist frei.* Der Vortrag von Dr. Anke Sawahn am 17. Januar findet zur üblichen
Uhrzeit ausnahmsweise im Otto-Hahn-Hörsaal (Otto-Hahn-Platz 2) statt.

12. Tag der Archäologie

Am Samstag, **4. November 2017**, findet in der A. P. Møller-Skolen in Schleswig (Fjordallee 1) in der Zeit von **9:00-17:30 Uhr** der 12. „Tag der Archäologie“ mit Vorträgen zu aktuellen Grabungen des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein statt.

Traditionell werden an diesem Tag mit der Verleihung der „Goldenen Schaufel“ durch eine hochrangige Persönlichkeit des politischen Lebens besondere Verdienste in der Archäologie gewürdigt. In diesem Jahr nimmt Staatssekretär Dr. Oliver Grundei, Kiel, die Ehrungen vor. Der wissenschaftliche Nachwuchs wird durch die Verleihung des Archäologie-Preises der Archäologischen Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V. geehrt.

Im Foyer bieten verschiedene Stände Informationen zu Themen rund um die Archäologie. Außerdem besteht die Möglichkeit, an mehreren Büchertischen Fachliteratur zu erwerben. In den Pausen führen Wissenschaftler des Archäologischen Landesamtes Fundbestimmungen durch.

Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt frei.

Veranstaltungsprogramm:

- | | |
|------------------|--|
| 9:00 Uhr | <i>Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim, Schleswig</i>
<i>Jörgen Köhl, Schleswig</i>
Begrüßung

<i>Staatssekretär Dr. Oliver Grundei, Kiel</i>
Grußwort
Verleihung der Goldenen Schaufel/n

<i>Burkhard von Hennigs</i>
Verleihung des Archäologie-Preises
der Archäologischen Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V.

Vorstellung der Seminararbeit
durch den Preisträger/die Preisträgerin |
| 10:30 Uhr | Kaffeepause |
| 11:00 Uhr | <i>Dr. Sönke Hartz, Schleswig</i>
Viele Tausend Jahre vor Rungholt.
Ein außergewöhnliches steinzeitliches Beil von der
Hallig Nordstrandischmoor, Kreis Nordfriesland |

- 11:30 Uhr** *Dr. Rüdiger Kelm, Albersdorf*
20 Jahre Steinzeit – Ein Bericht zum Jubiläum
des Steinzeitparks Dithmarschen in Albersdorf
- 12:00 Uhr** *Museumsinspektør Lilian Matthes M. A., Haderslev*
Vieh und Pferch in der Bronzezeit –
Beispiele aus Sønderjylland
- 12:30 Uhr** Mittagessen
- 14:00 Uhr** *Dr. Ingo Lütjens, Neumünster*
Siedlungsarchäologie im Wandel der Zeit
- 14:30 Uhr** **Vortrag zum „Fund des Jahres“**
Dipl.-Prähist. Eicke Sieglöff, Schleswig
Dr. Astrid Tummuscheit, Schleswig
Es findet zusammen, was zusammen gehört.
Eine Wiedervereinigung nach fast 60 Jahren
- 15:00 Uhr** *Dr. Stefanie Kloß, Schleswig*
Eric Müller, Schleswig
Wohlhabende Bürger des 17. Jahrhunderts in Husum –
neue Ausgrabungen in der Husumer Altstadt, Kreis Nordfriesland
- 15:30 Uhr** *Dr. Daniel Zwick, Schleswig*
Gestrandet im Wattenmeer –
zwei außergewöhnliche neuzeitliche Schiffswracks
in der Tidenzone der nordfriesischen Inseln
- 16:00 Uhr** Kaffeepause
- 16:30 Uhr** **Festvortrag**
Dr. Ralf Bleile, Schleswig
Alte Funde in neuem Licht – Starigard/Oldenburg
und die Frage der Beizjagd bei den Ostseeslawen

150 Jahre Schleswig-Holstein in Preußen

Wissenschaftliche Fachtagung am 1. Dezember 2017 in der Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh

Veranstalter: Abteilung für Regionalgeschichte am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Tagungsleitung: Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel

Tagungsprogramm:

- | | |
|------------------|--|
| 09:00 Uhr | <i>Prof. Dr. Ulrich Lappenküper, Friedrichsruh</i>
Grußwort |
| 09:15 Uhr | <i>Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel</i>
Einführung |
| 09:30 Uhr | <i>Tobias Köhler M.A., Hamburg</i>
Bismarck und die Schleswig-Holsteiner und Lauenburger.
Eine schwierige Beziehung |
| 10:15 Uhr | <i>PD Dr. Frank Möller, Greifswald</i>
Was brachte Schleswig-Holstein Preußen? |
| 11:00 Uhr | Kaffeepause |
| 11:30 Uhr | <i>Dr. Carsten Walczok, Børnsen</i>
Waren die Lauenburger gute Preußen? |
| 12:15 Uhr | <i>Katharina Priewe M.A., Kiel</i>
Preußische Einflüsse auf Städtebau und öffentliches Bauen
in Schleswig-Holstein nach 1867 |
| 13:00 Uhr | Mittagspause |
| 14:15 Uhr | <i>Frank Lubowitz M.A., Aabenraa</i>
Reform und Modernisierung der neuen Provinz –
Schleswig-Holstein zwischen 1867 und 1890 |
| 15:00 Uhr | <i>Mogens Rostgaard Nissen Ph.D, Flensburg</i>
Die Minderheitenfrage im kaiserzeitlichen Schleswig-Holstein |
| 15:45 Uhr | <i>Dr. Johannes Rosenplänter, Kiel</i>
Kiel und das Kaiserreich.
Bezugspunkte der Identität einer Marinestadt |

- 16:30 Uhr** Kaffeepause
- 17:00 Uhr** *Lisa Kragh M.Ed., Kiel*
Eine „heuchlerische Brut?“ Die Universität Kiel wird preußisch
- 17:45 Uhr** *Caroline Elisabeth Weber M.A., Kiel*
„Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“:
Preußen in der Wahrnehmung der Schleswig-Holsteiner
bis zum Ersten Weltkrieg
- 18:30 Uhr** *Martin Göllnitz M.Ed., Mainz*
Zusammenfassung

Die Tagung wird freundlicherweise gefördert von der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh und der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur der Stiftung Herzogtum Lauenburg.

Für die Teilnahme wird eine Anmeldegebühr in Höhe von 10 Euro erhoben.

Anmeldungen bitte bis zum 26. November 2017 an:

Caroline E. Weber
Abteilung für Regionalgeschichte
Historisches Seminar der CAU zu Kiel
Leibnizstr. 8, 24098 Kiel
Tel.: 0431-880-3559
E-Mail: cweber@email.uni-kiel.de

Glücksburg in der Geschichte

Symposium auf Schloss Glücksburg am 20. April 2018

Veranstalter: Historische Gesellschaft Glücksburg, Stiftung Schloss Glücksburg, Abteilung für Regionalgeschichte am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Tagungsleitung: Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel
 Austragungsort: Schloss Glücksburg (Weißer Saal)

Tagungsprogramm:

13:00 Uhr	Schlossführung
15:00 Uhr	Begrüßung im Weißen Saal
15:15 Uhr	<i>Dr. Katja Hillebrand, Kiel</i> Die Vorära des Residenzschlusses Glücksburg. Das Zisterzienserkloster Rude als kirchenpolitisches und ökonomisches Zentrum an der Flensburger Förde
16:00 Uhr	<i>Dr. Deert Lafrenz, Eckernförde</i> Zur Baugeschichte des Schlusses Glücksburg
16:45 Uhr	Kaffeepause im Foyer des Schlusses
17:15 Uhr	<i>Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel</i> Eine Frage von Rang und Geld: Die Ehen und Ehepolitik der älteren Glücksburger Herzöge
18:00 Uhr	<i>Dr. habil. Carsten Porskrog Rasmussen, Sonderburg</i> Christian IX. (1818-1906) und die jüngeren Glücksburger
18:45 Uhr	<i>Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel</i> Zusammenfassung
19:00 Uhr	Empfang (Imbiss und Getränke)

Für die Teilnahme wird eine Anmeldegebühr in Höhe von 15 Euro erhoben. Anmeldungen bitte bis zum 15. April 2018 über den Onlineshop:
<http://shop.schluss-gluecksburg.de/>

20. - 22. Oktober 2017 Ostseegeschichte als „popular history“

6. Tagung für Nachwuchswissenschaftler des Ostseeraums

Leitung: Prof. Dr. Karsten Brüggemann, Dr. Christian Pletzing und Prof. Dr. Ralph Tuchtenhagen

15. - 17. Dezember 2017 Schleswig-Holsteins Künstler im frühen 20. Jahrhundert: Lebensbilder zwischen Kunst und Politik

Das frühe 20. Jahrhundert war eine schwierige Zeit für Kunstschaffende in Deutschland. Auch in Schleswig-Holstein sahen sich Künstler mit den Restriktionen nationalsozialistischer Kunstpolitik konfrontiert – einige suchten den Schuttschluss, andere wurden Opfer: Emil Nolde war trotz Berufsverbots Parteimitglied und Sympathisant der NSDAP. Käthe Lasen fertigte heute umstrittene Auftragsarbeiten an. Auf der anderen Seite stehen verfolgte und heute fast vergessene Künstler wie Willy Knoop, Franz Korwan, Anita Rée und andere.

Seminar mit Konzertbesuch in Sankelmark

Leitung: Dr. Heiko Hiltmann

26. - 28. Januar 2018 Der Kalte Krieg in Norddeutschland. Spionage – Zivilschutz – Ernstfallszenarien

Vor dem Hintergrund einer – wie manche befürchten – „aus den Fugen geratenen“ Weltlage richten sich vermehrt Blicke auf die Zeit des Kalten Kriegs (1943-1990). Jüngere Forschungen erlauben eine Rekonstruktion dessen, was nicht nur im geteilten Deutschland insgesamt damals geschah, sondern speziell in einzelnen Bundesländern. Womit hätten wir damals in Norddeutschland, vor allem in Schleswig-Holstein und Hamburg, in einem Ernstfall rechnen müssen? Welche Vorkehrungen waren dagegen getroffen? Wie sehr stand Norddeutschland im Visier der DDR-Staatssicherheit?

Leitung: PD Dr. Helmut Stubbe da Luz

2. - 4. Februar 2018 Schleswigs doppelte Kolonialgeschichte – Zwischen St. Thomas und Sansibar

Im 18. Jahrhundert beteiligten sich Schiffer und Kaufleute aus dem Herzogtum Schleswig am lukrativen Dreieckshandel über den Atlantik und bescherten dem Land zwischen den Meeren eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Ent-

sprechend beteiligten sich Menschen aus der Region seit den 1880er Jahren auch unter preußischer bzw. deutscher Flagge an der Expansion nach Übersee. Die Menschen begeisterten sich vor dem Hintergrund eines übersteigerten Imperialismus für die koloniale Politik des Reiches. Die koloniale Wirklichkeit wirkte in beiden Epochen tief in den Alltag der Menschen hinein.

Leitung: Jörg Memmer

16. - 17. Februar 2018 Namen – ihre Herkunft und Bedeutung

Was bedeuten eigentlich unsere Familiennamen und warum sind sie so entstanden wie sie sind? Wie kommt es zur Eigenart der Siedlungs-, Flur- und Familiennamen im Landesteil Schleswig? Unser Seminar beantwortet diese Fragen und lässt auch genügend Raum, um Familiennamen, Siedlungsnamen, Flurnamen oder Vornamen zu analysieren.

Leitung: PD Dr. Christian Stolz

16. - 18. Februar 2018 Gottorf im Glanze des Barock

Im Jahre 1544 war die Herrschaft in den Herzogtümern Schleswig und Holstein unter drei Brüder aufgeteilt worden. Eines der dabei entstandenen Territorien erhielt seinen Namen von der Burganlage Gottorf, die im Folgenden zu einem prächtigen Renaissanceschloss umgebaut wurde. Trotz chronisch klammer Kassen investierten die Gottorfer Herzöge erhebliche Mittel in Kunst und Kultur. Residenzgarten, Wunderkammer und Bibliothek waren weit über die Grenzen der Herzogtümer hinaus bekannt.

Leitung: Jörg Memmer

10. - 11. März 2018 Flensburg: Geschichte – Architektur – Stadtentwicklung

Flensburg war nach Kopenhagen einst die bedeutendste Hafen- und Handelsstadt im dänischen Gesamtstaat. Der Hafen öffnete den Handelsweg in die Welt, speziell in die dänischen Kolonien in der Karibik. An vielen Punkten der Stadt erkennt man bis heute, dass ihre architektonische Gestalt vom Norden geprägt war, wenn auch die Eingliederung in das Königreich Preußen im Jahre 1867 das Stadtbild nachhaltig verändert hat. Die Tagung will sich mit alledem befassen und schließlich auch einen Ausblick in die zukünftige Entwicklung wagen.

Tagung mit der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig

Leitung: Lorenz P. Wree

Vortragsreihe des AWO Servicehauses Boksberg und der Abteilung für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Veranstalter: Dr. Nina Gallion, Abteilung für Regionalgeschichte am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Michael Mühlthaler B.A., AWO Servicehaus Boksberg in Kiel

Veranstaltungsprogramm:

Mittwoch, 10. Januar 2018

Stefan Magnussen M.A., Leipzig
Schleswig-Holstein und seine Burgen.
Gab es sie, und wenn ja: wo sind sie geblieben?

Mittwoch, 14. Februar 2018

Dr. Nina Gallion, Kiel
Streiten, kämpfen, glauben.
Die Reformation in Schleswig-Holstein

Mittwoch, 7. März 2018

Lisa Kragh M.Ed. und Caroline E. Weber M.A., Kiel
Flammen, Flut und Cholera.
Eine Katastrophengeschichte Schleswig-Holsteins

Mittwoch, 11. April 2018

Julian Freche M.A., Kiel
Von der Land- zur Großstadt. Kiel seit 1864

Alle Vorträge finden mittwochs im AWO Servicehaus Boksberg (Boksberg 6–8, 24149 Kiel) statt. Beginn ist jeweils um 19:00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Termine Im Landesarchiv Schleswig-Holstein

**Ausstellung: „Die Schleswig-Holsteiner sind fortan Preußen.“
Schleswig-Holstein wird preußische Provinz 1867-1920**

verlängert bis zum **4. März 2018**

Begleitprogramm

Donnerstag, 12. Oktober 2017

Hans-Günther Andresen, Kiel

Zur Architektur in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein

Donnerstag, 16. November 2017

Dr. Ulrich Schulte-Wülwer, Flensburg

Die Anfänge der preußischen Kunst- und Künstlerförderung in Schleswig-Holstein 1865 bis 1875

Donnerstag 14. Dezember 2017

Dr. Harald Schmid, Abrensborg

„Alles rollte wie am Schnürchen ab.“

Die Entmachtung Preußens nach dem „Altonaer Blutsonntag“ – Voraussetzungen und Stationen des schleswig-holsteinischen Weges in den Nationalsozialismus

Alle Vorträge beginnen um 18:30 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 2 Euro.

Donnerstag, 7. Dezember 2017

Dr. Sebastian Diziol, Kiel

„Im nördlichsten Schleswig siegt das junge Deutschland!“

Die Revolution 1848/49 im Selbstzeugnis

Die Buchvorstellung beginnt um 18:30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Öffentliche Führungen durch die Ausstellung mit Kuratorin Julia Liedtke – Die Teilnahme ist kostenlos. Führungen für Gruppen auf Anfrage.

Freitag, 26. Januar 2018 – 16 Uhr

Freitag, 20. Oktober 2017

Kriminalitätsgeschichtliche Quellen des
16.-19. Jahrhunderts im Landesarchiv

Freitag, 24. November 2017

Steuer- und Abgabelisten des 16.-19. Jahrhunderts
als Quellen zur Orts- und Familiengeschichte

Schleswigsche Gespräche – Deutsch-dänische Begegnungen

Die Vorträge finden an wechselnden Orten statt und beginnen jeweils um 19:30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Montag, 30. Oktober 2017

Marco Petersen, Flensburg
Hosenknopf und Brückenkopf – Helgoland, ein Zankapfel
zwischen Dänen, Deutschen und Briten
(Tingleff, Deutsche Bücherei Tingleff, Hovedgaden 100)

Montag, 4. Dezember 2017

Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel
Im Zeichen des Kreuzes: Eroberungen dänischer Könige vom
12. bis 14. Jahrhundert
(Flensburg, Vortragssaal der Stadtbücherei Flensburg,
Flensburg-Galerie)

Montag, 5. Februar 2018

Dr. Christian Ring, Seebüll
Emil Nolde im Nationalsozialismus - Das ganze Bild
(Flensburg, Vortragssaal der Stadtbücherei Flensburg,
Flensburg-Galerie)

Montag, 5. März 2018

Dr. Jörg Rathjen, Kiel
Von Augustenburg bis Primkenau - Die Augustenburger
Herzöge im Spannungsfeld zwischen Deutschland und
Dänemark
(Apenrade, „Haus Nordschleswig“, Vestergade 30)

Mitteilungen des Vorstandes

Protokoll der Mitgliederversammlung der GSHG am 20. Juni 2017 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Kiel

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende Jörg-Dietrich Kamischke begrüßt um 18.00 Uhr 24 Mitglieder der Gesellschaft zur Mitgliederversammlung.

Herr Kamischke berichtet, dass im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung die Schaffung eines Hauses der Schleswig-Holsteinischen Geschichte vorgesehen sei. Die GSHG habe mit einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien dazu einen neuen Impuls gegeben. Unterstützung für das Projekt hatten u.a. CDU, FDP und SSW signalisiert.

Weiter verliest Herr Kamischke den Text einer Resolution, in der es die GSHG begrüßt, dass im Koalitionsvertrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ein „Haus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ als konkretes Ziel genannt wird. Herr Momsen regt an, im Text der Resolution den Zusatz „von den Anfängen bis in unsere Zeit“ aufzunehmen. Über die Resolution wird die Mitgliederversammlung unter TOP 10 abstimmen.

2018, so Herr Kamischke, werde voraussichtlich ein weiterer Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte im Schloss Plön stattfinden.

2. Geschäftsbericht des Schriftführers

Herr Dr. Pletzing fasst die wesentlichen Punkte des in den „Mitteilungen“, Heft 92, auf den Seiten 87/88 veröffentlichten Tätigkeitsberichts zusammen. Dabei hebt er den ersten „Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“, den Redaktionswechsel der „Mitteilungen“, Schwierigkeiten mit den Abonnements der Schriftenreihen sowie die Beendigung des Projekts der „Großen Landesgeschichte“ hervor.

3. Bericht des Rechnungsführers

Herr Dr. Skaruppe erläutert den Kassenbericht für das Jahr 2016 (vgl. Mitteilungen, Heft 92, S. 92/93). Er betont, dass die Mitgliedsbeiträge weiterhin rückläufig seien. Eine Konzentration auf das „Kerngeschäft“ sei in den nächsten Jahren unumgänglich. Der erste „Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ habe das Budget wegen der Spende der Brunswiker Stiftung dagegen nur mit rd.

1.500,- € belastet. Bei den „Mitteilungen“ und der „Zeitschrift“ konnten durch den Wechsel zum Verlag Husum deutliche Einsparungen bei den Druckkosten erzielt werden.

4. Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2017

Weiterhin erläutert der Rechnungsführer den schriftlich vorliegenden Voranschlag für 2017. Durch rückläufige Mitgliederzahlen und den Austritt der EON Hanse müsse man von sinkenden Einnahmen ausgehen. Zu berücksichtigen seien außerdem Mehrausgaben für eine Hilfskraft in der Redaktion der „Mitteilungen“. Die Prange-Protokolle seien im Druck, außerdem eine Tagung zur Reformation geplant. Der Voranschlag weise ein Defizit von 11.480,- € aus.

5. Bericht der Rechnungsprüfer

Der Rechnungsprüfer Ulrich Pilch und Dr. Ernst-Joachim Fürsen haben zusammen die Kasse geprüft. Herr Pilch verliest in Abwesenheit von Herrn Dr. Fürsen den Prüfungsbericht, der der Gesellschaft für 2016 ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen bescheinigt. Der Vorsitzende dankt den Rechnungsprüfern sowie Herrn Dr. Skaruppe und Frau Maren Kähler für ihre Tätigkeit.

6. Antrag auf Entlastung des Vorstands

Herr Pilch stellt den Antrag auf Entlastung des Vorstands. Die Mitgliederversammlung erteilt bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder einstimmig Entlastung.

7. Wahlen zum Vorstand

Die dreijährige Amtszeit der Vorstandsmitglieder Werner Junge, Prof. Dr. Detlev Kraack, Frank Lubowitz und Dr. Christian Pletzing ist abgelaufen. Alle sind bereit, wieder zu kandidieren. Weitere Kandidaten werden von den Mitgliedern nicht vorgeschlagen. Die Herren Werner Junge, Prof. Dr. Detlev Kraack, Frank Lubowitz und Dr. Christian Pletzing werden von den anwesenden Mitgliedern einstimmig wiedergewählt. Herr Prof. Steensen erklärt, er würde es begrüßen, wenn auch weibliche Mitglieder dem Vorstand angehörten.

8. Wahl der Rechnungsprüfer

Die Rechnungsprüfer Dr. Ernst-Joachim Fürsen und Ulrich Pilch sind zu einer erneuten Kandidatur bereit. Die Mitglieder wählen beide Herren einstimmig für eine weitere Amtszeit von einem Jahr.

9. Anträge

Anträge werden nicht gestellt.

10. Verschiedenes

Der Resolution zum vorgesehenen „Haus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ (Text in der Anlage) stimmt die Mitgliederversammlung einstimmig zu.

Aus dem Kreis der Mitglieder wird auf das 150-jährige Jubiläum der Landkreise verwiesen. Insbesondere im Kreis Stormarn finden aus diesem Anlass zahlreiche Veranstaltungen statt.

Die Mitgliederversammlung schließt um 19.05 Uhr; es schließt sich die Verleihung des Preises der GSHG an.

Sankelmark, 24. Juni 2017

Jörg-Dietrich Kamischke
Vorsitzender

Dr. Christian Pletzing
Schriftführer

Die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (GSHG) hat am 20. Juni 2017 einstimmig folgende Resolution verabschiedet:

„Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte setzt sich dafür ein, dass zum 75-jährigen Bestehen des nördlichsten Bundeslandes im Jahr 2021 ein modernes „Haus der Geschichte“ von den Anfängen bis in unsere Zeit eröffnet werden kann. Sie begrüßt es deshalb, dass im Koalitionsvertrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ein „Haus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ als konkretes Ziel genannt wird.

Die GSHG, die als große und umfassende Vereinigung die Erforschung und Vermittlung der Geschichte im nördlichsten Bundesland fördert, hält eine solche Einrichtung aus mehreren Gründen für unverzichtbar. Ein „Haus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ würde die besondere Rolle unseres Landes zwischen Nord- und Ostsee sowie zwischen Skandinavien und Mitteleuropa widerspiegeln und die Identität stärken. Es würde ein Zentrum für die historische Forschung und Vermittlung darstellen. Dem Verfall der historischen Kenntnis und Bildung würde entgegengewirkt. Es würde ein Ort für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Schleswig-Holsteins entstehen, die für die Zukunftsfähigkeit unserer demokratischen Gesellschaft unerlässlich ist.

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte hält es für wichtig, dass der neugewählte Landtag und die neue Landesregierung sich noch im Jahr 2017 diesem Thema zuwenden und konkrete Schritte zur Verwirklichung unternehmen. Dann besteht die Aussicht, dass zum 75-jährigen Bestehen des Landes Schleswig-Holstein 2021 endlich ein Haus zur Geschichte unseres Bundeslandes seine Tore öffnen kann.“

Wir möchten Sie schneller und besser informieren: Aufbau eines E-Mail-Verteilers

In Zukunft möchten wir Sie schneller und aktueller über Veranstaltungen und Neuerscheinungen sowie über die Aktivitäten der Gesellschaft informieren. Deshalb planen wir, neben den weiterhin erscheinenden Publikationen und den Mitteilungen einen E-Mail-Verteiler aufzubauen. Bisher liegen uns von unseren Mitgliedern allerdings nur wenige E-Mail-Adressen vor. Bitte teilen Sie daher Ihre E-Mail-Adresse dem Schriftführer Dr. Christian Pletzing mit: c.pletzing@geschichte-s-h.de

Vielen Dank!

Einladung zur Verleihung des Nachwuchspreises der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte am 3. November 2017

Zum dritten Mal wird die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte einen Nachwuchspreis für eine herausragende Leistung auf dem Gebiet der Erforschung und/oder Vermittlung von Geschichte bei uns im Lande vergeben. Im Rahmen der Preisverleihung wird der/die Preisträger/-in durch eine Laudatio des Vorsitzenden der GSHG geehrt. Im Anschluss daran wird der/die Preisträger/-in das preisgekrönte Werk in einem Vortrag vorstellen. Überreicht wird der Preis am **Freitag, den 3. November 2017, in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek** (24103 Kiel, Wall 47-51, Sartori & Berger Speicher). Die Veranstaltung beginnt **um 18.30 Uhr**.

Die Mitglieder der GSHG und interessierte Gäste sind herzlich zu der Veranstaltung eingeladen!



Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 2018

1. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte lobt für das Jahr 2018 erneut den „Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ aus. Der Preis ist mit 3.000 Euro dotiert.
 2. Die Gesellschaft will mit dieser Auszeichnung eine besondere Leistung auf dem Gebiet der Erforschung der schleswig-holsteinischen Geschichte oder ihrer Vermittlung würdigen.
 3. Der Preis kann an Personen, an Gruppen oder für Projekte vergeben werden.
 4. Über die Preisvergabe entscheidet der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.
- Wenn mehrere Bewerbungen preiswürdig sind, kann der Preis geteilt werden.
5. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte überreicht den Preis in einer öffentlichen Veranstaltung.
 6. Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 31. März 2018 an den Schriftführer der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte erbeten:

Dr. Christian Pletzing, Akademie Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee, Tel. (04630) – 550, E-mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de

Kiel, im Oktober 2017

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
Jörg-Dietrich Kamischke
 Vorsitzender



Nachwuchspreis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 2017

1. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte lobt für das Jahr 2017 erneut den „Nachwuchspreis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ aus. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert.
2. Die Gesellschaft möchte auch mit dieser Auszeichnung besondere Leistungen auf dem Gebiet der Erforschung der schleswig-holsteinischen Geschichte oder ihrer Vermittlung würdigen.
3. Der Preis soll Studierende und Schüler dazu motivieren, sich mit der Landes- und Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins zu beschäftigen und kann an Personen, an Gruppen oder für Projekte vergeben werden.
4. Über die Preisvergabe entscheidet der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Wenn mehrere Bewerbungen preiswürdig sind, kann der Preis geteilt werden.
5. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte überreicht den Preis in einer öffentlichen Veranstaltung.
6. Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 30. Juni 2018 an den Schriftführer der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte erbeten:

Dr. Christian Pletzing, Akademiezentrum Sankelmark, Akademieweg 6,
24988 Oeversee, Tel. 04630 - 550, E-Mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de

Kiel, im Oktober 2017

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
Jörg-Dietrich Kamischke
Vorsitzender

2. Tag der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte am 9. Juni 2018

Am **9. Juni 2018** wird die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte wieder einen Tag der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte veranstalten. Das übergeordnete Thema der Veranstaltung wird „**Wendepunkte**“ lauten.

Eine gesonderte Einladung einschließlich einer detaillierten Programmübersicht und Informationen zu den Veranstaltungsangeboten sowie dem genauen Veranstaltungsort wird in den Frühjahrsmitteilungen der GSHG veröffentlicht werden und parallel dazu auf unserer Homepage zugänglich gemacht werden.

Es wäre schön, wenn sich die Mitglieder der GSHG und andere an der Geschichte unseres Landes interessierte Menschen den Termin bereits jetzt im Kalender notierten und als Multiplikatoren in ihrem Umfeld für die Teilnahme an der Veranstaltung werben könnten.

Autorinnen und Autoren des Hefts

Henning Andresen, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Ass. Prof. Dr. Rainer Atzbach, School of Culture and Society - Department
of Archaeology and Heritage Studies, Moesgård Allé 20, DK-8270 Højbjerg

Dr. Gerhard Braas, Langenkamp 13, 24568 Kaltenkirchen

Stefan Brenner, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Dr. Nina Gallion, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Burkhard von Hennigs, Timm-Kröger-Weg 3, 23843 Bad Oldesloe

Dr. Miriam J. Hoffmann, Schaunburgerstraße 20, 24105 Kiel

Tomke Jordan, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Jörg-Dietrich Kamischke, Brekendorfer Landstraße 5, 24884 Selk

Claudia Kuhn, Jüdisches Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7-8,
24768 Rendsburg

Lisa Kragh, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Tenna R. Kristensen, Museum Sønderjylland, Arkæologi Haderslev,
Dalgade 7, DK-6100 Haderslev

Stefan Magnussen, Graduiertenschule Human Development in Landscapes,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Leibnizstraße 3, 24118 Kiel

Prof. Dr. Ulrich Müller, Institut für Ur- und Frühgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Johanna-Mestorf-Straße 2-6,
24118 Kiel

Jan Ocker, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Frederieke M. Schnack, Abteilung für Regionalgeschichte,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Dr. Hansjörg Zimmermann, Klosterweg 116, 26419 Schortens